

gen
now

Young Economy Tracker

Junge Stimmen für eine
gerechte Zukunft



© Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

Januar 2026

Herausgeber

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0
www.bertelsmann-stiftung.de

Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Sandra Zillinger, Co-Projektleitung „Junge Menschen & Wirtschaft“

Autor:innen

Prof. Dr. Carmela Aprea, Mannheim Institute for Financial Education (MIFE)
Jonathan Uhrig, Mannheim Institute for Financial Education (MIFE)
Sandra Zillinger, Bertelsmann Stiftung
Dr. Tobias Bürger, Bertelsmann Stiftung
Tassia Breidenbrücker, Bertelsmann Stiftung
Merve Suna, Mannheim Institute for Financial Education (MIFE)

Zitationshinweis

Bertelsmann Stiftung (2026). Young Economy Tracker: Junge Stimmen für eine gerechte Zukunft. Hrsg. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.

Lektorat

Rudolf Jan Gajdacz

Entwurf, Cover und Infografiken

Paul Feldkamp

Bildnachweis

Montage: © Timeimage; pressmaster;
kues1; dropStock – stock.adobe.com

Layout und Satz

Nicole Meyerholz

DOI 10.11586/2025122

ID-2874

Young Economy Tracker

Junge Stimmen für eine gerechte Zukunft

Inhaltsverzeichnis

Vorwort – <i>Young Economy Team</i>	6
Vorwort – Dr. Brigitte Mohn	8
Abbildungs- und Tabellenverzeichnis	10
Executive Summary	11
1. Einleitung	15
2. Beteiligung begleiten – das <i>Young Economy Team</i> der Studie „Young Economy Tracker“	18
3. Datenbasis und Methodik	21
4. Zufriedenheit mit verschiedenen Lebensbereichen	24
5. Wahrnehmungen aktueller Herausforderungen für die Wirtschaft in Deutschland und deren Bewältigung	27
5.1. Wahrnehmungen aktueller Herausforderungen für die Wirtschaft	27
5.2. Einschätzungen zur Bewältigung der aktuellen Herausforderungen	31
6. Wirtschaftsbezogenes Interesse, Informationsverhalten, Selbstvertrauen und Wissen	35
6.1. Interesse an Wirtschaftsthemen	35
6.2. Informationsverhalten zu Wirtschaftsthemen	37
6.3. Wirtschaftsbezogenes Selbstvertrauen	39
6.4. Objektives Wissen über Wirtschaftsthemen	41
7. Grundlegende Haltungen zu Wirtschaftssystemfragen und sozioökonomische Gerechtigkeitsvorstellungen	45
7.1. Grundlegende Haltungen zu Wirtschaftssystemfragen	45
7.2. Sozioökonomische Gerechtigkeitsvorstellungen	49

8. Positionen zu aktuellen wirtschaftspolitischen Handlungsfeldern	53
8.1. Positionen zur staatlichen Ausgaben- und Verschuldungspolitik	53
8.2. Positionen zur staatlichen Verteilungspolitik	60
8.3. Positionen zur staatlichen Wohnungspolitik	64
8.4. Positionen zur staatlichen Rentenpolitik	67
9. Zukunftsaussichten und Erwartungen	71
10. Junge Menschen und Wirtschaft: Fazit und Handlungsempfehlungen	76
Literaturverzeichnis	78
Autor:innen	80
Anhang	81

Vorwort – Young Economy Team

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

woran denken Sie, wenn Sie das Wort „Wirtschaft“ hören? Denken Sie dabei an Wachstum, Märkte, den globalen Wettbewerb? Oder denken Sie dabei an die Mitbestimmung junger Menschen? Letzteres vermutlich eher selten. Dabei betrifft Wirtschaft uns alle – und prägt den Alltag junger Generationen stärker, als oft angenommen wird.

Der *Young Economy Tracker* lädt zum Umdenken ein, möchte gängige Vorstellungen hinterfragen und neue Perspektiven aufzeigen. Denn: Junge Menschen haben klare Haltungen zu wirtschaftlichen Themen – und sie fordern aktiv Mitgestaltung ein. Sie betrachten wirtschaftliche Fragen aus ihrer persönlichen Lebensrealität: bezahlbarer Wohnraum, faire Arbeitsmarktchancen, Investitionen in Bildung und Gesundheit, ein gerechtes Rentensystem – all das sind keine Randthemen, sondern zentrale Zukunftsfragen.

Die Bandbreite junger Meinungen ist groß – und gerade darin liegt ihr Wert. Unterschiedliche Lebensumstände, Herkunft und Bildungshintergründe prägen vielfältige Sichtweisen. Diese Vielfalt ist kein Widerspruch, sondern Ausdruck gelebter Demokratie. Sie fordert uns auf, Wirtschaft nicht länger als geschlossene Gesellschaft für Privilegierte und Fachleute zu betrachten, sondern als gemeinsamen Gestaltungsraum.

Doch dazu braucht es Antworten auf mehrere Fragen: Was passiert zwischen dem Wunsch junger Menschen, sich einzubringen, und der Realität, in der ihre Beteiligung oft nicht gewünscht ist? Wie kann wirtschaftliche Bildung nicht nur informieren, sondern befähigen? Und welchen Beitrag leisten junge Menschen schon heute – in Schule, Ausbildung, Beruf und Alltag – für eine gerechtere Zukunft? Was dies in der Praxis bedeuten kann, zeigt die Arbeit unseres *Young Economy Teams* (YET).

Das YET bleibt uns als ein gelungenes Projekt in Erinnerung. Wir hatten alle unterschiedliche Lebensrealitäten und politische Einstellungen – und doch war die Zusammenarbeit für alle ein Gewinn. Was sich hier gezeigt hat: Kommunikation ist wirklich „Key“. Der respektvolle Umgang miteinander und die gegenseitige Wertschätzung waren Schlüssel für unsere Arbeit; so konnten alle Stimmen gehört werden.

Nehmen Sie junge Perspektiven ernst – und hören Sie uns wirklich zu. Beziehen Sie uns ein – nicht nur bei Studien wie dieser, sondern bei allen wirtschaftspolitischen Fragen, die unsere Zukunft betreffen. Gestalten Sie gemeinsam mit uns, denn: **Die Wirtschaft von morgen entsteht nur mit der Jugend von heute.**

Ihr *Young Economy Team*

Wer wir sind: Das *Young Economy Team* (YET)

Das *Young Economy Team* besteht aus 15 jungen Menschen im Alter von zum Beginn der Arbeit an der Studie 16 bis 25 Jahren, die gezielt nach verschiedenen Diversitätsmerkmalen (z. B. Alter, Wohnort oder aktuelle Tätigkeit) ausgewählt wurden. Ihr gemeinsames Ziel: die Bertelsmann Stiftung bei der Erstellung dieser Studie aus der Perspektive ihrer Generation zu begleiten. Entscheidend war dabei nicht wirtschaftliches Fachwissen, sondern die Vielfalt ihrer Lebenswelten und Erfahrungen. Das YET sorgte dafür, dass die Studie nahe an den Interessen junger Menschen blieb – sei es bei der Auswahl der Themen, der Entwicklung des Fragebogens oder bei der Auswertung, Kommunikation und Veröffentlichung der Ergebnisse.

Insgesamt kam das *Young Economy Team* zu vier zweitägigen Präsenztreffen zusammen. Zwischen den Präsenztreffen fanden regelmäßig Onlineaustausche statt, um Zwischenstände zu besprechen und die Perspektive des Teams kontinuierlich einzubeziehen. Der gesamte Partizipationsprozess wurde zudem von einer externen Expertin für Jugendpartizipation begleitet, um eine objektive Einschätzung und Qualitätssicherung der Beteiligung sicherzustellen.

Das Vorwort des *Young Economy Teams* steht in dieser Studie bewusst an erster Stelle – denn sie handelt von jungen Menschen, ihren Sichtweisen und ihren Empfehlungen. Diese haben die Studie entscheidend geprägt und uns wertvolle Einblicke in die Lebensrealitäten und Zukunftsvorstellungen der jungen Generation gegeben.

Vorwort – Dr. Brigitte Mohn

Junge Menschen sind das Fundament einer sich weiterentwickelnden Gesellschaft. In ihnen bündeln sich Lernbereitschaft, Kreativität und der Wille, Dinge nicht nur zu bewahren, sondern neu zu denken. Damit sind sie eine große Chance für Transformation und Innovation – für eine nachhaltigere Welt und für die Weiterentwicklung eines tragfähigen Wertesystems, das Orientierung gibt, Zusammenhalt stärkt und Verantwortung gegenüber kommenden Generationen ernst nimmt.

Gerade deshalb sind junge Menschen unser wichtigstes gesellschaftliches Kapital – unser höchstes Gut. Nicht, weil sie „irgendwann“ die Zukunft sind, sondern weil sie bereits heute die Entwicklung von morgen mitprägen. Dieses Potenzial zu fördern, zu begleiten und zu entwickeln, ist keine nachgeordnete Aufgabe, sondern eine zentrale Verantwortung unserer Gesellschaft.

Deutschland und Europa stehen vor großen Herausforderungen. Wer jedoch ausschließlich über Risiken spricht, übersieht die Chancen, die darin liegen – und vor allem die Menschen, die bereit sind, diese Chancen zu ergreifen. Viele junge Menschen wollen sich einbringen: mit Tatkraft, Solidarität und dem Anspruch, konkrete Lösungen mitzugestalten. Sie sehen großen Handlungs- und Investitionsbedarf – in Bildung, Gesundheit, Infrastruktur, Wohnungsbau und einer zukunftsfähigen Transformation.

Zugleich trauen sie politischen und institutionellen Akteuren, gerade auch der europäischen Zusammenarbeit, eine zentrale Rolle bei der Bewältigung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Aufgaben zu. Dieser Vertrauensvorschuss verpflichtet.

Jedoch zeigen aktuelle Befunde deutlich: Viele junge Menschen erleben, dass ihre Perspektiven in Entscheidungen zu selten ausreichend berücksichtigt werden.

Drei Viertel fühlen sich nicht hinreichend einbezogen. Daraus folgt eine klare Konsequenz: Beteiligung darf nicht nachträglich erfolgen – sie muss von Beginn an strukturell verankert sein. Nicht als symbolische Anhörung, sondern als echte Mitgestaltung auf Augenhöhe. Denn wer früh beteiligt wird, erhält die Chance, in einem gesamtheitlichen Wachstumsprozess den eigenen Weg zu entwickeln: Selbstwirksamkeit zu erfahren, Kompetenzen auszubauen und Orientierung zu gewinnen – und zugleich einen Beitrag zum Gemeinwohl zu leisten.

Junge Menschen tragen die langfristigen Folgen heutiger Entscheidungen – von Klima- und Finanzpolitik über Bildung, Rente und Digitalisierung bis hin zu Infrastruktur und gesellschaftlichem Zusammenhalt. Ihre Stimmen systematisch einzubeziehen, ist daher unabdingbar. Junge Menschen sind leistungsbereit, denken solidarisch im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft und bringen Perspektiven ein, die tragfähige Lösungen ermöglichen. Ihre Beteiligung erhöht die Qualität politischer Entscheidungen – und stärkt deren Akzeptanz.

Dieses Vorwort ist deshalb Aufruf und Herausforderung zugleich: Junge Menschen dürfen nicht lediglich adressiert, sie müssen konsequent einbezogen werden. Wenn wir ihnen Räume eröffnen, Vertrauen schenken und Verantwortung teilen, investieren wir nicht nur in individuelle Lebenswege, sondern in die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft und Wirtschaft – und in die Fähigkeit, Wandel so zu gestalten, dass er nachhaltig, gerecht und wertebasiert gelingt.

Als Bertelsmann Stiftung wollen wir junge Menschen darin unterstützen, die Gesellschaft und Wirtschaft von morgen aktiv mitzugestalten. Junge Menschen wollen sich einbringen und Verantwortung übernehmen. Als Gesellschaft sollten – und müssen – wir ihnen hierfür die notwendigen Chancen eröffnen: von Anfang an.

Dr. Brigitte Mohn

Vorstandsvorsitzende Bertelsmann Stiftung

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Tabelle 1	Themenkomplexe und Fragestellungen des <i>Young Economy Trackers</i>	17
Abbildung 1	Zufriedenheit mit dem eigenen Leben	25
Abbildung 2	Zufriedenheit mit verschiedenen Lebensbereichen	26
Abbildung 3	Wahrgenommene Herausforderungen für die Wirtschaft	28
Abbildung 4	Einschätzungen zur Bewältigung der Herausforderungen für die Wirtschaft	32
Abbildung 5	Interesse an Wirtschaftsthemen	36
Abbildung 6	Informationsverhalten zu Wirtschaftsthemen	38
Abbildung 7	Wirtschaftsbezogenes Selbstvertrauen	40
Abbildung 8	Wissensfragen zu Wirtschaft	42
Abbildung 9	Grundlegende Haltungen zu Wirtschaftssystemfragen	47
Abbildung 10	Sozioökonomische Gerechtigkeitsvorstellungen	50
Abbildung 11	Positionen zum Umfang der Staatsausgaben nach verschiedenen Bereichen	54
Abbildung 12	Positionen zur staatlichen Schuldenaufnahme	58
Abbildung 13	Positionen zu den staatlichen Maßnahmen für mehr Gerechtigkeit zwischen Arm und Reich	61
Abbildung 14	Positionen zu den staatlichen Maßnahmen für bezahlbaren Wohnraum	65
Abbildung 15	Positionen zu den staatlichen Maßnahmen zur Reform der Altersvorsorge	69
Abbildung 16	Persönliche Zukunftsaussichten	71
Abbildung 17	Zukunftsaussichten für Deutschland	72
Abbildung 18	Positionen zur Generationengerechtigkeit	74
Abbildung 19	Wirtschaft in Schule, Beruf und Öffentlichkeit	75
Tabelle A1	Wirtschaftliche Herausforderungen – gruppenspezifische Betrachtung	81
Tabelle A2	Einschätzungen zur Bewältigung der Herausforderungen für die Wirtschaft – gruppenspezifische Betrachtung	82
Tabelle A3	Wirtschaftswissen – gruppenspezifische Betrachtung	83
Tabelle A4	Grundlegende Haltungen zu Wirtschaftssystemfragen – gruppenspezifische Betrachtung	84
Tabelle A5	Sozioökonomische Gerechtigkeitsvorstellungen – gruppenspezifische Betrachtung	85
Tabelle A6	Positionen zum Umfang der Staatsausgaben – gruppenspezifische Betrachtung	86
Tabelle A7	Positionen zu den staatlichen Maßnahmen für mehr Gerechtigkeit zwischen Arm und Reich – gruppenspezifische Betrachtung	87
Tabelle A8	Positionen zu den staatlichen Maßnahmen für bezahlbaren Wohnraum – gruppenspezifische Betrachtung	88
Tabelle A9	Einstellungen zur Altersvorsorge	89
Tabelle A10	Positionen zu den staatlichen Maßnahmen zur Reform der Altersvorsorge – gruppenspezifische Betrachtung	90
Tabelle A11	Persönliche Zukunftsaussichten	91
Tabelle A12	Zukunftsaussichten für Deutschland	92

Executive Summary

Zielsetzung und Anlage des *Young Economy Trackers*

Wo sehen junge Menschen die größten wirtschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit und welche Positionen beziehen sie zu aktuellen wirtschaftspolitischen Fragen, wie etwa Staatsschulden oder Altersvorsorge? Diese Studie nimmt die ökonomische Dimension der Lebenswirklichkeiten junger Menschen in den Blick. Sie knüpft damit an Untersuchungen zu Bildung, Teilhabe und gesellschaftlichem Zusammenhalt an, erweitert diese jedoch um Fragen, wie junge Menschen wirtschaftliche Entwicklungen wahrnehmen, welche Prioritäten sie setzen und welche Vorstellungen sie von einer gerechten und zukunftsfähigen Wirtschaft haben.

Indem der *Young Economy Tracker* die Sicht der jungen Generation auf wirtschaftspolitische Fragen empirisch erfasst und sichtbar macht, trägt er dazu bei, ihre Perspektiven als eigenständige Stimme im öffentlichen Diskurs zu verankern und Impulse für eine generationengerechte Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik zu geben. Der *Young Economy Tracker* wurde partizipativ entwickelt: Ein aus jungen Menschen bestehendes Team – das *Young Economy Team* – war von der Themenauswahl über die Fragebogenentwicklung bis zur Ergebnisinterpretation eng eingebunden.

Hohe persönliche Zufriedenheit, geringere Zufriedenheit mit gesellschaftlichen Bereichen

Die große Mehrheit der jungen Menschen zeigt sich mit ihrem Leben insgesamt zufrieden. Besonders hoch ist die Zufriedenheit mit persönlichen Lebensbereichen wie ihrer Wohnsituation, ihren sozialen Kontakten und ihrer körperlichen Gesundheit. Am wenigsten zufrieden bei ihren persönlichen Bereichen sind sie mit ihrer finanziellen Situation. Kritischer bewerten sie hingegen gesamtgesellschaftliche Bereiche: Das Rentensystem, die Politik und der gesellschaftliche Zusammenhalt in Deutschland stoßen auf wesentlich mehr Unzufriedenheit bei den jungen Menschen.

Erwartungen an kollektive Akteure, geringeres Vertrauen in individuelles Verhalten

Junge Menschen sehen globale politische und ökonomische Entwicklungen, die aktuelle wirtschaftliche Lage und die hiesigen Rahmenbedingungen sowie fiskal- und sozialpolitische Themen als zentrale Herausforderungen für die Wirtschaft in Deutschland. Lösungen für diese Herausforderungen erwarten sie vorrangig von politischen und institutionellen Akteuren, insbesondere von der europäischen Zusammenarbeit (90 Prozent), Wissenschaft und Forschung (89 Prozent), der Politik in Deutschland sowie Unternehmen (jeweils 87 Prozent). Das Verhalten jedes Einzelnen wird dagegen deutlich seltener als Beitrag zur Problemlösung angesehen.

Wirtschaftsinteresse, Informationsverhalten, wirtschaftsbezogenes Selbstvertrauen und Wissen junger Menschen

Etwas mehr als die Hälfte der jungen Menschen in Deutschland interessiert sich für wirtschaftliche Themen. Dabei zeigen sich deutliche Unterschiede – vor allem zwischen Männern und Frauen, zwischen Ost- und Westdeutschland, zwischen verschiedenen Bildungsgruppen und nach parteipolitischer Orientierung. Ein ähnlich heterogenes Bild zeigt sich beim wirtschaftsbezogenen Selbstvertrauen und Wissen. Persönliche Gespräche sowie soziale Medien sind für junge Menschen die zentralen Informationsquellen, wenn es um Wirtschaftsthemen geht. 58 bzw. 54 Prozent nutzen diese häufig. Sie verfügen über ein solides Basiswissen über die Mechanismen des Wirtschaftssystems. Allerdings besteht Verbesserungsbedarf bei bestimmten Inhalten wie etwa zum Spitzensteuersatz, zur Wirkweise von Höchstpreisen sowie zum Eingreifen des Staates in einer Sozialen Marktwirtschaft.

Eigenverantwortung und soziale Absicherung

Eigenverantwortung und Unabhängigkeit von anderen sind für junge Menschen zentrale Werte. Zugleich sehen sie den Staat in der Verantwortung, insbesondere, um die soziale Sicherheit zu gewährleisten. Wenn es um sozioökonomische Gerechtigkeit geht, befürworten sie sowohl das Leistungs- als auch das Bedarfsprinzip und stehen damit hinter den Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft.

Einstellungen zu Staatsausgaben, Verteilung, Wohnungs- und Rentenpolitik

Junge Menschen wünschen sich eine zukunftsorientierte Politik – notfalls auch mit zusätzlicher Verschuldung für zentrale Aufgaben. Untersucht wurden ihre Positionen in vier wirtschaftspolitischen Feldern: Staatsausgaben und Verschuldung, Verteilungspolitik, Wohnungspolitik und Rentenpolitik.

- **Staatsausgaben und Verschuldung:** Junge Menschen wünschen sich verstärkte staatliche Investitionen, besonders in Bildung, Gesundheit, Pflege und Verkehrsinfrastruktur. Über zwei Drittel halten es für gerechtfertigt, dafür zusätzliche Schulden aufzunehmen.
- **Verteilungspolitik:** Unter jungen Menschen gibt es breite Unterstützung für verteilungspolitische Maßnahmen wie eine Steuer auf hohe Vermögen und die Erhöhung des Mindestlohns. Steuererhöhungen für Menschen mit hohem Einkommen werden ebenfalls eher befürwortet, während höhere Sozialtransferleistungen oder die stärkere Besteuerung großer Erbschaften weniger verbreiteten Anklang finden.
- **Wohnungspolitik:** Bei den Fragen zu bezahlbarem Wohnraum setzen die Befragten auf Anreize und öffentlichen Wohnungsbau. Auch Mietobergrenzen finden großen Zuspruch. Verpflichtende Maßnahmen ebenso wie eine vollständige Privatisierung des Wohnungsmarkts stoßen hingegen auf weniger Unterstützung.

- Rentenpolitik: Auch hier befürworten junge Menschen Lösungen, die Anreize schaffen – wie steuerliche Vorteile für private und betriebliche Vorsorge. Zudem sprechen sie sich mehrheitlich für die Aufnahme von Selbstständigen und Beamten in die gesetzliche Rentenversicherung aus. Ein höheres Renteneintrittsalter oder Leistungskürzungen bei der Rente lehnen sie hingegen mehrheitlich ab.

Unterschiedliche Erwartungen an persönliche und gesellschaftliche Entwicklung

Neun von zehn jungen Menschen blicken optimistisch auf ihre persönliche Zukunft, doch nur vier von zehn schätzen die Zukunft Deutschlands positiv ein. Auch bezüglich ihres Wohlstands haben junge Menschen Zweifel: Zwar geht mehr als die Hälfte davon aus, künftig bessere Chancen am Arbeitsmarkt zu haben als ihre Eltern, doch weniger als ein Drittel erwartet, einen höheren Wohlstand zu erreichen. Bei politischen Entscheidungen denken drei von vier jungen Menschen, dass sie nicht ausreichend berücksichtigt werden.

Einbeziehung junger Menschen in die Wirtschaftspolitik

Die Ergebnisse des Young Economy Trackers zeigen, dass sich viele junge Menschen in politischen Entscheidungsprozessen unzureichend berücksichtigt fühlen. Gleichzeitig schreiben sie der Politik eine zentrale Verantwortung für die Lösung gesellschaftlicher Probleme zu. Um Vertrauen und Legitimation zu stärken, sollten politische Akteure die Perspektiven junger Menschen systematisch in Entscheidungen und öffentliche Kommunikation einbeziehen. Die Studie selbst folgt diesem Anspruch: Mit der Einbindung des Young Economy Teams wurde ein partizipativer Forschungsansatz umgesetzt, der dazu beigetragen hat, Fragestellungen zu schärfen, Ergebnisse einzuordnen und die Perspektiven junger Menschen unmittelbar in die Forschung einzubeziehen.

Zudem wünschen sich junge Menschen mehr wirtschaftliche Lernangebote. Diese Angebote sollten ihnen helfen, Informationen besser zu bewerten, wirtschaftliche Zusammenhänge zu verstehen und ihre Urteilsfähigkeit in ökonomischen Fragen zu stärken.

Die Untersuchung macht deutlich, dass junge Menschen keine homogene Gruppe sind. Unterschiede in Bildung, Erwerbssituation, Herkunft und politischer Orientierung prägen ihre Einstellungen und Erwartungen. Politische und gesellschaftliche Angebote sollten diese Vielfalt stärker berücksichtigen, unterschiedliche Lebenslagen adressieren und Formate nutzen, die junge Menschen in ihren Lebenswelten erreichen – darunter insbesondere Peer-to-Peer- und aufsuchende Ansätze.

Zur Methodik: Die Studie beruht auf einem Mixed-Methods-Design, das quantitative und qualitative Verfahren kombiniert. Im April 2025 wurden 1.507 junge Menschen im Alter von 16 bis 25 Jahren in Deutschland durch die Forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH befragt. Die Stichprobe ist repräsentativ nach Alter, Geschlecht, Bundesland und Bildungsabschluss. Der dabei eingesetzte Fragebogen deckt insgesamt sechs Themenfelder ab: 1.) Zufriedenheit mit persönlichen und gesellschaftlichen Lebensbedingungen, 2.) Wahrnehmung wirtschaftlicher Herausforderungen und deren Bewältigung, 3.) wirtschaftsbezogenes Interesse, Informationsverhalten, Selbstvertrauen und Wissen, 4.) Haltungen zu Wirtschaftssystemfragen und zu sozioökonomischer Gerechtigkeit, 5.) Positionen zu zentralen wirtschaftspolitischen Handlungsfeldern (insb. Staatsausgaben und Staatsverschuldung sowie Verteilungs-, Wohnungs- und Rentenpolitik) sowie 6.) persönliche und gesamtgesellschaftliche Zukunftserwartungen. Ergänzend zu der repräsentativen Befragung wurden im Juni 2025 vier Fokusgruppen mit jeweils fünf bis sieben Teilnehmer:innen durchgeführt, um ausgewählte quantitativen Ergebnisse zu diskutieren und dadurch vertiefte Einblicke in die wirtschaftsbezogenen Sichtweisen junger Menschen zu gewinnen.

1. Einleitung

Wirtschaftspolitische Fragestellungen stehen ganz oben auf den Agenden von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Zugleich bestimmen sie in hohem Maße den öffentlichen Diskurs und den Alltag der Menschen. Ob steigende Preise und ihre Folgen für Konsum und Sparverhalten, die Diskussion um eine nachhaltige Energieversorgung, die Zukunft der Altersvorsorge oder Investitionen in die Infrastruktur: Es geht dabei nicht um abstrakte ökonomische Größen, sondern um Entwicklungen, die das Leben vieler Menschen unmittelbar berühren.

Gerade in Zeiten globaler Unsicherheiten und tiefgreifender Transformationen – etwa durch Digitalisierung, Demographie, Klimawandel oder geopolitische Konflikte – wird deutlich, dass wirtschaftspolitische Weichenstellungen weitreichende Konsequenzen haben, hierzulande und global. Dies gilt insbesondere für die junge Generation. Sie ist nicht nur von den unmittelbaren Auswirkungen aktueller wirtschaftspolitischer Entscheidungen in der Gegenwart betroffen – etwa beim Zugang zum Arbeitsmarkt oder durch Veränderungen in der Bildungspolitik –, sondern trägt auch deren zukünftige Konsequenzen, etwa bei der dauerhaften Finanzierung der Altersvorsorge, der Tilgung heute aufgenommenen Staatsschulden oder der Bewältigung der Folgen des Klimawandels.

Trotz der weithin anerkannten Relevanz der Wirtschaftspolitik für die junge Generation ist bislang noch wenig darüber bekannt, wie junge Menschen wirtschaftspolitische Phänomene wahrnehmen, welche Einstellungen und Präferenzen sie vertreten, wie sie sich selbst im Wirtschaftsgefüge verorten und welche Vorstellungen sie von der Wirtschaft der Zukunft haben. Zudem wird ihrer Stimme und ihrem Wunsch nach Teilhabe bei wirtschaftspolitischen Debatten bislang nur wenig Beachtung geschenkt (Suna et al. 2024). Bekannte Jugendstudien, wie die Shell Jugendstudie 2024 (Shell Deutschland GmbH 2025) oder die Trendstudie Jugend (Schnitzer, Hampel und Hurrelmann 2025), greifen wirtschaftspolitische Fragestellungen immer wieder punktuell auf. Ihrem breiten Anspruch folgend, ein umfassendes Bild der Lebenswelt junger Menschen zu zeichnen, bleibt dabei naturgemäß aber wenig Raum für vertiefte Einblicke in ökonomische Themen. Vorhandene wissenschaftliche Untersuchungen wiederum liefern detaillierte Analysen einzelner Aspekte, erfassen dabei jedoch nicht das breitere Spektrum der Thematik (Suna et al. 2024).

Der *Young Economy Tracker* setzt genau an dieser Stelle an. Er ist darauf ausgerichtet, die wirtschaftspolitische Stimme von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Deutschland sichtbar zu machen.

Ziele und Schwerpunkte des *Young Economy Trackers*

Auf Grundlage eines Mixed-Methods-Designs (vgl. Kapitel 3) liefert der *Young Economy Tracker* evidenzbasierte Einblicke in die Ausprägungen, Rahmenbedingungen und potenziellen Einflussfaktoren wirtschaftspolitischer Einstellungen, Haltungen und Präferenzen junger Menschen. Ziel ist es, ihre Perspektiven einzubringen und eine empirisch fundierte Basis für politische und gesellschaftliche Diskurse sowie Entscheidungsprozesse zu schaffen. Der *Young Economy Tracker* richtet sich an Gestalter:innen und Entscheidungsträger:innen aus Politik, Wirtschaft, Bildungspraxis und Öffentlichkeit. Er soll dazu beitragen, den Dialog mit der jungen Generation auszubauen und ihre Perspektiven systematisch in wirtschaftspolitische Entscheidungsprozesse einzubringen. Dabei verfolgt er von Beginn an einen partizipativen Ansatz: Die gesamte Studie, einschließlich der thematischen Schwerpunkte, der Entwicklung der Forschungsinstrumente und der Auswertung und Kommunikation der Ergebnisse, wurde in enger Zusammenarbeit und kontinuierlichem Austausch mit einer Gruppe junger Menschen, dem *Young Economy Team*, entwickelt (vgl. Kapitel 2).

Basierend auf den Impulsen des *Young Economy Teams* liegt der Fokus dieses *Young Economy Trackers* darauf, die Positionen von jungen Menschen zu vier zentralen wirtschaftspolitischen Handlungsfeldern zu untersuchen, nämlich 1.) zu Staatsausgaben und Staatsverschuldung, 2.) zu staatlichen Maßnahmen im Zusammenhang mit der Umverteilung zwischen Arm und Reich, 3.) zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum und 4.) zur Reform der Altersvorsorge. Diese Schwerpunktsetzung greift zentrale Aspekte der aktuellen wirtschaftspolitischen Debatte auf, die nicht nur Regierung und Medien intensiv beschäftigt, sondern auch von wichtigen Beratungsgremien wie dem Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung mit hoher Priorität behandelt werden (SVR 2023; 2024). Zugleich handelt es sich um Themen, die für die Frage der Generationengerechtigkeit von zentraler Bedeutung sind.

Die maßgeblich durch das *Young Economy Team* gesetzten Schwerpunkte des ersten *Young Economy Trackers* werden gerahmt durch Fragen zur Lebenszufriedenheit junger Menschen, zu ihren Wahrnehmungen aktueller wirtschaftsbezogener Herausforderungen und deren Bewältigung, ihrem Interesse bzw. ihren Selbsteinschätzungen, ihrem Wissen und Informationsverhalten zu Wirtschaftsthemen, ihren Haltungen zum Wirtschaftssystem und ihren sozioökonomischen Gerechtigkeitsvorstellungen sowie zu ihren Aussichten auf bzw. Erwartungen an die Zukunft. Insgesamt nimmt der aktuelle *Young Economy Tracker* also sechs Themenfelder und darauf bezogene Leitfragen in den Blick (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1 Themenkomplexe und Fragestellungen des *Young Economy Trackers***Zufriedenheit mit verschiedenen Bereichen des Lebens:**

Wie zufrieden sind junge Menschen mit ihrem Leben insgesamt sowie mit einzelnen, auch wirtschaftsbezogenen Bereichen ihres Lebens?

Aktuelle Herausforderungen für die Wirtschaft und deren Bewältigung:

Worin sehen junge Menschen aktuell die größten Herausforderungen für die Wirtschaft und wem trauen sie deren Bewältigung zu?

Interesse, Informationsverhalten, Selbstvertrauen und Wissen im Kontext Wirtschaft:

Inwiefern interessieren sich junge Menschen für Wirtschaft und wie informieren sie sich über wirtschaftspolitische Themen? Wie schätzen sie ihre eigenen Kenntnisse ein und welches objektive Wissen weisen sie in diesem Bereich auf?

Haltungen zu Wirtschaftssystemfragen und sozioökonomische Gerechtigkeitsvorstellungen:

Welche Haltung haben junge Menschen zu zentralen Merkmalen des Wirtschaftssystems und welche Vorstellungen verbinden sie mit sozioökonomischer Gerechtigkeit?

Positionen zu aktuellen wirtschaftspolitischen Handlungsfeldern:

Welche Positionen vertreten jungen Menschen zu Fragen der Staatsausgaben und Staatsverschuldung, zur Umverteilung zwischen Arm und Reich, zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum und zur Reform der Altersvorsorge in Deutschland?

Zukunftsaussichten und Erwartungen:

Wie blicken junge Menschen auf ihre persönliche Zukunft sowie auf die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung insgesamt und welche Erwartungen richten sie an Bildung, Wirtschaft und Politik?

Quelle: eigene Darstellung

Die Studie ist wie folgt aufgebaut: Nach einem Beitrag zum partizipativen Prozess und einem Überblick über die Datenbasis und Methodik der Studie werden in den Kapiteln 4 bis 9 die zentralen empirischen Befunde entlang der in Tabelle 1 genannten Themenkomplexe und Fragestellungen vorgestellt. Das abschließende Kapitel 10 fasst die wichtigsten Ergebnisse zusammen und leitet konkrete Handlungsempfehlungen für Politik, Wirtschaft und Bildung ab.

2. Beteiligung begleiten – das Young Economy Team der Studie „Young Economy Tracker“

Ein Gastbeitrag von Jil-Madelaine Blume-Amosu

Jugendbeteiligung verschiebt Macht

Wenn ich Organisationen begleite, die junge Menschen beteiligen wollen, habe ich es als Prozessbegleitung mit dem Versuch eines Machtausgleichs zu tun. Denn wer junge Menschen wirklich beteiligt, gibt echte Macht ab. Das kann heißen, Kinder und Jugendliche anzuhören und damit ihre Perspektiven ernst zu nehmen und ihre Deutungshoheit über ihre Lebensrealitäten anzuerkennen. Oder es kann bedeuten, dass sie selbst Entscheidungen treffen und sie selbst oder Erwachsene in Machtpositionen gemäß dieser Entscheidungen handeln (vgl. BMFSFJ 2022). Kinder- und Jugendbeteiligung ist also mit einem Diskurs über Macht verbunden. Wir sprechen damit über Adultismus – die strukturelle Diskriminierung von Jüngeren durch Ältere (Fletcher 2013: 10; Ritz und Schwarz 2024: 13–22).

„Die Jugend“ gibt es nicht

Wenn wir anerkennen, dass Beteiligung junger Menschen immer auch eine Auseinandersetzung mit Macht ist, wird klar: Auch innerhalb der Gruppe der Jugendlichen und jungen Erwachsenen bestehen Machtunterschiede. Junge Menschen sind unterschiedlich stark von struktureller Diskriminierung betroffen – etwa durch Sexismus, Rassismus, Ableismus oder Klassismus. Diese Unterschiede sind entscheidend für die Frage, wer in Deutschland überhaupt beteiligt wird. Darum muss Beteiligung immer auch die Frage einbeziehen, welche Machtmerkmale und Privilegien die beteiligten Jugendlichen und jungen Erwachsenen mitbringen – und welche nicht (vgl. BMFSFJ 2022).

Externe Prozessbegleitung als Selbstverpflichtung

Die Entscheidung, eine externe Prozessbegleitung zur Jugendbeteiligung hinzuzuziehen, ist wirksam, weil sie Einblick in die eigene Arbeit zulässt und auf der Bereitschaft beruht, Impulse von außen aufzugreifen. Sie wird auch finanziell sichtbar: Eine Organisation, die für eine gute Beteiligung ein eigenes Budget zur Verfügung stellt, macht sich angreifbar, wenn das finanzierte Ziel nicht erreicht wird, und setzt ein klares Zeichen. Denn glaubwürdige Beteiligung bedeutet auch, entsprechende Ressourcen bereitzustellen. Der Schritt, eine externe Prozessbegleitung für Jugendbeteiligung einzusetzen, ist damit schon an sich wertvoll: Er zeigt den ernsthaften Willen, junge Menschen wirklich zu beteiligen – sie so einzubeziehen, dass es sich für sie gut anfühlt, und ihnen im Prozess tatsächlich Einfluss zu überlassen.

Für die Studie „*Young Economy Tracker*“ verfolgte die Bertelsmann Stiftung das Ziel, die Meinungen junger Menschen zu Wirtschaftsthemen sichtbar zu machen und den gesamten Prozess nah an ihren Bedürfnissen zu gestalten – von der Planung über die Durchführung bis zur Interpretation und Kommunikation der Ergebnisse. Die Prozessbegleitung sollte dazu beitragen, weitere Beteiligungsmöglichkeiten zu erschließen und Verantwortlichkeiten Schritt für Schritt an das *Young Economy Team* zu übergeben. Ich wurde aus dem Expert:innen-Pool des Kompetenzzentrums für Kinder- und Jugendbeteiligung des Bundes (KomKJB) als externe Prozessbegleiterin für Jugendbeteiligung beauftragt.

Im Verlauf der Studiererstellung lagen einige Aspekte, vor allem im Vorfeld – etwa Ausschreibung, Auswahl der Jugendlichen und jungen Erwachsenen als auch Koordination mit dem beauftragten Dienstleister – aus organisatorischen und rechtlichen Gründen bei der Auftraggeberin. An allen anderen entscheidenden Stellen wurde das *Young Economy Team* aktiv einbezogen.

Authentische Zusammenarbeit – die Bertelsmann Stiftung und das *Young Economy Team*

Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen verantworteten die Studie von Beginn an mit. Sie waren über ein Jahr in einer Vielzahl an Online- und Präsenztreffen, gemeinsamer Arbeit in einem digitalen Kollaborationstool und über schriftliche Rückmeldungen gemeinsam mit der inhaltlichen Gestaltung der Studie betraut. Sie entschieden, welche Fragen in die große Befragung aufgenommen werden sollten, schärfen und vertieften diese in Gruppenprozessen und bestimmten Themen für ihre Präsenztreffen. Außerdem verfassten sie das Vorwort zur Studie – ein deutliches Zeichen für die zentrale Rolle ihrer Perspektive.

Die jungen Menschen erhielten außerdem für ihre Mitarbeit eine Aufwandsentschädigung – ein wichtiger Schritt, da finanzielle Hürden häufig darüber entscheiden, wer sich Engagement leisten kann.

Ich habe als Prozessbegleitung in die gemeinsame Arbeit Impulse eingebracht, Macht und Jugendbeteiligung als Begriffe ernst zu nehmen und das Team auch mit Blick auf strukturelle Diskriminierung zu betrachten. Die Auftraggeberin war dafür offen. Sie hatte die Jugendlichen und jungen Erwachsenen unter vielen Bewerber:innen bereits gezielt so ausgewählt, dass unterschiedliche Hintergründe und Lebenslagen vertreten waren. Dadurch konnten wir unmittelbar an verschiedenen Dimensionen von Diskriminierung und an möglichen Hürden der Beteiligung arbeiten.

Die Auftraggeberin war auch bereit, mich in ihre Fragen und auch in ihre Unsicherheiten einzubeziehen – etwa, wie Jugendliche und junge Erwachsene mit unterschiedlichen Deutschkenntnissen bestmöglich teilnehmen konnten. Die daraus entstandenen Impulse wurden dankbar aufgenommen und weiterentwickelt, was die Zusammenarbeit sehr produktiv machte. Als ein Ergebnis der Prozessbegleitung wurden unterschiedliche Formate angeboten. Weil Machtdynamiken meiner Erfahrung nach in großen Gruppen stärker wirken, lag der Fokus z. B. auf viel Arbeit in Kleingruppen. Diese waren entweder offen besetzt oder es gab in Einzelfällen eine eigene Session oder Ansprache für die als weiblich positionierten Mitglieder des Teams, um einen geschützteren Rahmen für einen Austausch untereinander zu ermöglichen. Die Auftraggeberin verwendete Zeit und

Mühe z. B. auf die Erstellung handgefertigter Materialien, um den Teilnehmer:innen ihre Wertschätzung auszudrücken, mit dem Ziel, die Zusammenarbeit für alle Beteiligten zu einer positiven Demokratie- und Lebenserfahrung zu machen.

Bei meinen Treffen mit der Gruppe und in den Evaluationsgesprächen mit der Auftraggeberin zeigte sich: Diese Arbeit zahlte sich aus, das Vertrauen zwischen den Jugendlichen, jungen Erwachsenen und der Auftraggeberin war groß. Dadurch entstand ein angenehmes Arbeitsklima – und ebenso akzeptiert wurde, wenn jemand einmal keine Kapazitäten hatte. Aus meiner Perspektive war die Zusammenarbeit zwischen der Bertelsmann Stiftung und dem *Young Economy Team* ein Positivbeispiel für machtsensible Jugendbeteiligung – und für mich als Prozessbegleiterin eine Freude.

Jil-Madelaine Blume-Amosu ist Mitglied des Expert:innen-Pools des Kompetenzzentrums für Kinder- und Jugendbeteiligung des Bundes (KomKJB) mit Fokus auf Jugendbeteiligung und Diskriminierungssensibilität. Sie hat die Zusammenarbeit der Bertelsmann Stiftung und des Young Economy Teams von Oktober 2024 bis Oktober 2025 begleitet.

3. Datenbasis und Methodik

Um ein umfassendes Verständnis der Sichtweisen von jungen Menschen zu den einleitend dargelegten Themenkomplexen und Fragestellungen zu gewinnen, wurde in dieser Studie ein Mixed-Methods-Forschungsdesign umgesetzt, bei dem eine für die Merkmale Alter, Geschlecht, Bundesland und Bildungsabschluss repräsentative quantitative Survey-Befragung von 16- bis 25-Jährigen in Deutschland mit qualitativen Fokusgruppeninterviews kombiniert wurde. Durch die Integration dieser beiden Erhebungsmethoden können die Stärken quantitativer und qualitativer Ansätze besser genutzt, Muster erkannt, Gründe für Trends verstanden und letztlich fundiertere Antworten auf die Forschungsfragen gefunden werden, als es mit nur einer einzelnen Methode möglich wäre (Creswell et al. 2011).

Die repräsentative Befragung wurde von der Forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH durchgeführt. Sie fand vom 14. bis 30. April 2025 statt und erfolgte sowohl über computergestützte Telefoninterviews (CATI) als auch online unter Nutzung des Befragungspanel *forsa.omninet*. Insgesamt nahmen 1.507 Personen der oben genannten Zielgruppe teil, davon 750 telefonisch und 757 online. Dieser sogenannte Dual-Mode-Ansatz wird in der aktuellen Methodenliteratur (z. B. Krug und Kriwy 2017) empfohlen, um Reichweite, Repräsentativität und Datenqualität zu maximieren, gleichzeitig aber Kosten und Nonresponse zu minimieren. Zur Sicherstellung der Repräsentativität wurden seitens der Forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH Personengewichte zur Verfügung gestellt, die auf Daten der amtlichen Statistik basieren.

Die genaue Diktion der entsprechenden Fragebogenitems zur Erfassung der Sichtweisen junger Menschen zu den einleitend dargelegten Themenkomplexen wird im Kontext der weiteren Ausführungen ausführlich dargestellt. Sofern nichts anderes angegeben ist, wurden vierstufige Likert-Skalen verwendet (z. B. „stimme voll und ganz zu“, „stimme eher zu“, „stimme eher nicht zu“, „stimme überhaupt nicht zu“). Alle relevanten Daten aus der repräsentativen Befragung wurden für die vorliegende Studie zunächst auf der Ebene der Gesamtgruppe ausgewertet. Um Anhaltspunkte zu Unterschieden zwischen verschiedenen Befragtengruppen zu erhalten, wurden zudem die folgenden soziodemographischen Variablen kontinuierlich herangezogen: Geschlecht, Ost- und Westdeutschland, Altersgruppe, Bildungsniveau, Erwerbsstatus und parteipolitische Orientierung. Die Ergebnisse sowohl der gesamten als auch der nach Gruppen differenzierten Auswertungen werden nachfolgend dargestellt.

Im Anschluss an die repräsentative Befragung wurden im Zeitraum vom 4. bis 11. Juni 2025 vier Fokusgruppendifkussionen im Onlineformat durchgeführt. An den Diskussionen nahmen jeweils fünf bis sieben junge Menschen teil, die im Rahmen der repräsentativen Erhebung rekrutiert wurden. Diese qualitative Vertiefung dient dazu, die über die repräsentative Befragung gewonnenen quantitativen Ergebnisse durch individuelle Perspektiven junger Menschen zu

kontextualisieren sowie die Grundlage für die Ableitung von Erklärungsmustern und Interpretationsansätzen zu schaffen.

Die Zusammensetzung der Fokusgruppen richtete sich zunächst nach dem Alter: Es wurden zwei Gruppen mit 16- bis 20-Jährigen und zwei mit 21- bis 25-Jährigen gebildet. Innerhalb jeder Altersgruppe wurde – soweit möglich – jeweils eine Fokusgruppendifkussion für Teilnehmer:innen mit hohem Bildungsniveau und eine für Teilnehmer:innen mit niedrigem bzw. mittlerem Bildungsniveau durchgeführt. Um heterogene Perspektiven zu gewährleisten, wurden bei der Zusammensetzung der vier Gruppen zudem weitere zentrale Merkmale wie Geschlecht, Erwerbsstatus, regionale Herkunft und parteipolitische Orientierung berücksichtigt.

Die Fokusgruppendifkussionen dauerten jeweils 90 Minuten und wurden leitfadengestützt von Forsa-Mitarbeitenden moderiert. Im Anschluss an eine kurze Vorstellung und Einleitung wurden den Teilnehmer:innen ausgewählte Ergebnisse aus der quantitativen Erhebung mittels einer foliengestützten Präsentation vorgestellt und mit ihnen diskutiert. Dabei ging es beispielsweise um die Rolle von Unternehmen bei der Bewältigung von aktuellen Herausforderungen für die Wirtschaft in Deutschland (vgl. Kapitel 5) oder um das Auseinanderklaffen von persönlichen und gesamtwirtschaftlichen bzw. -gesellschaftlichen Zukunftsaussichten (vgl. Kapitel 9). Auf der Basis digitaler Aufnahmen wurden von Forsa Transkripte aller Fokusgruppendifkussionen angefertigt und zur Verfügung gestellt. Zentrale Aussagen aus den transkribierten Fokusgruppendifkussionen werden im Folgenden unter der Kennzeichnung „qualitative Vertiefung“ in zusammengefasster Form berichtet.

Erfassung der soziodemographischen Merkmale

Die Erfassung des Geschlechts erfolgte mit einer geschlossenen Frage, bei der die Befragten zwischen „männlich“, „weiblich“ und „divers“ auswählen konnten. 14 der 1.507 Befragten wählten die Antwortoption „divers“. Aufgrund der niedrigen Fallzahl wurden keine separaten Analysen für diese Gruppe durchgeführt. In den Auswertungen nach Geschlecht wurden die Angaben dieser Befragten daher außen vor gelassen. In anderen Darstellungen (insgesamt oder in anderen Teilgruppen) sind die Antworten dieser Befragten enthalten.

Zur Erfassung der regionalen Zugehörigkeit zu Ost- und Westdeutschland wurde das Bundesland über die Vorwahl bzw. über die Postleitzahl ermittelt. Befragte aus Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Bayern und dem Saarland werden der westdeutschen Region zugeordnet. Gängigen Konventionen (z. B. ALLBUS-Dokumentation unter <https://www.gesis.org/allbus>) folgend wird Berlin aufgrund historischer und institutioneller Kriterien ebenfalls der westdeutschen Region zugeordnet. Befragte aus Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt sowie Thüringen werden Ostdeutschland zugeordnet.

Das Alter wurde anhand der offenen Frage „Wie alt sind Sie?“ erfragt. Für die nachfolgenden Auswertungen wurden die folgenden Altersgruppen definiert und herangezogen: 16 bis 19, 20 bis 22 sowie 23 bis 25 Jahre.

Zur Erfassung des Bildungsniveaus sollten die Befragten anhand einer Auswahlfrage mit geschlossenem Antwortformat angeben, welchen allgemeinbildenden Schulabschluss sie anstreben (im Falle von Personen, die zum Erhebungszeitpunkt noch die Schule besuchten) oder bereits erreicht haben (bei Personen, welche die Schule zum Erhebungszeitpunkt bereits abgeschlossen haben). Dabei werden ein Hauptschulabschluss bzw. vergleichbare Abschlüsse sowie kein Abschluss als niedriges Bildungsniveau, ein Real- schulabschluss bzw. vergleichbare Abschlüsse als mittleres und die allgemeine bzw. fach- gebundene (Fach-)Hochschulreife als hohes Bildungsniveau klassifiziert. Niedriges und mittleres Bildungsniveau wurden in der Analyse gemeinsam betrachtet.

Der Erwerbsstatus wurde ebenfalls mit einer geschlossenen Frage erhoben, bei der die Befragten angeben sollten, welcher Tätigkeit sie aktuell überwiegend nachgehen. Die Antwortkategorien sind: Schüler:in; Studium; berufliche Ausbildung; Umschulung; freiwilliger Wehrdienst; Bundesfreiwilligendienst, freiwilliges soziales oder ökologisches Jahr; Erwerbsunterbrechung wegen Pflegezeit; Mutterschutz; Elternzeit ohne Teilzeittätigkeit; Erwerbstätige in Vollzeit; Erwerbstätige in Teilzeit; geringfügig erwerbstätig; arbeitslos; dauerhaft erwerbsunfähig; Hausfrau/Hausmann; Sonstiges; keine Angabe. Die Antworten wurden für die nachfolgenden Auswertungen zu den folgenden Kategorien zusammengefasst: 1.) Schule (d. h. Schüler:in); 2.) Studium; 3.) berufliche Ausbildung (inkl. Umschulung); 4.) Erwerbstätigkeit (in Voll- oder Teilzeit); 5.) keine oder nur geringfügige Erwerbstätigkeit (d. h. Erwerbsunterbrechung wegen Pflegezeit, Mutterschutz, Elternzeit ohne Teilzeittätigkeit, geringfügig erwerbstätig, arbeitslos, dauerhaft erwerbsunfähig, Hausfrau/Hausmann) und 6.) Sonstige Tätigkeiten (d. h. Freiwilliger Wehrdienst, Bundesfreiwilligendienst, freiwilliges soziales oder ökologisches Jahr, Sonstiges). Aufgrund der geringen Fallzahl jener Personen, die „Keine oder nur geringfügige Erwerbstätigkeit“ angegeben haben (35 von 1.507) oder „sonstigen Tätigkeiten“ nachgehen (49 von 1.507), sind die Ergebnisse zu diesen beiden Gruppen vorsichtig zu interpretieren.

Die politische Orientierung wurde mit einer geschlossenen Frage mit folgenden Antwortmöglichkeiten erfasst: SPD, CDU/CSU, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, AfD, BSW, andere (mit offenem Antwortfeld), Ich würde keine Partei wählen/Ich bin Nichtwähler:in. Bei der Interpretation der Ergebnisse zu Personen, die sich letztgenannter Gruppe zuordnen, ist aufgrund geringer Fallzahl (23 von 1.507) ebenfalls Vorsicht geboten. Die Ergebnisse derjenigen, die andere Parteien im offenen Antwortformat angegeben haben, werden aufgrund hoher Heterogenität und geringer Fallzahl (73 von 1.507) im Folgenden nicht berichtet.

4. Zufriedenheit mit verschiedenen Lebensbereichen

In diesem Kapitel wird als Ausgangspunkt dieser Untersuchung betrachtet, wie zufrieden junge Menschen mit ihrem Leben insgesamt sowie mit einzelnen Bereichen ihres Lebens sind. Dazu wurden die Jugendlichen und jungen Erwachsenen gebeten, ihre Zufriedenheit mit ihrem derzeitigen Leben und in unterschiedlichen Lebensbereichen auf einer Skala von 0 („sehr unzufrieden“) bis 10 („sehr zufrieden“) einzuschätzen. Antworten von 7 bis 10 wurden als „(sehr) zufrieden“, Werte von 4 bis 6 als „mäßig zufrieden“ und Werte von 0 bis 3 als „(sehr) unzufrieden“ zusammengefasst.

Die Ergebnisse zeigen, dass die Mehrheit der jungen Menschen mit ihrem Leben insgesamt zufrieden ist. Fast drei Viertel der Befragten geben an, zufrieden oder sehr zufrieden zu sein: lediglich 6 Prozent sind mit ihrem Leben (sehr) unzufrieden. Im regionalen Vergleich fällt die Zufriedenheit mit dem Leben insgesamt im Westen leicht höher aus als im Osten und bei den 16- bis 19-Jährigen etwas höher als bei den 20- bis 25-Jährigen (Abbildung 1). Schüler:innen weisen dabei insgesamt eine höhere Zufriedenheit auf als die weiteren Vergleichsgruppen, wie beispielsweise Student:innen und Erwerbstätige. Rund zwei Drittel der Student:innen, der Auszubildenden und Erwerbstätigen sind mit ihrem eigenen Leben sehr zufrieden. Befragte, die die Parteien Die Linke und der AfD bevorzugen, weisen insgesamt eine geringere Lebenszufriedenheit auf als Befragte anderer parteipolitischer Präferenzen, wie etwa von CDU/CSU, SPD oder Bündnis 90/Die Grünen.

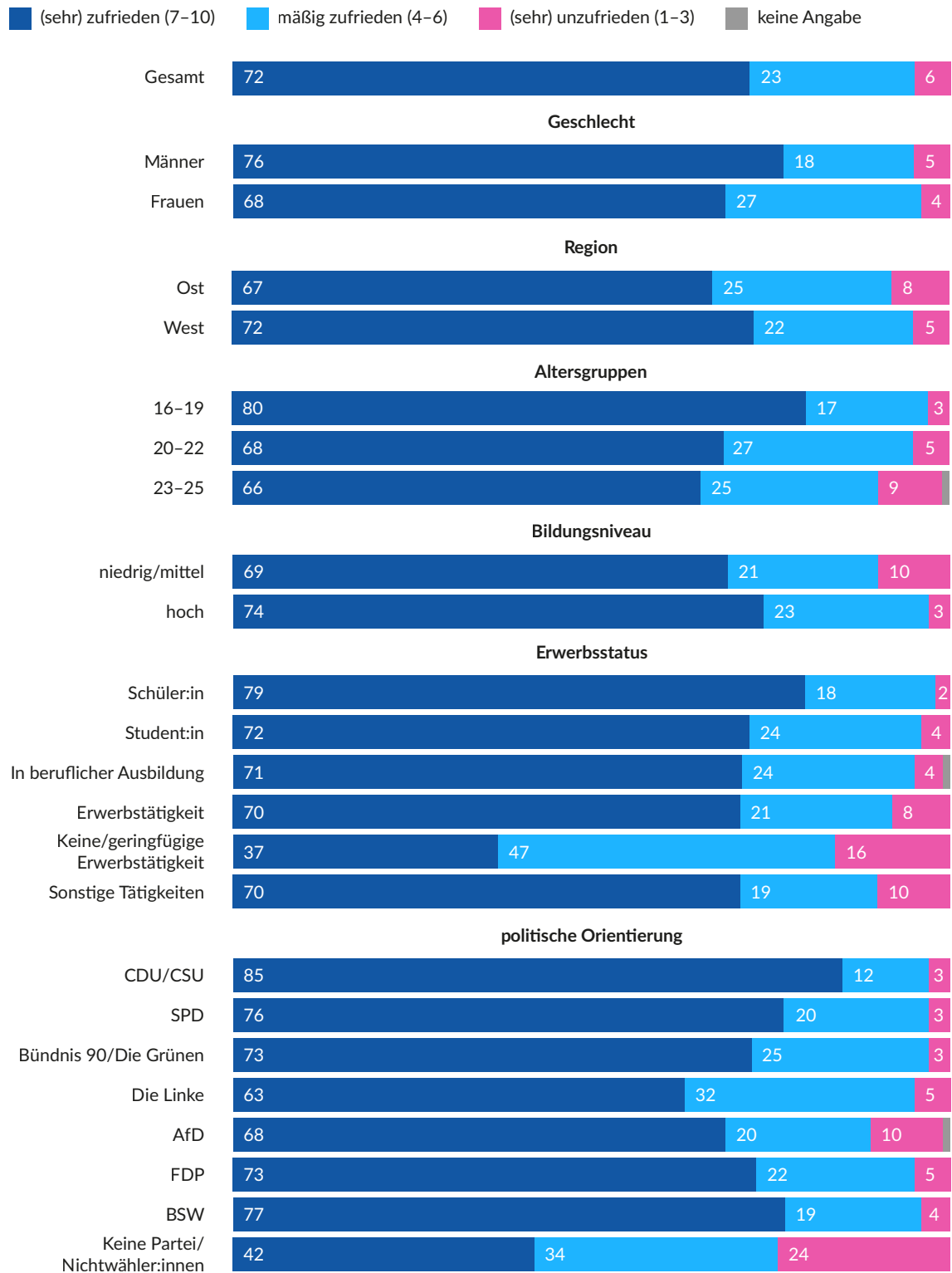
Junge Menschen sind mit verschiedenen Lebensbereichen unterschiedlich stark zufrieden. Dabei zeigt sich jedoch in Bezug auf die Zufriedenheit eine starke Diskrepanz zwischen persönlichen Lebensbereichen im Vergleich zu gesamtgesellschaftlichen Lebensbereichen (Abbildung 2). Am wenigsten zufrieden sind junge Menschen bei den gesamtgesellschaftlichen Lebensbereichen mit dem Rentensystem – 46 Prozent sind hiermit sehr unzufrieden oder unzufrieden. Auf das Rentensystem folgt die Unzufriedenheit mit der Politik (40 Prozent), dem gesellschaftlichen Zusammenhalt (35 Prozent), dem Bildungssystem (26 Prozent), der Wirtschaft (20 Prozent) und der Infrastruktur (15 Prozent) in Deutschland.

Demgegenüber zeigen sich junge Menschen (sehr) zufrieden mit persönlichen Lebensbereichen, wie etwa der eigenen Wohnsituation (78 Prozent), den sozialen Kontakten (75 Prozent), der körperlichen Gesundheit (73 Prozent) oder ihren beruflichen Aussichten (70 Prozent). Geringer fällt ihre Zufriedenheit mit der eigenen psychischen Gesundheit (63 Prozent) und der finanziellen Situation (59 Prozent) aus.

Abbildung 1 **Zufriedenheit mit dem eigenen Leben**

Wenn Sie auf Ihr Leben insgesamt schauen: Wie zufrieden sind Sie derzeit?

Bitte bewerten Sie auf einer Skala von 0 = „überhaupt nicht zufrieden“ bis 10 = „total zufrieden“.



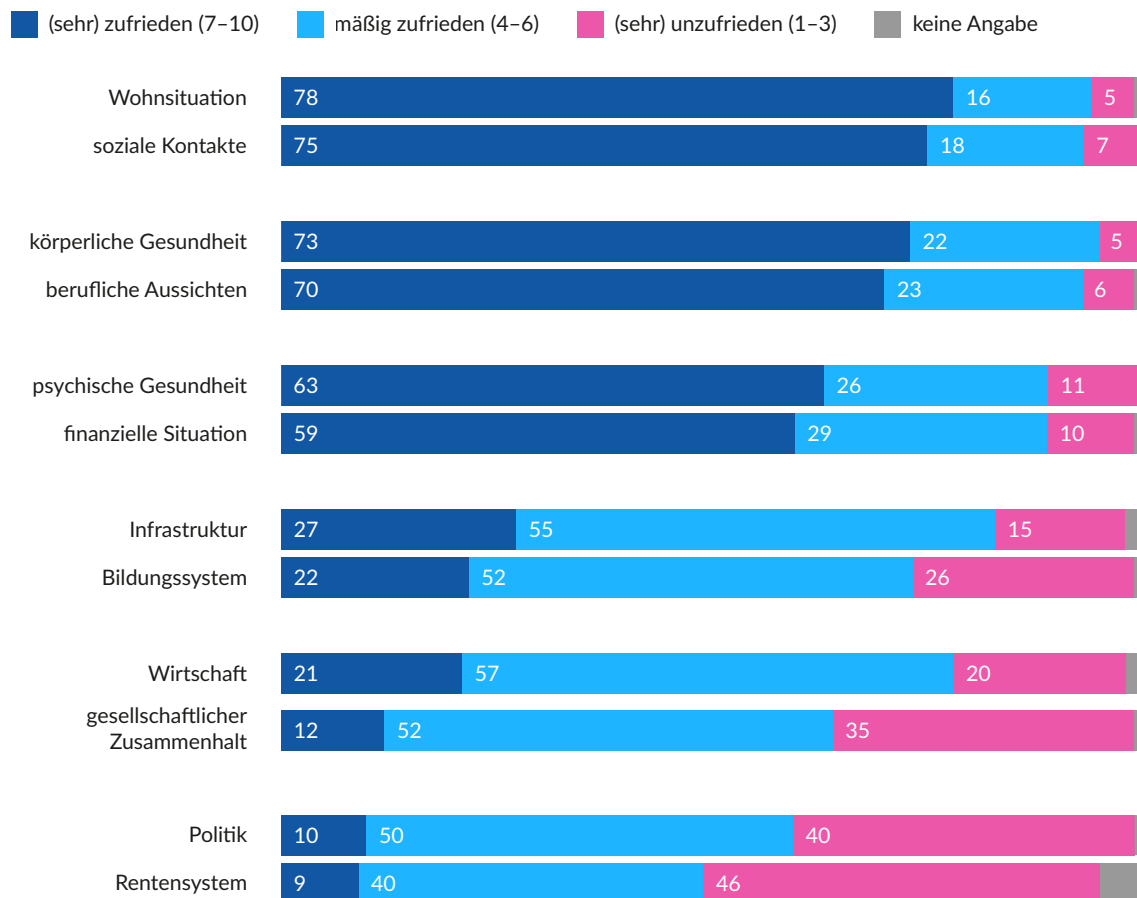
Angaben in Prozent. Rundungsbedingt können die Summen von 100 Prozent abweichen. Quelle: eigene Darstellung. | BertelsmannStiftung

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass junge Menschen insgesamt eine hohe Zufriedenheit mit den unmittelbar persönlichen Lebensbereichen berichten, während die Einschätzungen gesamtgesellschaftlicher Bereiche deutlich kritischer ausfallen. Eine Divergenz zwischen der Zufriedenheit mit der eigenen Lebenssituation und der geringen Zufriedenheit mit gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen zeigt sich auch in weiteren Teilen der Studie, etwa mit Blick auf die Zukunftserwartungen der Befragten (siehe Kapitel 9).

Abbildung 2 Zufriedenheit mit verschiedenen Lebensbereichen

Wie zufrieden sind Sie mit den folgenden Bereichen Ihres Lebens?

Bitte bewerten Sie auf einer Skala von 0 = „überhaupt nicht zufrieden“ bis 10 = „total zufrieden“.



Angaben in Prozent. Rundungsbedingt können die Summen von 100 Prozent abweichen. Quelle: eigene Darstellung. | BertelsmannStiftung

5. Wahrnehmungen aktueller Herausforderungen für die Wirtschaft in Deutschland und deren Bewältigung

Um die Problemsicht junger Menschen auf den hier interessierenden Themenkomplex weiter zu vertiefen, wurden sie danach gefragt, worin ihrer Ansicht nach aktuell die größten Herausforderungen für die Wirtschaft in Deutschland bestehen und wem sie deren Bewältigung zutrauen. Diese Wahrnehmungen und Einschätzungen sind insofern bedeutsam, als sie – gemeinsam mit den wirtschaftsbezogenen Interessen, Selbsteinschätzungen und Kenntnissen (siehe Kapitel 6) sowie den Haltungen zu Wirtschaftssystemfragen und zu sozioökonomischen Gerechtigkeitsvorstellungen (siehe Kapitel 7) – einen wesentlichen Teil des mentalen Hintergrunds darstellen, vor dem junge Menschen ihre Präferenzen entwickeln, Prioritäten setzen und Positionen zu aktuellen wirtschaftspolitischen Fragen bilden (siehe Kapitel 8).

5.1. Wahrnehmungen aktueller Herausforderungen für die Wirtschaft

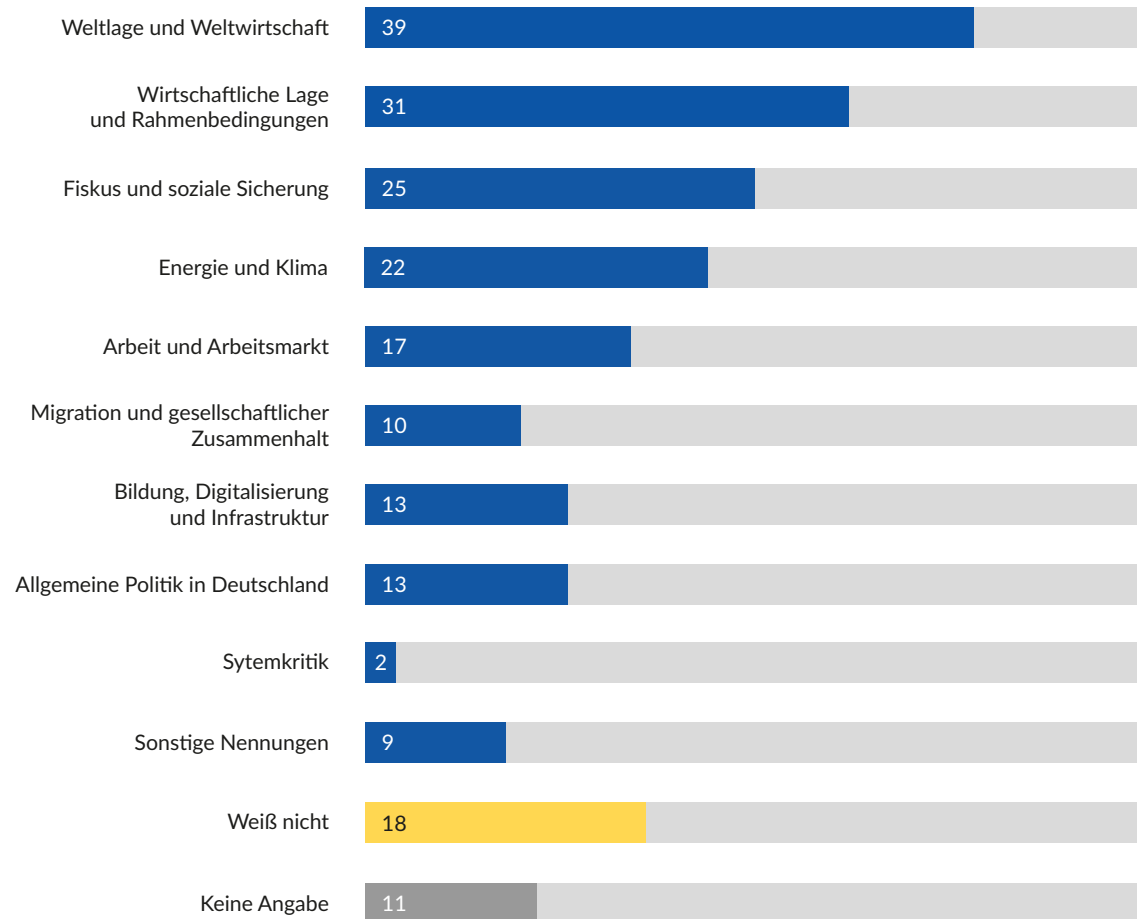
In einer Frage mit offenem Antwortformat wurden die Teilnehmer:innen zunächst gebeten, alles zu nennen bzw. zu notieren, was aus ihrer Sicht aktuell eine Herausforderung für die Wirtschaft in Deutschland darstellt. Das offene Antwortformat wurde gewählt, um möglichst authentische, nicht durch vorgegebene Antwortmöglichkeiten verzerrte Einblicke in die Wahrnehmungen der Befragten zu erhalten. Die Anzahl der Nennungen war in der Fragestellung nicht begrenzt, d. h. es waren Mehrfachnennungen möglich. Die Befragten hatten ferner die Möglichkeit, mit „ich weiß nicht“ zu antworten oder die Frage zu überspringen, was als „keine Angabe“ erfasst wurde.

Die Nennungen wurden inhaltsanalytisch ausgewertet und zu den in Abbildung 3 dargestellten thematischen Kategorien verdichtet.¹ Wie die Abbildung 3 zeigt, entfallen die meisten Nennungen auf die Kategorie „Weltlage und Weltwirtschaft“: Fast vier von zehn der Befragten (39 Prozent) nennen Herausforderungen in diesem Bereich. Dazu zählen Aussagen mit Bezug zur internationalen Politik oder zur geopolitischen Sicherheitslage, etwa Nennungen zum russischen Angriffs-

1 Im Einzelnen wurde hierzu ein zweistufiges Kategoriensystem eingesetzt, das auf induktivem Weg und in diskursivem Austausch im Forschungsteam entwickelt wurde. Aus den offenen Antworten der Befragten wurden entsprechend inhaltlicher Zusammengehörigkeit zunächst thematische Kategorien auf einer ersten Ebene abgeleitet, denen jede Einzelnennung anschließend zugeordnet wurde. Diese Kategorien wurden in einem zweiten Schritt zu den in Abbildung 3 dargestellten übergeordneten Kategorien zusammengefasst. Die Erfassung in einer übergeordneten Kategorie erfolgte, sobald bei einer Person mindestens eine Nennung auf der zugehörigen ersten Ebene vorlag. Um mögliche Verzerrungen der Anteilswerte zu vermeiden, wurden Mehrfachnennungen dabei auf der übergeordneten Ebene nur einmal gezählt.

Abbildung 3 **Wahrgenommene Herausforderungen für die Wirtschaft**

Im Moment ist häufig die Rede davon, dass die Wirtschaft in Deutschland vor vielen Herausforderungen steht. Bitte geben Sie alles an, was aus Ihrer Sicht aktuell Herausforderungen für die Wirtschaft in Deutschland sind.



Mehrfachnennungen möglich. Angaben in Prozent. Quelle: eigene Darstellung.

| BertelsmannStiftung

krieg gegen die Ukraine oder zum Krieg in Gaza. Ebenfalls in diese Kategorie fallen Nennungen zur US-Politik unter Donald Trump sowie zum internationalen Handel, wie Protektionismus, globale Wettbewerbsfähigkeit oder (wirtschaftliche) Abhängigkeiten, beispielsweise durch internationale Lieferketten. Schließlich wurden in dieser Kategorie auch Nennungen erfasst, die die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands betreffen.

An zweiter Stelle stehen Herausforderungen, die unter die Kategorie „Wirtschaftliche Lage und Rahmenbedingungen in Deutschland“ fallen und von 31 Prozent der Befragten genannt werden. Dazu zählen Antworten der Befragten, die auf eine zu geringe Nachfrage, auf zu hohe Kosten für Unternehmen sowie auf bürokratische Hürden Bezug nehmen. Auch Nennungen zu fehlenden staatlichen Investitionen und Fördermaßnahmen, mangelnden Innovationen und Zukunftstechno-

logien, zur Abwanderung von Unternehmen sowie zur Situation der Automobilindustrie werden in dieser Kategorie erfasst. Darüber hinaus beinhaltet sie Nennungen mit Bezugnahme auf Inflation, Wohnen und Wohnungsmarkt, Rezession oder die Folgen der Coronapandemie für Deutschland.

Ein Viertel der Befragten nennt in ihren Antworten wirtschaftliche Herausforderungen, die der Kategorie „Fiskus und soziale Sicherung“ zugeordnet werden können. Diese umfasst Nennungen mit Bezug zum Bundeshaushalt, zu Staatsausgaben und zur Staatsverschuldung sowie zu Steuern und Sozialabgaben. Ebenso wurden hier Aussagen aufgenommen, die Kritik an der Sozialpolitik – etwa am Bürgergeld oder am Rentensystem – oder die Wahrnehmung sozialer Ungleichheit thematisieren.

Ähnlich viele Personen (22 Prozent) sprechen Herausforderungen an, die sich der Kategorie „Energie und Klima“ zuordnen lassen. In diese wurden Nennungen aufgenommen, die sich auf die allgemeine Energieversorgung sowie Energie-, Strom- und Gaspreise beziehen, ebenso wie Aussagen zum Umstieg auf erneuerbare Energien, zum Klimawandel und seinen Folgen, zu politischen Maßnahmen zu dessen Bekämpfung oder allgemein zu Fragen der Nachhaltigkeit. Dabei wurden sowohl kritische als auch befürwortende Äußerungen aufgenommen.

17 Prozent der Befragten äußerten Herausforderungen, die sich unter die Kategorie „Arbeit und Arbeitsmarkt“ subsumieren lassen. Diese Kategorie fasst Nennungen zusammen, die sich auf den Personal- und Fachkräftemangel, auf die (fehlende) Arbeitsmoral, auf fehlende (adäquate) Stellen sowie auf sonstige wahrgenommene Friktionen auf dem Arbeitsmarkt bzw. auf Probleme der Arbeitsmarktpolitik beziehen.

Weitere 13 Prozent der Befragten nennen Herausforderungen, die sich den Bereichen „Bildung, Digitalisierung und Infrastruktur“ zuordnen lassen. Hier gehen Äußerungen ein, die sich beispielsweise auf Mängel im Bildungssystem, überlastete oder marode Verkehrswege, Rückstand bei digitaler Versorgung, wie etwa langsames Internet oder unzureichende Netzabdeckung, beziehen.

Ebenfalls 13 Prozent der Befragten nehmen Herausforderungen wahr, die allgemein mit der Politik bzw. den Politiker:innen in Deutschland in Verbindung stehen. Hierzu zählen Nennungen wie beispielsweise fehlende Kompetenz der Bundesregierung oder Kritik an politischen Umgangsformen.

Jeder zehnte Befragte geht schließlich auf Herausforderungen ein, die den Themenkomplex „Migration und gesellschaftlichen Zusammenhalt“ betreffen. Hierunter fallen alle Nennungen, bei denen es um Migrations- und Integrationspolitik oder Auswirkungen von Migration auf Wirtschaft und Gesellschaft geht. Ebenso werden Nennungen subsumiert, die wahrgenommene gesellschaftliche Polarisierung thematisieren. Ähnlich wie bei der Kategorie „Energie und Klima“ wurden hierbei sowohl kritische als auch befürwortende Äußerungen in diese Kategorie aufgenommen.

Etwa 2 Prozent aller Befragten äußerten in ihren Antworten zudem systemkritische Sichtweisen wie etwa Kapitalismuskritik, welche in der Kategorie „Systemkritik“ erfasst wurden. 18 Prozent der Befragten wussten auf die offene Frage nach den aktuellen Herausforderungen für die Wirtschaft in Deutschland keine Antwort; 11 Prozent machten keine Angabe.

Bei der gruppenspezifischen Auswertung (vgl. Anhang, Tabelle A1) zeigen sich im Hinblick auf den Umfang wahrgenommener Herausforderungen für die Wirtschaft in Deutschland keine großen Unterschiede zwischen den Geschlechtern, zwischen Befragten aus Ost- und Westdeutschland oder zwischen den verschiedenen Altersgruppen. Es fällt jedoch auf, dass junge Männer in nahezu allen Kategorien mehr Herausforderungen nennen als junge Frauen. Diese machen demgegenüber häufiger von der „Weiß nicht“-Option Gebrauch (23 Prozent bei jungen Frauen vs. 12 Prozent bei jungen Männern).

Deutlichere Unterschiede zeigen sich hingegen beim Bildungsniveau: Befragte mit hoher Bildung nennen häufiger Herausforderungen im Zusammenhang mit der Weltlage bzw. der Weltwirtschaft als solche mit niedriger bzw. mittlerer Bildung (49 vs. 24 Prozent). Auch bei den Kategorien „Wirtschaftliche Lage und Rahmenbedingungen“ sowie „Energie und Klima“ fallen zwischen diesen beiden Gruppen Differenzen bei den Nennungen auf (36 vs. 22 bzw. 25 vs. 14 Prozent). Zudem geben Befragte mit niedrigem bzw. mittlerem Bildungsniveau häufiger an, keine Antwort auf die Frage nach den Herausforderungen für die Wirtschaft in Deutschland zu wissen als diejenigen mit höherem Bildungsniveau (25 vs. 13 Prozent).

Ein ähnliches Bild zeigt sich bei der Differenzierung nach Erwerbsstatus. So geben vor allem Student:innen ebenso wie Schüler:innen in den meisten Kategorien mehr Herausforderungen an als alle anderen Befragtengruppen. Dies fällt vor allem beim Bereich „Weltlage und Weltwirtschaft“ auf. Während in diesen beiden Gruppen etwa jeder zweite Befragte (48 bzw. 49 Prozent) Herausforderungen in diesem Bereich wahrnimmt, trifft das auf Befragte mit anderem Erwerbsstatus (zum Teil deutlich) seltener zu (22 bis 37 Prozent).

Recht deutliche Unterschiede bei den wahrgenommenen Herausforderungen zeigen sich auch bei der Differenzierung nach parteipolitischer Orientierung. So nimmt etwa die Hälfte der Anhängerschaft von Bündnis 90/Die Grünen (50 Prozent), SPD (46 Prozent) und FDP (41 Prozent) Herausforderungen im Zusammenhang mit der „Weltlage und Weltwirtschaft“ wahr, während Befürwortende der AfD (26 Prozent) sowie Nichtwähler:innen bzw. keiner Partei Zugehörige (21 Prozent) diese deutlich seltener als Herausforderung benennen. Die Anhängerschaften von Bündnis 90/Die Grünen und der FDP nennen zudem mit 38 bzw. 40 Prozent etwas öfter Herausforderungen zum Bereich „Wirtschaftliche Lage und Rahmenbedingungen“ als Befragte mit anderen parteipolitischen Orientierungen (27 bis 31 Prozent). Herausforderungen in der Kategorie „Fiskus und soziale Sicherung“ werden insbesondere von den Befürwortenden der AfD (34 Prozent), der FDP (33 Prozent), der Partei Die Linke (31 Prozent) und des BSW (28 Prozent) wahrgenommen, während dieser Anteil bei den Befürwortenden der anderen Parteien geringer ausfällt (zwischen 16 und 23 Prozent). Herausforderungen im Bereich „Bildung, Digitalisierung und Infrastruktur“ werden von Befürwortenden der AfD und der CDU/CSU besonders selten wahrgenommen (8 bzw. 7 Prozent vs. zwischen 15 und 18 Prozent bei Befürwortenden der anderen Parteien). Befragte, die

dem Bündnis 90/Die Grünen nahestehen, nehmen „Energie und Klima“ mit 33 Prozent häufiger als Herausforderung wahr als jene mit anderer parteipolitischer Orientierung (13 bis 26 Prozent). Demgegenüber sieht die Anhängerschaft der AfD die Politik in Deutschland häufiger als Herausforderung für die Wirtschaft an (27 Prozent) als Befragte mit anderen Parteipräferenzen (9 bis 17 Prozent). Bei den Kategorien „Migration und gesellschaftlicher Zusammenhalt“ sowie „Systemkritik“ sind die Unterschiede entlang der parteipolitischen Präferenzen gering.


Insgesamt lässt sich feststellen, dass junge Menschen eine große Bandbreite an Herausforderungen für die Wirtschaft in Deutschland wahrnehmen. Insbesondere globale Entwicklungen stehen dabei im Fokus, obgleich es hier zum Teil sehr deutliche Unterschiede entlang der parteipolitischen Präferenzen sowie des Erwerbsstatus und des Bildungsniveaus gibt. Aber auch die wirtschaftliche Lage und Rahmenbedingungen in Deutschland sowie fiskal- und sozialpolitische Herausforderungen werden von den jungen Menschen häufig thematisiert. Demgegenüber werden die Bereiche „Migration und gesellschaftlicher Zusammenhalt“ und auch „Bildung, Digitalisierung und Infrastruktur“ durchweg sehr selten als Herausforderungen für die Wirtschaft in Deutschland angesehen. Es fällt zudem der hohe Anteil an jungen Menschen auf, die keine Antwort bei der Frage nach den aktuellen Herausforderungen in Deutschland angeben.

5.2. Einschätzungen zur Bewältigung der aktuellen Herausforderungen

In einer weiteren Frage sollten die jungen Menschen einschätzen, in welchem Ausmaß verschiedene Akteure zur Bewältigung der wirtschaftlichen Herausforderungen beitragen können. Ziel war es herauszufinden, wem Jugendliche und junge Erwachsene die größte Wirksamkeit – und damit auch die größte Verantwortung – in diesem Zusammenhang zuschreiben. Bei den Antwortmöglichkeiten wurden gleichermaßen politische und privatwirtschaftliche wie auch institutionelle und individuelle Akteure einbezogen.

Die in Abbildung 4 dargestellten Ergebnisse zeigen, dass junge Menschen vor allem politischen und institutionellen Akteuren eine zentrale Rolle bei der Lösung der wirtschaftlichen Herausforderungen zuschreiben.

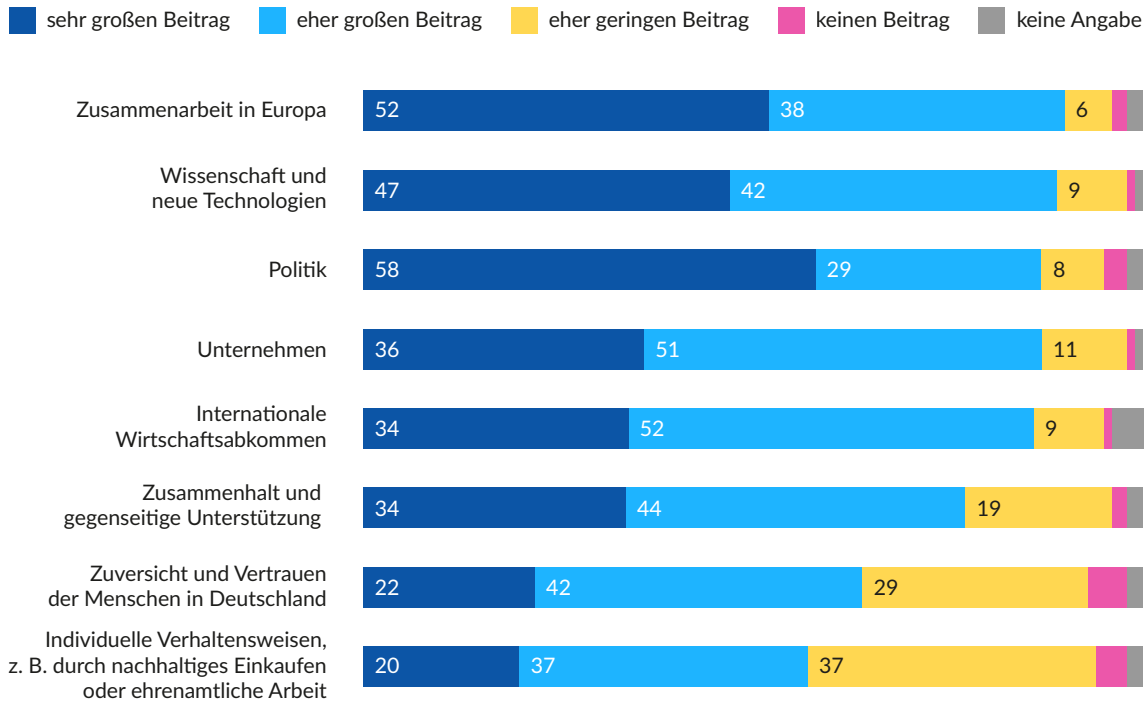
Bei Betrachtung der Anteile derjenigen, die einen sehr großen oder eher großen Beitrag erwarten, wird deutlich, dass sie internationalen Ansätzen eine besonders hohe Bedeutung beimessen – allen voran der europäischen Zusammenarbeit (90 Prozent). Auch Wissenschaft und neue Technologien (89 Prozent), die Politik (87 Prozent) sowie die Unternehmen in Deutschland (87 Prozent) und internationalen Wirtschaftsabkommen (86 Prozent) werden von ihnen als zentrale Träger der Problemlösungen wahrgenommen.

 *Wir finden es sehr bemerkenswert, dass 90 Prozent der jungen Menschen die europäische Zusammenarbeit als Schlüssel zur Lösung wirtschaftlicher Herausforderungen sehen – das zeigt, wie positiv die europäische Zukunft eingeschätzt wird.*

Cosima Gura, Young Economy Team

Abbildung 4 Einschätzungen zur Bewältigung der Herausforderungen für die Wirtschaft

Wer oder was könnte einen sehr großen, eher großen, eher geringen oder keinen Beitrag zur Bewältigung der wirtschaftlichen Herausforderungen leisten?



Angaben in Prozent. Rundungsbedingt können die Summen von 100 Prozent abweichen. Quelle: eigene Darstellung. | BertelsmannStiftung

Deutlich seltener erwarten junge Menschen hingegen einen Beitrag von weniger greifbaren gesellschaftlichen Instanzen oder vom Engagement Einzelner. Zwar sehen 78 Prozent im gesellschaftlichen Zusammenhalt und in gegenseitiger Unterstützung einen relevanten Faktor, doch nur 64 Prozent setzen auf Zuversicht und Vertrauen der Menschen in Deutschland und 57 Prozent auf individuelles Verhalten wie nachhaltigen Konsum oder ehrenamtliche Arbeit.

„Spannend ist auch, dass individuelles Verhalten kaum als Lösung gesehen wird. Das passt zum Trend, dass junge Menschen bei großen Herausforderungen wie dem Klimawandel eher auf politische und wirtschaftliche Hebel setzen als auf individuelles Handeln.“

Leon Brandt, Young Economy Team

Bei der Auswertung dieser Frage fällt besonders auf, dass sich gruppenspezifische Unterschiede nur bei wenigen Merkmalen und Antwortoptionen ergeben (vgl. Anhang, Tabelle A2): Junge Menschen mit niedrigem bzw. mittlerem Bildungsniveau setzen im Hinblick auf die Bewältigung der Herausforderungen weniger häufig auf die Politik in Deutschland (78 Prozent) als solche mit hohem (94 Prozent). Gleiches gilt für internationale Wirtschaftsabkommen (79 vs. 90 Prozent) und die europäische Zusammenarbeit (82 vs. 95 Prozent). Differenziert man nach dem Erwerbs-

status, so zeigt sich, dass Schüler:innen häufiger als andere Gruppen davon ausgehen, dass Zuversicht und Vertrauen der Menschen in Deutschland zur Bewältigung wirtschaftlicher Herausforderungen beitragen können.

Nach parteipolitischer Orientierung betrachtet teilen die Anhängerschaften der AfD (49 Prozent) und des BSW (51 Prozent) diese Einschätzung seltener als jene der CDU/CSU oder der SPD (71 bzw. 75 Prozent). Den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die gegenseitige Unterstützung in Deutschland bewerten junge Menschen, die keiner Partei nahestehen oder nicht wählen, ebenfalls seltener als Beitrag zur Problemlösung (55 Prozent) als etwa Befürwortende von Die Linke (84 Prozent), des BSW (82 Prozent), der CDU/CSU (81 Prozent) oder der SPD (79 Prozent). Auch unter den Anhänger:innen der FDP (68 Prozent) und der AfD (70 Prozent) fallen die Zustimmungswerte hier etwas niedriger aus. Im Hinblick auf die europäische Zusammenarbeit zeigen sich hohe Zustimmungswerte zwischen 97 und 90 Prozent bei Befragten, die das Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, die FDP, die CDU/CSU und die SPD präferieren, vergleichsweise niedrigere Befürwortenden der AfD (72 Prozent). Bezogen auf den insgesamt als geringer eingeschätzten Beitrag individueller Verhaltensweisen zeigen insbesondere junge Menschen mit Nähe zur AfD (40 Prozent) oder zum BSW (37 Prozent) die niedrigsten Zustimmungswerte. Im Hinblick auf Geschlecht, Region oder Altersgruppe finden sich in den Daten hingegen keine nennenswerten Unterschiede.

Insgesamt betrachtet weist das Antwortverhalten junger Menschen damit eine hohe Konsistenz zu den wahrgenommenen Herausforderungen auf, die im vorhergehenden Abschnitt thematisiert wurden. Da diese mehrheitlich im globalen Umfeld sowie in den Rahmenbedingungen in Deutschland gesehen werden, verwundert es nicht, dass junge Menschen Lösungen im Bereich europäischer und internationaler Kooperation suchen und dass sie die Politik in die Pflicht nehmen. Neben der Bedeutung von Wissenschaft und Technologie erweist es sich als interessant, dass sie den Unternehmen eine hohe Wirksamkeit und damit Verantwortlichkeit zuweisen, weshalb dieser Aspekt in den Fokusgruppen vertieft wurde.

Qualitative Vertiefung: **Was junge Menschen von Unternehmen in wirtschaftlichen Krisenzeiten erwarten**

Die Ergebnisse der repräsentativen Befragung machen deutlich, dass junge Menschen über alle Gruppen hinweg neben dem Staat auch den Unternehmen einen zentralen Stellenwert bei der Bewältigung der aktuellen wirtschaftlichen Herausforderungen zuweisen. In den Fokusgruppen wurden sie danach gefragt, warum sie zu dieser Einschätzung kommen und welche Erwartungen sie in der gegenwärtigen Lage an Unternehmen richten.

Aus den Diskussionen ging hervor, dass Unternehmen in den Augen junger Menschen eine Schlüsselrolle spielen, da sie durch Arbeitsplätze, Steuerzahlungen, Innovationen und Investitionen entscheidend das wirtschaftliche und gesellschaftliche Umfeld prägen. Junge Menschen erwarten von ihnen daher mehr als bloßes Profitdenken. An erster Stelle ste-

hen faire Löhne, soziale Verantwortung und gute Arbeitsbedingungen. Unternehmen sollen gerecht bezahlen, Ausbildungsmöglichkeiten schaffen und auch den Quereinstieg fördern. Junge Menschen fordern Arbeitgeber:innen, die Chancen eröffnen, statt nur den Shareholder Value zu maximieren.

Ein weiteres wichtiges Anliegen ist die Flexibilisierung der Arbeit, etwa durch Homeoffice-Angebote oder eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben. Darüber hinaus wünschen sie sich, dass Unternehmen stärker in Aus- und Weiterbildung investieren, um langfristig qualifizierte Fachkräfte zu gewinnen und die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten.

Auch Nachhaltigkeit und Klimaverantwortung spielten in den Fokusgruppendifkussionen eine Rolle. Unternehmen sollen Ressourcen schonen, CO₂-Emissionen senken und durch klimafreundliche Technologien mit gutem Beispiel vorangehen. Nachhaltigkeit gilt dabei nicht nur als moralische Verpflichtung, sondern auch als wirtschaftliche Chance – etwa durch Effizienzgewinne oder ein besseres Image.

Zugleich zeigen die Diskussionen ein realistisches Verständnis wirtschaftlicher Zusammenhänge. Junge Menschen wissen, dass Unternehmen in einem kapitalistischen System Profite erzielen müssen. Doch sie betonen: Sozialverantwortung und Wirtschaftlichkeit schließen sich nicht aus, sondern können sich gegenseitig stärken – loyale, zufriedene Beschäftigte sind schließlich ein Erfolgsfaktor.

Am Ende steht ein klarer Wunsch nach Kooperation zwischen Staat und Wirtschaft. Verantwortung darf nicht allein auf einzelne ökonomische Akteure abgewälzt werden, sondern muss gerade in Krisenzeiten gemeinsam getragen werden. Für junge Menschen sind Unternehmen daher nicht nur ökonomische, sondern auch gesellschaftliche Gestalter – mit der Aufgabe, ihren Einfluss verantwortungsvoll zum Wohl der Gemeinschaft einzusetzen.

6. Wirtschaftsbezogenes Interesse, Informationsverhalten, Selbstvertrauen und Wissen

Dieses Kapitel beschreibt, wie ausgeprägt das Interesse junger Menschen an Wirtschaftsthemen ist und über welche Kanäle sie sich zu diesen Themen informieren. Zudem wird der Frage nachgegangen, wie hoch ihr Selbstvertrauen in ihr wirtschaftliches Wissen ist und über welches Wirtschaftswissen sie verfügen.

6.1. Interesse an Wirtschaftsthemen

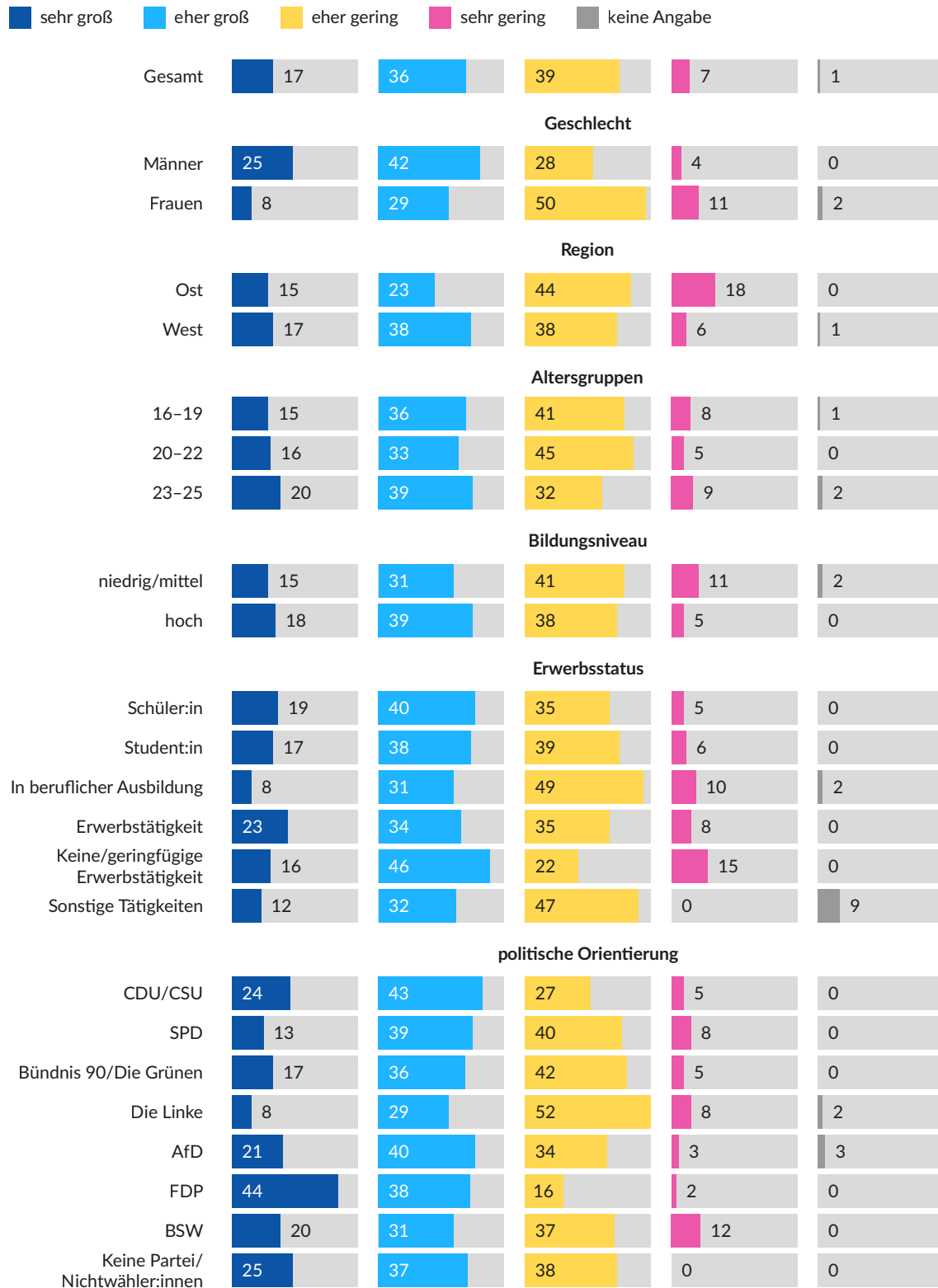
Das Interesse an Wirtschaftsthemen wurde mithilfe einer Selbsteinschätzungsfrage ermittelt. Wie Abbildung 5 zeigt, bekunden 53 Prozent der Befragten ein sehr oder eher großes Interesse, während 46 Prozent ein eher oder sehr geringes Interesse äußern.

Die Betrachtung des Interesses an Wirtschaftsthemen nach Befragtengruppen zeigt zunächst regionale Unterschiede. Befragte in Westdeutschland äußern häufiger ein sehr oder eher großes Interesse (55 Prozent) als Befragte in Ostdeutschland (38 Prozent). Auch zwischen den Geschlechtern bestehen Differenzen: 67 Prozent der jungen Männer äußern ein sehr oder eher großes Interesse, bei den jungen Frauen sind es lediglich 37 Prozent. Darüber hinaus geben Personen mit hohem Bildungsniveau häufiger ein sehr oder eher großes Interesse an Wirtschaftsthemen (57 Prozent) an als Personen mit niedrigem bzw. mittlerem (46 Prozent). Hinsichtlich des Alters fällt auf, dass insbesondere die 23- bis 25-Jährigen mit 59 Prozent am häufigsten an wirtschaftlichen Themen interessiert sind; insgesamt jedoch bleiben die Unterschiede zwischen den Altersgruppen gering. Am häufigsten äußern nicht oder geringfügig Erwerbstätige ein sehr bzw. eher großes Interesse (62 Prozent), dicht gefolgt von Schüler:innen (59 Prozent). Bei Auszubildenden ist das Interesse an Wirtschaftsthemen von allen Erwerbstätigengruppen am geringsten ausgeprägt (39 Prozent).

Hinsichtlich der parteipolitischen Orientierung gibt die Anhängerschaft der FDP besonders häufig an, an Wirtschaftsthemen interessiert zu sein (82 Prozent). Auch unter den Befürwortenden der CDU/CSU (67 Prozent), der AfD (61 Prozent) sowie denjenigen ohne Parteipräferenz (62 Prozent) finden sich viele, die sich für wirtschaftliche Themen interessieren. Etwas niedriger fällt der Anteil der wirtschaftlich Interessierten innerhalb der Anhänger:innen der SPD (52 Prozent), des Bündnis 90/Die Grünen (53 Prozent) und des BSW (51 Prozent) aus. Am seltensten wird wirtschaftliches Interesse von Befürwortenden von Die Linke bekundet (37 Prozent).

Abbildung 5 Interesse an Wirtschaftsthemen

Wie groß ist Ihr Interesse an Wirtschaftsthemen?



Angaben in Prozent. Rundungsbedingt können die Summen von 100 Prozent abweichen. Quelle: eigene Darstellung. | BertelsmannStiftung

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass das Interesse junger Menschen an Wirtschaftsthemen heterogen ist. Auffällig sind insbesondere die Unterschiede zwischen den einzelnen Gruppen: Das Wirtschaftsinteresse scheint stark von Faktoren wie Region, Geschlecht und politischer Orientierung beeinflusst zu sein. Junge Menschen, die Parteien bevorzugen, die wirtschaftliche Themen besonders stark betonen, zeigen ein höheres Interesse an Wirtschaftsthemen. Umgekehrt könnte ein ausgeprägtes Interesse an wirtschaftlichen Themen dazu führen, dass sie sich stärker solchen Parteien zuwenden.

6.2. Informationsverhalten zu Wirtschaftsthemen

Zur Erfassung des Informationsverhaltens sollten die Befragten angeben, wie häufig sie die in Abbildung 6 dargestellten Medien nutzen. Die Einschätzung erfolgte auf einer fünfstufigen Skala von „sehr oft“ bis „nie“. Demnach informiert sich die Mehrheit der Befragten (58 Prozent) über persönliche Gespräche mit Familienmitgliedern sowie im Freundes- oder Bekanntenkreis. Fast ebenso viele (54 Prozent) nennen Social Media als häufige Informationsquelle. Etwas seltener, aber weiterhin von Bedeutung sind klassische Medien wie Zeitungen, Zeitschriften, Radio oder Fernsehen (42 Prozent). Am seltensten werden Blogs oder Podcasts (20 Prozent) sowie Vorträge, Kurse und Workshops (7 Prozent) genutzt.

Ein Blick auf die einzelnen Gruppen zeigt folgende Unterschiede: Insgesamt nutzen junge Menschen in Westdeutschland alle Informationsquellen häufiger als ihre Peers in Ostdeutschland. Besonders deutlich sind die Unterschiede bei der Nutzung persönlicher Gespräche (61 vs. 41 Prozent), Social Media (56 vs. 41 Prozent) und klassischer Medien (45 vs. 23 Prozent). In Bezug auf das Geschlecht zeigen sich kaum bzw. nur geringe Unterschiede beim Informationsverhalten. Sowohl Personen mit hohem als auch solche mit niedrigem bzw. mittlerem Bildungsniveau informieren sich zumeist über persönliche Gespräche (62 vs. 52 Prozent) oder Social Media (55 vs. 54 Prozent). Personen mit hohem Bildungsniveau nutzen häufiger klassische Medien (48 vs. 33 Prozent als Personen mit einem niedrigeren bzw. mittleren).

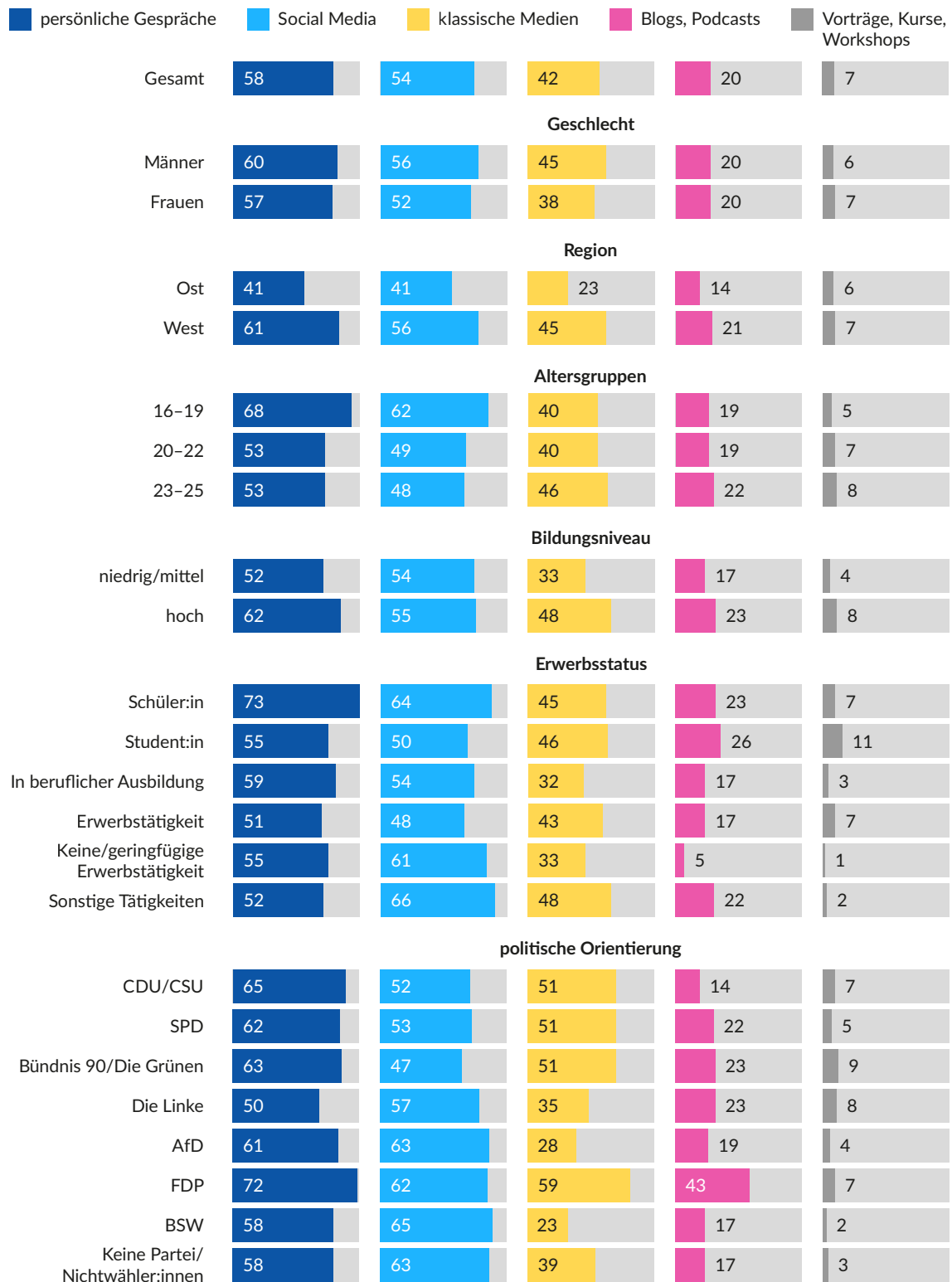
Betrachtet man die einzelnen Altersgruppen, zeigen sich nur geringe Unterschiede im Informationsverhalten. Die 16- bis 19-Jährigen nutzen persönliche Gespräche (68 Prozent) und Social-Media-Kanäle (62 Prozent) etwas häufiger als die beiden älteren Gruppen. Deren Anteile liegen jeweils bei 53 Prozent für persönliche Gespräche sowie bei 48 bzw. 49 Prozent für Social Media. Bei allen anderen Informationsquellen sind kaum Unterschiede erkennbar.

Hinsichtlich des Erwerbsstatus zeigt sich, dass fast alle Gruppen persönliche Gespräche anderen Informationsquellen vorziehen. Eine Ausnahme bilden nicht oder nur geringfügig erwerbstätige Personen, sie bevorzugen Social Media leicht. Besonders häufig nutzen Schüler:innen persönliche Gespräche als Informationsquelle (73 Prozent).

Schließlich zeigen sich bei der Nutzung persönlicher Gespräche und sozialer Medien kaum Unterschiede zwischen den Anhängerschaften der Parteien. Deutlicher werden die Unterschiede bei den klassischen Medien. Diese werden vor allem von den Befürwortenden der FDP (59 Prozent), der CDU/CSU, des Bündnis 90/Die Grünen und der SPD mit jeweils 51 Prozent genutzt, wäh-

Abbildung 6 Informationsverhalten zu Wirtschaftsthemen

Wie oft nutzen Sie die folgenden Informationsquellen, um sich über Wirtschaftsthemen zu informieren?



Angaben in Prozent. Der hier berichtete Zustimmungswert basiert auf der Zusammenfassung der Antwortoptionen „sehr oft“ und „eher oft“. Rundungsbedingt können die Summen von 100 Prozent abweichen. Quelle: eigene Darstellung. | BertelsmannStiftung

rend sie für die Anhänger:innen von Die Linke (35 Prozent), des BSW (23 Prozent) und der AfD (28 Prozent) eine geringere Rolle spielen. Auffällig ist außerdem, dass 43 Prozent der FDP-Anhängerschaft Blogs oder Podcasts nutzen, um sich über Wirtschaftsthemen zu informieren – deutlich häufiger als die Anhänger:innen anderer Parteien (14 bis 23 Prozent).

Insgesamt wird deutlich, dass der direkte Austausch und die sozialen Medien für junge Menschen bei der Informationsbeschaffung von besonderer Bedeutung sind. Zwar spielen klassische Medien im Vergleich eine etwas geringere Rolle, sie sind aber weiterhin wichtige Quellen, wenn es um Wirtschaftsthemen geht. Bemerkenswert ist zudem der Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland: Insgesamt nutzen junge Menschen im Westen alle Informationsquellen häufiger als ihre Altersgenossen im Osten.

6.3. Wirtschaftsbezogenes Selbstvertrauen

Neben dem Informationsverhalten wurden die jungen Menschen gebeten, einzuschätzen, wie gut sie ihrer Ansicht nach über Wirtschaftsthemen Bescheid wissen. Diese Einschätzungen können als Indikator für das wirtschaftsbezogene Selbstvertrauen herangezogen werden. Die Hälfte der Befragten stuft ihr Wirtschaftswissen als sehr oder eher gut ein (Abbildung 7). Bei der differenzierten Betrachtung nach Befragtengruppen ergeben sich vor allem geschlechtsspezifische Unterschiede: Während 62 Prozent der männlichen Befragten ihre Kenntnisse als sehr oder eher gut einschätzen, trifft dies nur auf 38 Prozent der weiblichen Befragten zu. Unterschiede bestehen auch zwischen den Altersgruppen. Die 23- bis 25-Jährigen schätzen ihr Wissen mit 56 Prozent am häufigsten als sehr bzw. eher gut ein. Zwischen der jüngsten (47 Prozent) und der mittleren Altersgruppe (48 Prozent) gibt es hingegen kaum Unterschiede.

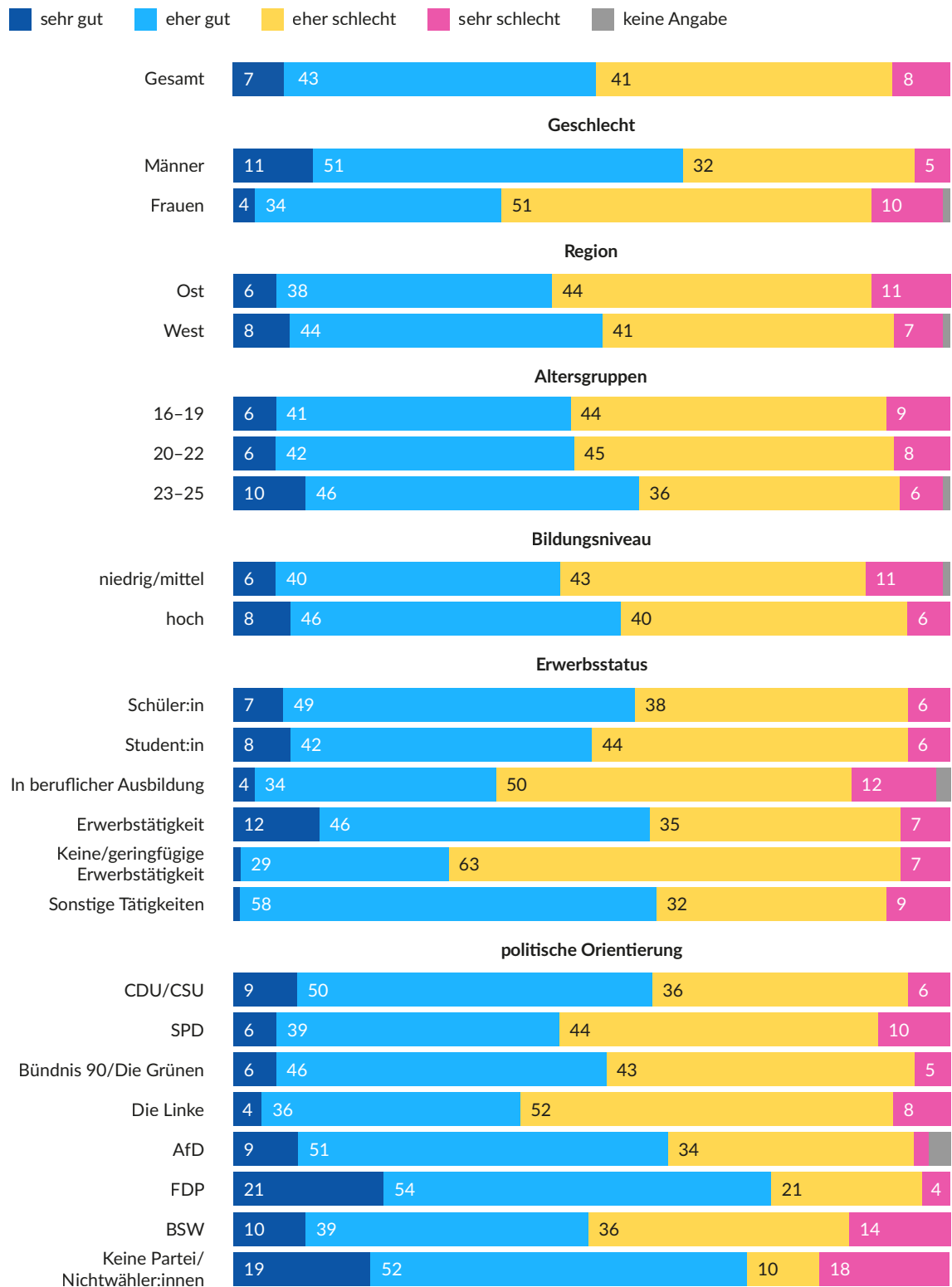
Erwerbstätige schätzen ihr wirtschaftsbezogenes Wissen am häufigsten als sehr bzw. eher gut ein (58 Prozent). Schüler:innen bewerten ihr Wissen ähnlich hoch (56 Prozent), gefolgt von Student:innen (50 Prozent). Deutlich geringer fällt die Selbsteinschätzung bei Personen aus, die eine Ausbildung absolvieren (38 Prozent) oder nicht bzw. nur geringfügig erwerbstätig (30 Prozent) sind.

Bei der Betrachtung der parteipolitischen Orientierung zeigt sich, dass die FDP-Anhängerschaft ihr Wirtschaftswissen mehrheitlich positiv einschätzt (75 Prozent). Befragte mit Nähe zur AfD (60 Prozent) oder zur CDU/CSU (59 Prozent) folgen mit etwas geringeren Werten. Niedriger fallen die Selbsteinschätzungen bei den Anhänger:innen des Bündnis 90/Die Grünen (52 Prozent), des BSW (49 Prozent) und der SPD (45 Prozent) aus. Am seltensten gab die Anhängerschaft von Die Linke an, gut über Wirtschaft Bescheid zu wissen (40 Prozent).

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die junge Generation in ihrer Einschätzung des eigenen Wirtschaftswissens heterogen ist – ähnlich wie bei der Frage nach dem Interesse an Wirtschaftsthemen. Während die eine Hälfte ihr Wissen über wirtschaftliche Themen als gut einschätzt, schätzen fast ebenso viele ihre Kenntnisse in diesem Bereich als schlecht ein. Die Unterschiede in der Selbsteinschätzung entsprechen dabei weitgehend den Mustern, die sich auch beim Interesse an Wirtschaftsthemen zeigen, sei es entlang der parteipolitischen Orientierung oder zwischen den Geschlechtern.

Abbildung 7 Wirtschaftsbezogenes Selbstvertrauen

Wie gut wissen Sie über Wirtschaftsthemen Bescheid?



Angaben in Prozent. Rundungsbedingt können die Summen von 100 Prozent abweichen. Quelle: eigene Darstellung. | BertelsmannStiftung

6.4. Objektives Wissen über Wirtschaftsthemen

Neben der Selbsteinschätzung zum Wirtschaftswissen ist ebenfalls interessant, über welche Kenntnisse junge Menschen objektiv im Bereich Wirtschaft verfügen. Zu diesem Zweck haben wir einen kurzen Test entwickelt und im Rahmen der quantitativen Befragung eingesetzt. Er ist so konzipiert, dass grundlegendes Wissen zu den Mechanismen des Wirtschaftssystems erfasst wird – ein Bereich, der für das Verständnis wirtschaftspolitischer Handlungsfelder besonders relevant ist. Er umfasst jeweils drei Aussagen zu den Themen „Soziale Marktwirtschaft“, „Steuern“ und „Preisbildung“, die die Befragten als „richtig“ oder „falsch“ einschätzen sollten; alternativ konnten sie angeben, dass sie die Antwort nicht wissen. Der Wortlaut der insgesamt neun Aussagen ist in Abbildung 8 wiedergegeben.

Die Aussagen zum Thema „Soziale Marktwirtschaft“ erfassen, wie gut die Befragten die zentralen Prinzipien dieses Wirtschaftsmodells verstehen, insbesondere die Rolle des Staates, das Zusammenspiel von Marktfreiheit und sozialer Gerechtigkeit sowie die Bedeutung staatlicher Wettbewerbsaufsicht. Die Aussagen zum Thema „Steuern“ prüfen grundlegendes Wissen über die Wirkungen und Funktionen des Steuersystems und hier vor allem, wer von einer Mehrwertsteuererhöhung besonders betroffen ist, inwiefern Steuern Verhaltenslenkung bewirken können und wie der Spitzensteuersatz angewendet wird. Die Aussagen zum Thema „Preisbildung“ zielen darauf ab, inwieweit die Befragten die Rolle von Preisen nachvollziehen können, insbesondere deren koordinierende Funktion zwischen Angebot und Nachfrage, auch unter verschiedenen Marktbedingungen. Zudem wird Wissen über die Auswirkungen staatlich festgesetzter Höchstpreise getestet.

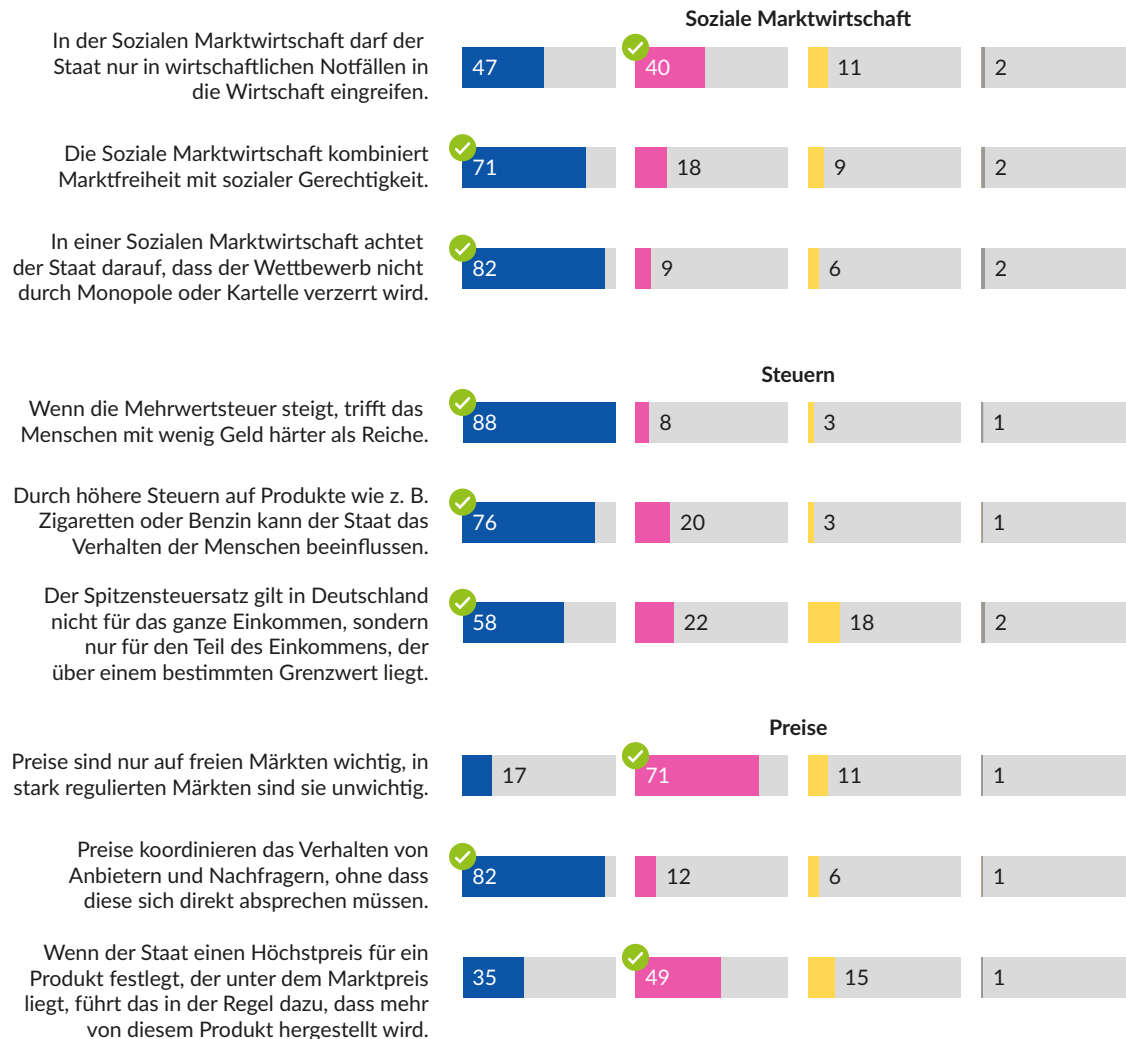
Die Ergebnisse zu den neun Wissensfragen gestalten sich wie folgt: Im Bereich „Soziale Marktwirtschaft“ beantworten 82 Prozent der Befragten die Aussage zur staatlichen Sicherstellung von Wettbewerb richtig. Auch die zweite Frage zum Ausgleich wirtschaftlicher Freiheit und sozialer Gerechtigkeit wird mehrheitlich (71 Prozent) korrekt beantwortet. Deutlich schwerer fällt den Befragten die Einschätzung der Aussage, ob der Staat nur in wirtschaftlichen Notfällen eingreifen darf: 47 Prozent halten sie fälschlicherweise für richtig, 11 Prozent wissen die Antwort nicht und nur 40 Prozent der Befragten haben korrekt geantwortet, dass dies nicht zutrifft. Im Bereich „Steuern“ wird die Frage zur Mehrwertsteuer am häufigsten korrekt beantwortet (88 Prozent). Ebenso schätzen etwa drei Viertel (76 Prozent) der Teilnehmer:innen die Aussage zur Verhaltenswirksamkeit von Steuern richtig ein. Beim Thema Spitzensteuersatz wissen hingegen nur 58 Prozent die richtige Antwort. 22 Prozent liegen falsch und 18 Prozent geben an, die Antwort nicht zu wissen. Bei den Aussagen zur Preisbildung geben 82 Prozent korrekt an, dass Preise Angebot und Nachfrage koordinieren. 71 Prozent wissen zudem, dass Preise nicht nur auf freien, sondern auch auf regulierten Märkten wichtig sind. Die Aussage zum Höchstpreis bereitet vielen Befragten jedoch Schwierigkeiten: 35 Prozent liegen hier falsch und nur 49 Prozent wissen, dass ein Höchstpreis unter dem Marktpreis nicht zu mehr Produktion führt.

Die gruppenbezogene Auswertung (vgl. Anhang, Tabelle A3) zeigt nur geringe Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Auch zwischen den Altersgruppen und Geschlechtern bestehen kaum Abweichungen, mit Ausnahme der Frage nach den Höchstpreisen, bei der junge Frauen seltener die richtige Antwort geben als junge Männer (42 vs. 56 Prozent). Auch Befragte mit nied-

Abbildung 8 Wissensfragen zu Wirtschaft

Halten Sie die folgenden für Aussagen richtig oder falsch?

■ richtig
 ■ falsch
 ■ weiß nicht
 ■ keine Angabe
 ✓ korrekte Antwort



Angaben in Prozent. Rundungsbedingt können die Summen von 100 Prozent abweichen. Quelle: eigene Darstellung. | BertelsmannStiftung

rigem bzw. mittlerem Bildungsniveau schätzen diese Aussage seltener richtig ein als die mit höherem (39 vs. 56 Prozent), während die Unterschiede bei den anderen beiden Fragen zur Preisbildung mit jeweils 6 Prozentpunkten geringer ausfallen. Ausgeprägte Bildungsunterschiede zwischen 14 und bis zu 27 Prozentpunkten zeigen sich wiederum bei allen Fragen aus dem Bereich „Soziale Marktwirtschaft“ sowie – wenngleich in geringerem Ausmaß – bei der Frage zur Verhaltenslenkung von Steuern (70 vs. 80 Prozent richtige Antworten) und zum Spitzensteuersatz (53 vs. 62 Prozent richtige Antworten).

Beim Erwerbsstatus werden ebenfalls Wissensdifferenzen bei einer Reihe von Fragen deutlich: Im Bereich „Soziale Marktwirtschaft“ beantworten Student:innen die Frage zu staatlichen Eingriffen am häufigsten richtig (51 Prozent). Auch die Aussage „Die Soziale Marktwirtschaft kombiniert Marktfreiheit mit sozialer Gerechtigkeit“ wird von Student:innen am häufigsten korrekt eingeschätzt (80 Prozent), gefolgt von Schüler:innen (79 Prozent) und Erwerbstätigen (70 Prozent). Personen ohne oder mit geringfügiger Erwerbstätigkeit erreichen mit 46 Prozent den niedrigsten Wert, während Befragte in beruflicher Ausbildung (57 Prozent) im Mittelfeld liegen. Bei der Frage nach der Wettbewerbsaufsicht des Staates liegen Student:innen erneut vorne (91 Prozent richtige Antworten), gefolgt von Schüler:innen (83 Prozent) und Erwerbstätigen (82 Prozent) sowie Auszubildenden (76 Prozent). Ein recht großer Abstand zu allen anderen Gruppen zeigt sich bei den nicht oder nur geringfügig Erwerbstätigen mit 57 Prozent richtiger Antworten.

Im Bereich „Steuern“ schneidet diese Gruppe auch bei der Frage nach dem Spitzensteuersatz mit 41 Prozent am schlechtesten ab; alle anderen Gruppen weisen hier Quoten richtiger Antworten zwischen 57 und 62 Prozent auf. Zur Frage nach der Verhaltenslenkung von Steuern geben Erwerbstätige mit 68 Prozent vergleichsweise seltener richtige Antworten als Befragte, die sich in schulischer (82 Prozent), beruflicher (81 Prozent) oder akademischer Ausbildung (78 Prozent) befinden. Bei der Frage nach der Mehrwertsteuer sind die Unterschiede gering (83 bis 89 Prozent richtige Antworten).

Eher geringe Unterschiede zeigen sich im Bereich „Preisbildung“ auch bei der Frage nach der Bedeutung von Preisen auf regulierten Märkten. Hier bewegt sich der Anteil richtiger Antworten zwischen 75 Prozent bei Schüler:innen und 67 Prozent bei Erwerbstätigen. Demgegenüber weist die Frage nach der Festlegung staatlicher Höchstpreise deutliche Differenzen auf zwischen einerseits nicht bzw. geringfügig Erwerbstätigen (32 Prozent richtige Antworten) und Auszubildenden (37 Prozent) sowie andererseits Student:innen (56 Prozent), Erwerbstätigen und Schüler:innen (jeweils 53 Prozent). Schüler:innen beantworten die Frage nach der Koordinationsfunktion von Preisen am häufigsten korrekt (86 Prozent).

Betrachtet man schließlich die parteipolitischen Orientierungen, so ergibt sich das folgende Bild: Im Bereich „Soziale Marktwirtschaft“ wird die Frage nach den Staatseingriffen von den Befürwortenden von Bündnis 90/Die Grünen und der Partei Die Linke am häufigsten richtig beantwortet (jeweils 47 Prozent), gefolgt von den Anhängerschaften der SPD (39 Prozent) und der AfD (37 Prozent). Geringere Werte weisen Befragte mit Nähe zur CDU/CSU (33 Prozent) sowie Personen ohne Parteipräferenz und Nichtwähler:innen (31 Prozent) auf. Die niedrigsten Anteile finden sich bei den Anhängerschaften der FDP (28 Prozent) und des BSW (27 Prozent). Bei der Frage nach dem Ausgleich von Marktfreiheit und sozialer Gerechtigkeit liegen die höchsten Anteile richtiger Antworten bei den Anhängerschaften von Bündnis 90/Die Grünen (80 Prozent), der FDP (78 Prozent) und der SPD (77 Prozent), gefolgt von jenen der Partei Die Linke (75 Prozent), der CDU/CSU (73 Prozent) und des BSW (70 Prozent). Deutlich niedriger fällt der Anteil bei den Befragten mit Nähe zur AfD mit 48 Prozent aus. Mehrheitlich richtig beantwortet wird die Frage nach der Wettbewerbsaufsicht des Staates von den Anhängerschaften der SPD (90 Prozent) und von Bündnis 90/Die Grünen (89 Prozent). Auch die Anhänger:innen der FDP (85 Prozent), der Partei Die Linke (84 Prozent) und der CDU/CSU (82 Prozent) wissen hier häufig die korrekte Antwort. Vergleichs-

weise niedriger fällt der Anteil richtiger Antworten bei AfD-Befürwortenden (76 Prozent) sowie bei jenen des BSW (69 Prozent).

Im Bereich „Steuern“ beantworten die Frage nach den Auswirkungen einer Mehrwertsteuererhöhung alle parteipolitischen Gruppen mehrheitlich richtig. Besonders gut schneiden Befürwortende von Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD (über 90 Prozent) ab. Am niedrigsten liegt der Wert bei der Anhängerschaft der CDU/CSU (80 Prozent), die damit jedoch ebenfalls klar mehrheitlich richtig geantwortet hat. Bei der Frage nach der Verhaltenslenkung von Steuern erreichen Befragte mit Nähe zum Bündnis 90/Die Grünen die höchsten Anteilswerte richtiger Antworten (86 Prozent). Am niedrigsten liegt die Anhängerschaft der AfD mit 67 Prozent. Die übrigen Gruppen bewegen sich zwischen 71 und 79 Prozent. Bei der Frage nach dem Spitzensteuersatz finden sich die größten Anteile richtiger Antworten bei der Anhängerschaft der CDU/CSU (71 Prozent), die niedrigsten bei den Befürwortenden der AfD (48 Prozent) und bei Personen ohne Parteipräferenz bzw. Nichtwähler:innen (30 Prozent). Im Bereich dazwischen liegen die Anhängerschaften von Bündnis 90/Die Grünen (64 Prozent), Die Linke (60 Prozent) sowie von SPD, FDP und BSW (57 bis 58 Prozent).

Im Bereich „Preisbildung“ schneiden bei der Frage nach der Bedeutung von Preisen auf regulierten Märkten Befürwortende des BSW (83 Prozent) am besten ab, am schlechtesten die Anhängerschaft der FDP (64 Prozent). Die Anhänger:innen von AfD (69 Prozent), Die Linke und SPD (beide 71 Prozent), von Bündnis 90/Die Grünen (73 Prozent) und von der CDU/CSU (74 Prozent) liegen dazwischen eng beieinander. Befürwortende der FDP beantworten die Frage nach der Festlegung staatlicher Höchstpreise am häufigsten richtig (62 Prozent). Darauf folgen Anhänger:innen von Bündnis 90/Die Grünen (56 Prozent), SPD (54 Prozent), Die Linke (50 Prozent), AfD (49 Prozent) und BSW (48 Prozent). Am geringsten ist der Anteilswert richtiger Antworten bei Anhänger:innen der CDU/CSU (42 Prozent). Die Frage zur Koordinationsfunktion von Preisen beantworten die Befürwortenden aller untersuchten parteipolitischer Orientierungen mehrheitlich richtig mit geringen Unterschieden zwischen den einzelnen Anhängerschaften. Befragte mit Nähe zum Bündnis 90/Die Grünen und zur SPD (beide 88 Prozent) sowie zur FDP und zum BSW (beide 87 Prozent) weisen hier die höchsten Anteilswerte richtiger Antworten auf, mit leicht geringeren Anteilen bei der CDU/CSU (83 Prozent), der AfD (81 Prozent) und Die Linke (78 Prozent).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass junge Menschen in Deutschland zu weiten Teilen über ein grundlegendes Wissen zu den Mechanismen des Wirtschaftssystems verfügen. Es zeigt sich aber auch, dass es bei bestimmten Inhalten noch Verbesserungsbedarf gibt. So schnitten die Teilnehmer:innen an unserer Befragung bei den Fragen zum Spitzensteuersatz, zur Wirkweise von Höchstpreisen sowie zum Eingreifen des Staates in einer Sozialen Marktwirtschaft wesentlich schlechter ab als bei den anderen Fragen. Diese Fragen spielen jedoch bei der Beurteilung vieler wirtschaftspolitischer Problemstellungen unserer Zeit eine zentrale Rolle. Auch mit Blick auf die unterschiedlichen Befragtengruppen zeigen sich noch deutliche Entwicklungsbedarfe – vor allem, aber nicht nur hinsichtlich des Bildungsniveaus, da hier ein wesentlicher Ansatzpunkt besteht, um vorhandene Ungleichheiten aufzubrechen.

7. Grundlegende Haltungen zu Wirtschaftssystemfragen und sozioökonomische Gerechtigkeitsvorstellungen

Neben den Positionen zu aktuellen wirtschaftspolitischen Handlungsfeldern, die im folgenden Kapitel dargestellt werden, gibt die vorliegende Studie auch Aufschluss darüber, wie junge Menschen zu grundlegenden Fragen des marktwirtschaftlichen Systems und der sozioökonomischen Gerechtigkeit stehen. Ihre gemeinsame Erfassung ermöglicht es, die spezifischen wirtschaftspolitischen Einstellungen junger Menschen in den Kontext eines breiter gefassten Wertegerüsts einzuordnen.

7.1. Grundlegende Haltungen zu Wirtschaftssystemfragen

Zur Messung grundlegender Haltungen zum Wirtschaftssystem wurde der Neoliberal Orientation Questionnaire (NOQ)² (Girerd, Jost und Bonnot 2023) eingesetzt, der aus Fragen zu vier Dimensionen besteht: 1.) Wettbewerbsorientierung (d. h. welche Bedeutung junge Menschen dem Wettbewerb für das Funktionieren von Wirtschaft und Gesellschaft zuschreiben), 2.) Selbstregulierung (d. h. wie sehr junge Menschen sich auf persönliche Verantwortung und Selbstkontrolle konzentrieren), 3.) Beziehungsunabhängigkeit (d. h. wie sehr junge Menschen Unabhängigkeit suchen und soziale Interdependenz vermeiden) und 4.) Entstaatlichung (d. h. wie stark junge Menschen die Ansicht vertreten, dass der Staat oder die Regierung sich aus dem wirtschaftlichen und sozialen Leben raushalten bzw. zurückziehen sollen).

Wie Abbildung 9 deutlich macht, zeigt sich die höchste Zustimmung bei den Items der Dimension „Beziehungsunabhängigkeit“: So stimmen 87 Prozent voll und ganz bzw. eher der Aussage zu, dass man seine eigenen Entscheidungen treffen sollte, ohne sich von anderen Menschen beeinflussen zu lassen. 87 Prozent halten es für wichtig, nicht von anderen Menschen abhängig zu sein. 79 Prozent befürworten die Einschätzung, dass es am besten ist, sich von Menschen zu trennen, wenn diese einen von den eigenen Zielen abhalten.

- 2 Der NOQ hat mehrere Vorteile: Zum einen erfasst er neben den ökonomischen Aspekten von Haltungen zum Wirtschaftssystem mit den beiden Dimensionen „Selbstregulierung“ und „Beziehungsunabhängigkeit“ auch individuelle und relationale Aspekte. Er ist damit breiter angelegt als vergleichbare Fragebatterien in diesem Bereich (z. B. Bay-Cheng et al. 2015). Zugleich weist der NOQ eine hohe kulturelle Passung auf, da er in einem europäischen Kontext entwickelt und validiert wurde. Dies macht ihn besonders geeignet, wirtschaftssystembezogene Haltungen in Wohlfahrtsstaaten und außerhalb der USA zu messen. Schließlich ist der NOQ auch aus forschungsökonomischen Gründen vorteilhaft, da sowohl eine längere Version des Fragebogens mit 32 Items als auch eine kürzere Version mit zwölf Items verfügbar ist, die beide solide psychometrische Eigenschaften zeigen (Girerd, Jost und Bonnot 2023). Für den *Young Economy Tracker* wurde die ins Deutsche übersetzte Kurzversion verwendet, die im Rahmen eines Pretests auf Verständlichkeit geprüft wurde.

Auch bei der Dimension „Selbstregulierung“ ergeben sich hohe Zustimmungswerte: So sind 80 Prozent der Befragten der Ansicht, dass man die Umstände des eigenen Lebens vor allem dadurch verändern könne, indem man an sich selbst arbeitet. 73 Prozent glauben, dass man mit der richtigen Motivation alles erreichen könne, und 71 Prozent stimmen zu, man könne Lösungen für alle Hindernisse finden, denen man im Leben begegnet.

” *Die starke Rolle des Individualismus fällt auf – spannend ist, wie dieser mit sozialpolitischen Ideen wie Vermögenssteuer und staatlicher Unterstützung kombiniert wird. Das zeigt eine neue Mischung aus Eigenverantwortung und Solidarität.*

Hicham Rhannam, Young Economy Team

Im Vergleich dazu fällt die Zustimmung bei der Dimension „Wettbewerbsorientierung“ weniger einheitlich aus. Zwar halten 79 Prozent Wettbewerb für unvermeidlich, doch nur 61 Prozent sehen in ihm den besten Ansporn, um Höchstleistungen zu erbringen. Noch geringer fällt die Zustimmung zur Aussage aus, dass Wettbewerb der beste Weg sei, um Talente ausfindig zu machen – hier stimmen lediglich 56 Prozent zu.

Sehr viel niedriger ist zudem die Zustimmung bei der Dimension „Entstaatlichung“. Zwar sind 57 Prozent der Befragten der Meinung, dass bestimmte Aufgaben schneller und günstiger erledigt werden könnten, wenn der Staat diese an private Firmen abgibt. Den anderen Einschätzungen jedoch stimmt jeweils nur eine Minderheit zu: Nur 26 Prozent glauben, dass Steuersenkungen für Wohlhabende zu mehr Investitionen und damit zu allgemeinem Wohlstand führen würden. Lediglich 16 Prozent vertreten die Auffassung, dass es Aufgabe von gemeinnützigen Organisationen und nicht des Staates sei, Menschen in Schwierigkeiten zu helfen.

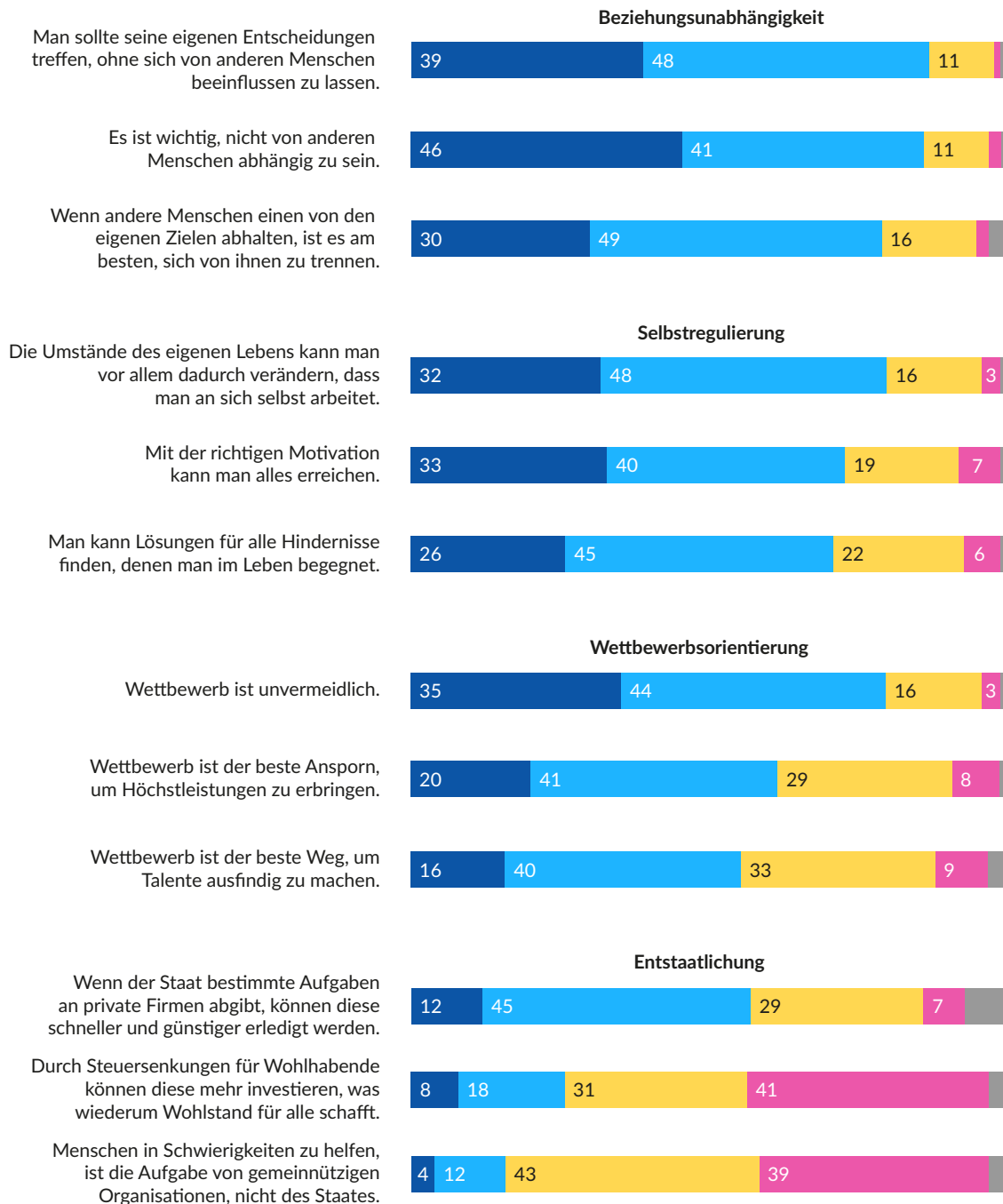
In der gruppenspezifischen Betrachtung (vgl. Anhang, Tabelle A4) werden einige interessante Unterschiede sichtbar. So zeigen sich etwa bei jungen Menschen im Osten durchweg niedrigere Werte bei der Dimension „Wettbewerbsorientierung“ als im Westen. Bei den Items der Dimension „Entstaatlichung“ stimmen junge Menschen im Osten demgegenüber häufiger der Aussage zu, dass Menschen in Schwierigkeiten zu helfen die Aufgabe von gemeinnützigen Organisationen, nicht des Staates sei.

Junge Frauen stimmen ebenfalls seltener als junge Männer den Aussagen zur Wettbewerbsorientierung zu und sprechen sich seltener für die Aussagen auf der insgesamt niedrig eingeschätzten Dimension „Entstaatlichung“ aus. Gleiches gilt für die beiden älteren Befragtengruppen im Vergleich zur Gruppe der 16- bis 19-Jährigen. Geringere Zustimmung erhalten die Items der Dimension „Entstaatlichung“ zudem bei Student:innen bzw. bei Befragten mit hohem Bildungsniveau. Letztgenannte weisen ebenso geringere Zustimmung zu den Items der Dimension „Selbstregulierung“ und partiell zu jener der „Beziehungsunabhängigkeit“ auf als junge Menschen mit niedrigem bzw. mittlerem Bildungsniveau.

Abbildung 9 Grundlegende Haltungen zu Wirtschaftssystemfragen

Im Folgenden geht es um einige allgemeine Ansichten zur Wirtschaft und zum Erfolg im Leben. Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?

■ voll und ganz ■ eher ja ■ eher nicht ■ überhaupt nicht ■ keine Angabe



Angaben in Prozent. Rundungsbedingt können die Summen von 100 Prozent abweichen. Quelle: eigene Darstellung. | BertelsmannStiftung

Bei einer Differenzierung nach Erwerbsstatus zeigt sich, dass Auszubildende besonders häufig den Aussagen der Dimension „Beziehungsunabhängigkeit“ zustimmen (zwischen 94 und 81 Prozent). Student:innen hingegen unterstützen die Aussagen zur Entstaatlichung noch seltener als andere Erwerbsgruppen (zwischen 48 und 8 Prozent). Auch bei der Dimension „Selbstregulierung“ stimmen sie den Aussagen weniger zu – etwa der Annahme, dass man die Umstände des eigenen Lebens vor allem durch Arbeit an sich selbst verändern (72 Prozent) oder mit der richtigen Motivation alles erreichen kann (63 Prozent).

Im Hinblick auf die Unterscheidung nach Parteipräferenzen zeigt sich zunächst, dass die Anhängerschaft der FDP bei nahezu allen Aussagen des NOQ die höchsten Zustimmungswerte (zwischen 36 und 97 Prozent) aufweist. Eine Ausnahme bilden lediglich zwei Aussagen der Dimension „Beziehungsunabhängigkeit“: „Es ist wichtig, nicht von anderen Menschen abhängig zu sein“ und „Wenn andere Menschen einen von den eigenen Zielen abhalten, ist es am besten, sich von ihnen zu trennen.“ Diesen stimmen Befürwortende der AfD mit 92 bzw. 91 Prozent noch häufiger zu.

Die niedrigste Zustimmung zu fast allen Aussagen des NOQ findet sich bei der Anhängerschaft von Die Linke. Dies gilt insbesondere für die Aussagen der Dimensionen „Entstaatlichung“ und „Wettbewerbsorientierung“. Bei der Dimension „Entstaatlichung“ zeigt die Anhängerschaft des Bündnis 90/Die Grünen für alle Items ähnlich niedrige Zustimmungswerte wie Die Linke. Bei der Dimension „Wettbewerbsorientierung“ sind mit Zustimmungswerten zwischen 44 und 56 Prozent neben der Anhängerschaft von Die Linke ebenso die Befürwortenden des Bündnis 90/Die Grünen sowie des BSW und partiell der SPD weniger von positiven Auswirkungen des Wettbewerbs überzeugt als die Anhängerschaften anderer Parteien. Bei der Dimension „Selbstregulierung“ glauben junge Menschen, die Die Linke präferieren, zudem mit 61 Prozent deutlich seltener als alle anderen, dass man die eigenen Lebensumstände vor allem durch Arbeit an sich selbst verändern kann. Ebenso sind sie seltener der Ansicht, man könne mit der richtigen Motivation alles erreichen (55 Prozent), wobei im Vergleich zu Befragten mit anderen parteipolitischen Orientierungen hier auch die Zustimmungswerte von Bündnis 90/Die Grünen (60 Prozent) niedrig ausfallen. Ähnlich wie junge Menschen, die dem BSW oder keiner Partei nahestehen bzw. nicht wählen, sind Befürwortende von Die Linke schließlich seltener der Ansicht, dass man Lösungen für alle Hindernisse finden kann, denen man im Leben begegnet.

Abgesehen von wenigen Ausnahmen (z. B. niedrigere Zustimmung zur Wettbewerbsorientierung bei jungen Frauen) sind die gruppenspezifischen Unterschiede jedoch als eher klein einzuschätzen. Insgesamt legen die Ergebnisse damit den Schluss nahe, dass Eigenverantwortung und Unabhängigkeit für junge Menschen zentrale Werte darstellen, dass sie zugleich aber auch den Staat in die Pflicht nehmen.

7.2. Sozioökonomische Gerechtigkeitsvorstellungen

Um zu erfassen, welche sozioökonomischen Gerechtigkeitsvorstellungen junge Menschen haben, wurden ihnen verschiedene Aussagen vorgegeben, die unterschiedliche Verteilungsprinzipien widerspiegeln. In Anlehnung an Liebig, Hülle und May (2016) wurde hierbei zwischen dem Leistungsprinzip, dem Bedarfsprinzip und dem Gleichheitsprinzip unterschieden. Das Leistungsprinzip besagt, dass Güter oder Einkommen entsprechend der individuellen Leistung verteilt werden sollen. Es gilt als gerecht, wenn Anstrengung, Qualifikation oder Produktivität belohnt werden. Das Bedarfsprinzip stellt den individuellen Bedarf in den Mittelpunkt: Ressourcen sollen so verteilt werden, dass die Grundbedürfnisse aller gedeckt und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht werden. Das Gleichheitsprinzip hingegen fordert eine gleichmäßige Verteilung von Ressourcen oder Chancen. Jedes Prinzip wurde durch drei Aussagen abgedeckt, bei deren Konstruktion ähnliche Studien (z. B. Baarck et al. 2022) als Orientierungshilfen dienten. Die entsprechenden Items sind in Abbildung 10 dargestellt.

” *Oft wird unserer Generation vorgeworfen, faul zu sein und keine Leistung erbringen zu wollen. Doch die Fakten sprechen eine andere Sprache: Junge Menschen legen großen Wert auf Leistung – vorausgesetzt, diejenigen, die Unterstützung brauchen, erhalten diese auch. Für uns bedeutet eine gerechte Wirtschaft, dass alle gesellschaftlichen Gruppen von ihr profitieren – etwa durch ein gutes Zusammenleben von Jung und Alt oder durch eine geschlechtergerechte Wirtschaftsordnung.*

Fabian Ernstberger, Young Economy Team

Auffällig ist die hohe Zustimmung der befragten jungen Menschen zum Bedarfsprinzip, 90 Prozent oder mehr stimmten den jeweiligen Aussagen zu. Besonders hoch ist die Zustimmung zu den Aussagen, dass eine Gesellschaft gerecht ist, wenn diejenigen unterstützt werden, die sich um Kinder oder pflegebedürftige Angehörige kümmern (97 Prozent), und dass es gerecht ist, wenn Schwache und Bedürftige Hilfe bekommen (96 Prozent). Neun von zehn sind auch der Meinung, dass es gerecht ist, wenn auch arme Menschen eine angemessene Grundversorgung erhalten.

Auch das Leistungsprinzip finden junge Menschen wichtig, vor allem finden sie es gerecht, wenn harte Arbeit belohnt wird (95 Prozent Zustimmung) und mehr Leistung im Beruf auch höhere Entlohnung bedeutet (89 Prozent). Bei der Frage danach, ob jede:r nur das bekommen sollte, was sie oder er sich erarbeitet hat, sind die Meinungen geteilter: Etwas mehr als jede:r Zweite stimmte dieser Aussage zu.

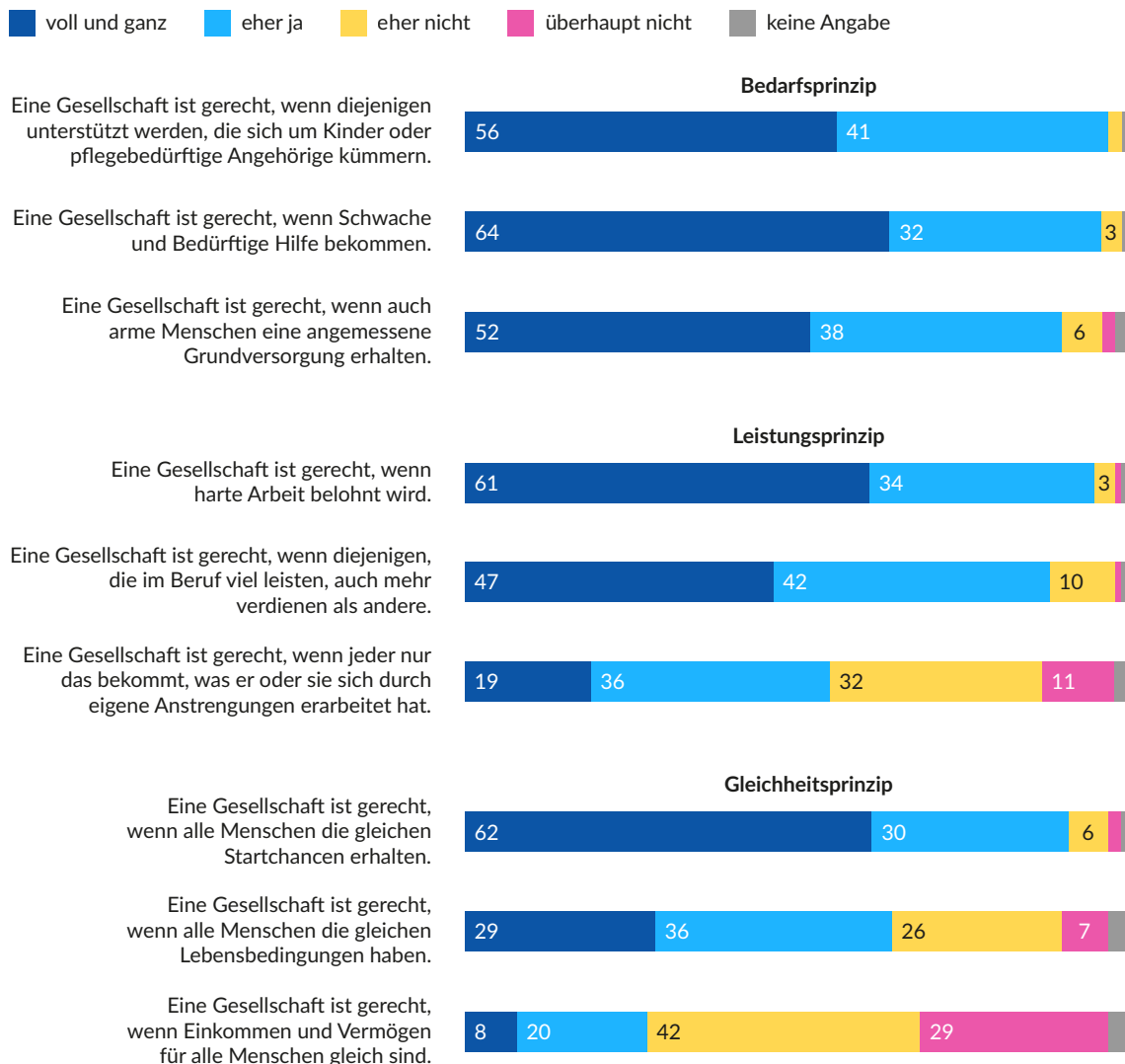
In Bezug auf das Gleichheitsprinzip ergibt sich ein gemischteres Bild: Gleiche Startchancen sind 92 Prozent wichtig, gleiche Lebensbedingungen nur 65 Prozent. Von allen Items am wenigsten Zustimmung erhält die Aussage, dass eine Gesellschaft gerecht ist, wenn Einkommen und Vermögen für alle gleich sind (28 Prozent Zustimmung).

Die Zustimmungswerte zwischen jeweils Männern und Frauen, Ost und West sowie Bildungsniveaus unterscheiden sich nur bei einzelnen Aussagen (vgl. Anhang, Tabelle A5). Die Zustimmungswerte über die drei Altersgruppe sind bei allen Aussagen ähnlich. Beim Vergleich zwischen Män-

nern und Frauen fällt ein Unterschied von 15 Prozentpunkten auf: Männer stimmen der Aussage „Eine Gesellschaft ist gerecht, wenn jede:r nur das bekommt, was sie oder er sich durch eigene Anstrengungen erarbeitet hat“ deutlich häufiger zu als Frauen (62 vs. 47 Prozent). Der größte Unterschied zwischen Ost und West wird bei der Frage nach Gleichverteilung von Einkommen und Vermögen deutlich, der mehr Menschen im Osten als im Westen zustimmen (36 vs. 26 Prozent). Zwischen den Bildungsniveaus liegen die Zustimmungswerte vor allem bei der Aussage, dass in einer gerechten Gesellschaft nur jede:r das bekommen sollte, was sie oder er sich durch eigene

Abbildung 10 Sozioökonomische Gerechtigkeitsvorstellungen

Es gibt unterschiedliche Vorstellungen darüber, was eine gerechte Gesellschaft ausmacht. Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?



Angaben in Prozent. Rundungsbedingt können die Summen von 100 Prozent abweichen. Quelle: eigene Darstellung. | BertelsmannStiftung

Anstrengungen erarbeitet hat, auseinander. Dem stimmen 66 Prozent der Befragten mit niedrigem bzw. mittlerem Bildungsniveau, aber nur 47 Prozent mit höherem zu. Beide Gruppen befürworten, dass auch arme Menschen eine angemessene Grundversorgung erhalten sollten, wobei die Zustimmung unter Befragten mit höherem Bildungsniveau etwas stärker ausgeprägt ist (94 vs. 85 Prozent).

Beim Vergleich nach Erwerbsstatus fällt die geringere Zustimmung von Student:innen zu der Aussage auf, dass jede:r nur das bekommen sollte, was sie oder er sich durch eigene Anstrengungen erarbeitet hat (37 Prozent im Vergleich zu 44 bis 64 Prozent bei anderen Erwerbsgruppen). Die Zustimmung der nicht oder nur geringfügig Erwerbstätigen fällt bei der Aussage, dass alle Menschen die gleichen Lebensbedingungen haben sollten (53 Prozent im Vergleich zu 63 bis 72 Prozent) und dass es gerecht ist, wenn diejenigen, die im Beruf viel leisten, auch mehr verdienen als andere (79 Prozent), geringer aus als in anderen Gruppen. Schüler:innen stimmen dieser Aussage mit 93 Prozent am häufigsten zu.

Noch größer sind die Unterschiede bei Betrachtung der parteipolitischen Präferenzen. Überwiegend einig sind sich junge Menschen unabhängig von ihrer parteipolitischen Orientierung in ihrer hohen Zustimmung zum Bedarfsprinzip und dass harte Arbeit sich lohnen sollte.

Beim Bedarfsprinzip fällt einzig bei der Aussage, dass auch arme Menschen eine angemessene Grundversorgung erhalten sollten, die geringere Zustimmung von 74 Prozent der Anhänger:innen der AfD und die besonders hohe Zustimmung bei Anhängerschaft von Die Linke auf (99 Prozent).

Beim Leistungsprinzip ist die Differenz der Zustimmungswerte bei der Aussage, dass jede:r nur das bekommen sollte, was sie oder er sich durch eigene Anstrengungen erarbeitet hat, besonders groß: Personen, denen Die Linke (34 Prozent Zustimmung) oder Bündnis 90/Die Grünen (40 Prozent Zustimmung) eher zusagt, stimmen dem weniger zu als solche, denen die AfD zusagt (81 Prozent). Bei dieser Aussage liegt auch die Differenz der Anhängerschaft der aktuellen Regierungskoalition, die sonst bei den meisten abgefragten Einstellungen zur Gerechtigkeit ähnliche Zustimmungswerte erhalten hatten, mit 15 Prozentpunkten am weitesten auseinander. Von den Anhänger:innen der CDU/CSU stimmen dem 67 Prozent zu, seitens der SPD nur 52 Prozent.

Über alle Parteipräferenzen hinweg findet die Aussage, dass alle Menschen die gleichen Startchancen erhalten sollten, hohe Zustimmung, jedoch im Vergleich weniger bei der Anhängerschaft der AfD (80 Prozent). Am wenigsten stimmen die befragten jungen Menschen aller Parteipräferenzen zu, dass Einkommen und Vermögen für alle Menschen gleich sein sollten. Am höchsten ist bei dieser Aussage die Zustimmung der Anhängerschaft von Die Linke (46 Prozent), wesentlich geringer bei der Anhängerschaft von FDP, BSW und bei den Nichtwähler:innen (14 bzw. 15 Prozent). Unterschiede werden außerdem bei der Frage nach gleichen Lebensbedingungen für alle Menschen deutlich. Am geringsten ist die Zustimmung bei Befragten, die die FDP bevorzugen (42 Prozent), am höchsten bei denen, die Die Linke präferieren (79 Prozent).

Insgesamt zeigt sich, dass junge Menschen es gerecht finden, wenn in einer Gesellschaft bedürftige und pflegende Personen Unterstützung erhalten, jedoch auch Leistung belohnt wird. Daraus kann abgeleitet werden, dass junge Menschen hinter den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft stehen.

8. Positionen zu aktuellen wirtschaftspolitischen Handlungsfeldern

In diesem Kapitel widmen wir uns den Schwerpunkten dieses *Young Economy Trackers*. Ziel ist es, die Ansichten junger Menschen zu den gemeinsam mit dem *Young Economy Team* ausgewählten vier wirtschaftspolitischen Handlungsfeldern (d. h. „Staatsverschuldung und Staatsausgaben“, „Umverteilung zwischen Arm und Reich“, „Schaffung von bezahlbarem Wohnraum“ und „Reform der Altersvorsorge“) in jeweils einem Unterkapitel darzustellen und sie zugleich in den Kontext der aktuellen wirtschaftspolitischen Diskussionen einzuordnen.

8.1. Positionen zur staatlichen Ausgaben- und Verschuldungspolitik

Fragen zu staatlichen Ausgaben und Staatsverschuldung sind in der Politik besonders umstritten, da sie direkte Auswirkungen auf die wirtschaftliche Stabilität, die Handlungsspielräume des Staates und die Generationengerechtigkeit haben. Hohe Verschuldung erhöht langfristig die Zinslast, erschwert Investitionen und schränkt die finanzielle Flexibilität in Krisenzeiten ein. Gleichzeitig kann die Aufnahme moderater staatlicher Schulden dazu dienen, Maßnahmen zu ergreifen, um die Konjunktur zu stabilisieren oder wichtige Infrastrukturprojekte zu finanzieren. Die Debatte bewegt sich daher zwischen der Sorge um fiskalische Verantwortung und Investitionsbedarf. In der deutschen Politik spielt dieses Thema regelmäßig eine zentrale Rolle, vor allem im Hinblick auf die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse. In jüngster Zeit wurde die Diskussion besonders kontrovers geführt, etwa im Zusammenhang mit dem Bruch der Ampelkoalition im Herbst 2024 oder dem milliarden schweren Finanzierungspaket, das im Frühjahr 2025, also zum Zeitpunkt der Befragung für die vorliegende Studie, im Bundestag beschlossen wurde.

Positionen zum Umfang der Staatsausgaben nach verschiedenen Bereichen

Um Einblicke zu erhalten, wie junge Menschen über Staatsausgaben und Staatsverschuldung denken, haben wir sie zunächst danach gefragt, in welchem Umfang die Bundesregierung ihrer Ansicht nach in die in Abbildung 11 dargestellten Bereiche investieren soll.

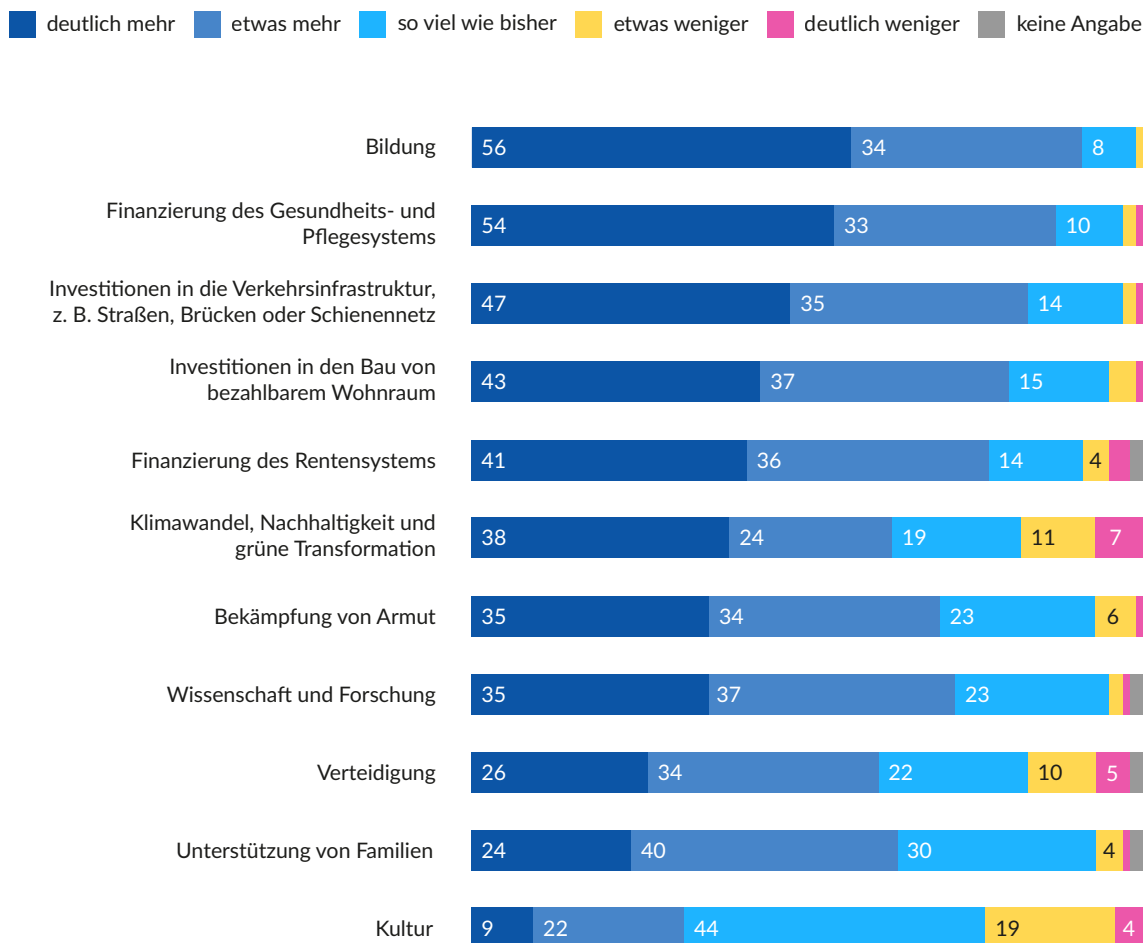
Die Abbildung zeigt, dass in allen Bereichen der Anteil derer überwiegt, die sich deutlich höhere Investitionen wünschen, gegenüber jenen, die geringere Ausgaben befürworten. Besonders stark ist der Wunsch nach (deutlich oder etwas) mehr Ausgaben im Bildungsbereich (90 Prozent) sowie bei der Finanzierung des Gesundheits- und Pflegesystems (87 Prozent). Auch Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur – etwa in Straßen, Brücken und das Schienennetz – finden bei 82 Prozent Zustimmung, während 80 Prozent höhere Ausgaben für den Bau bezahlbaren Wohnraums befür-

worten. Für höhere Ausgaben zur Finanzierung des Rentensystems sprechen sich 77 Prozent aus, für Wissenschaft und Forschung 72 Prozent. Im Bereich der Armutsbekämpfung wünschen sich 69 Prozent mehr finanzielle Mittel und 64 Prozent plädieren für zusätzliche Ausgaben zur Unterstützung von Familien. Etwas geringer fällt die Zustimmung bei den Themen „Klimawandel, Nachhaltigkeit und grüne Transformation“ (62 Prozent) sowie bei der Verteidigung (60 Prozent) aus. Nur rund ein Drittel der Befragten (31 Prozent) hält höhere Ausgaben im Kulturbereich für notwendig.

Der Kulturbereich genießt im Osten (41 Prozent) eine höhere Priorität als im Westen (30 Prozent), jedoch befürworten junge Menschen im Osten seltener Investitionen in Bezug auf nachhaltige Entwicklung (also „Klimawandel, Nachhaltigkeit und grüne Transformation“) als junge Menschen im Westen des Landes (50 vs. 64 Prozent, vgl. Anhang, Tabelle A6).

Abbildung 11 Positionen zum Umfang der Staatsausgaben nach verschiedenen Bereichen

Unten sehen Sie einige Bereiche, die in Deutschland aus staatlichen Mitteln finanziert werden. Bitte geben Sie an, wie viel die Bundesregierung in der nächsten Zeit in diesen Bereichen ausgeben soll.



Angaben in Prozent. Rundungsbedingt können die Summen von 100 Prozent abweichen. Quelle: eigene Darstellung. | BertelsmannStiftung

„ Dass Kulturausgaben so wenig priorisiert werden, liegt aus unserer Sicht daran, dass aktuell dringendere Themen im Vordergrund stehen – und viele junge Menschen mit ‚Kultur‘ wenig Alltagsbezug verbinden.

Marta Kielpinski, Young Economy Team

In den Ergebnissen finden sich zudem geschlechtsspezifische Unterschiede. Junge Frauen wünschen sich häufiger als junge Männer mehr Investitionen in die Finanzierung des Gesundheits- und Pflegesystems (92 vs. 82 Prozent) sowie des Rentensystems (83 vs. 73 Prozent). Besonders hoch sind die Unterschiede zwischen den Geschlechtern hinsichtlich der Unterstützung von Familien (72 Prozent bei Frauen vs. 57 Prozent bei Männern) sowie der Bekämpfung von Armut (78 vs. 62 Prozent) und der Klimapolitik (69 vs. 55 Prozent). Junge Männer hingegen befürworten häufiger höhere Ausgaben für die Verkehrsinfrastruktur (87 bei Männern vs. 77 Prozent bei Frauen) und die Verteidigung als junge Frauen (65 vs. 55 Prozent).

Im Hinblick auf das Bildungsniveau fällt auf, dass sich junge Menschen mit hohem Bildungsniveau häufiger als jene mit niedrigem bzw. mittlerem für mehr Investitionen in Wissenschaft und Forschung (76 vs. 64 Prozent) aussprechen sowie deutlich häufiger für solche in nachhaltige Entwicklung (71 vs. 49 Prozent). Demgegenüber sprechen sich junge Menschen mit niedrigem bzw. mittlerem Bildungsniveau häufiger für eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben (67 vs. 56 Prozent) und für mehr Ausgaben zur Finanzierung des Rentensystems (85 vs. 73 Prozent) aus.

Während sich die verschiedenen Altersgruppen insgesamt nur wenig voneinander unterscheiden, fallen Unterschiede von Student:innen und Erwerbstätigen im Vergleich zu anderen Erwerbsgruppen auf. Erwerbstätige zeigen die geringste Zustimmung zu höheren Ausgaben für Kultur (23 Prozent vs. 31 bis 41 Prozent bei anderen Erwerbsgruppen) sowie zur Bekämpfung von Armut (61 Prozent vs. 70 bis 83 Prozent bei anderen Erwerbsgruppen), befürworten jedoch häufiger höhere Ausgaben für Verteidigung (65 Prozent). Letzteres wiederum ist Student:innen weniger wichtig als anderen Erwerbsgruppen (53 Prozent vs. 59 bis 62 Prozent bei anderen Erwerbsgruppen außer Erwerbstätigen). Auch bei der Klimapolitik unterscheiden sich die Gruppen: Erwerbstätige (50 Prozent) und Auszubildende (52 Prozent) sprechen sich wesentlich seltener für Mehrausgaben aus, während Student:innen diese stärker befürworten (76 Prozent).

Über alle parteipolitischen Orientierungen hinweg besteht bei den jungen Menschen große Einigkeit darüber, dass verstärkte Investitionen im Bildungsbereich erforderlich sind (84 bis 95 Prozent Zustimmung). Ein breiter Konsens besteht auch in Bezug auf höhere Ausgaben für das Gesundheits- und Pflegesystem, wobei die Zustimmung bei der Anhängerschaft der FDP (65 Prozent) und CDU/CSU (77 Prozent) geringer ist als bei Befragten mit anderen Parteipräferenzen (87 bis 94 Prozent).

Die Befürwortung höherer Staatsausgaben für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ist am höchsten ausgeprägt bei der Anhängerschaft von Die Linke (90 Prozent), Bündnis 90/Die Grünen (84 Prozent), der SPD (81 Prozent) und der AfD (80 Prozent), während jene der CDU/CSU (70 Prozent) sowie insbesondere des BSW (64 Prozent) und der FDP (59 Prozent) diesbezüglich deutlich zurückhaltender sind, aber trotzdem mehrheitlich zustimmen. Mehr Investitionen in die Finanzierung des Rentensystems haben für die Anhängerschaft der AfD (89 Prozent), des BSW (88 Prozent), der SPD und der Partei Die Linke (jeweils 83 Prozent) eine höhere Priorität als für jene der CDU/CSU (70 Prozent), von Bündnis 90/Die Grünen (69 Prozent) und vor allem der FDP (55 Prozent). Dagegen messen Nichtwähler:innen bzw. keiner Partei Zugehörige (54 Prozent) sowie die Anhänger:innen der AfD mit 61 Prozent Investitionen in Wissenschaft und Forschung einen geringeren Stellenwert bei als Befragte anderer Parteipräferenzen (72 bis 81 Prozent). Bei der Verteidigung zeigen die Anhängerschaften der CDU/CSU (83 Prozent), der SPD (72 Prozent) und der AfD (71 Prozent) besonders hohe Zustimmungswerte, während jene von Bündnis 90/Die Grünen (60 Prozent), des BSW (59 Prozent), der FDP (58 Prozent) und vor allem der Partei Die Linke (37 Prozent) weniger zustimmen. Beim insgesamt als am wenigsten prioritär eingestuften Kulturbereich schwanken die Zustimmungswerte für mehr Investitionen zwischen 44 Prozent bei den Anhängerschaften des BSW sowie der AfD und 16 Prozent bei Befürwortenden der CDU/CSU bzw. sogar nur 9 Prozent bei Befragten, die nicht wählen oder sich keiner Partei zugehörig fühlen.

Besonders stark ausgeprägt sind die Unterschiede zwischen den verschiedenen parteipolitischen Orientierungen bei „Klimawandel, Nachhaltigkeit und grüne Transformation“, „Bekämpfung von Armut“ und „Unterstützung von Familien“. Die Anhängerschaft von Bündnis 90/Die Grünen setzt mit 90 Prozent bei erstgenanntem Komplex den deutlichsten Akzent, gefolgt von Die Linke (81 Prozent) und der SPD (71 Prozent). Personen mit Nähe zum BSW (41 Prozent) oder zur FDP (39 Prozent) und insbesondere zur AfD (17 Prozent) halten mehr Investitionen in diesem Bereich im Vergleich dazu nur selten für prioritär. Besonders hohe Priorität haben Mehrausgaben für die Bekämpfung von Armut für die Anhängerschaft der Partei Die Linke (92 Prozent), während jene von AfD (57 Prozent), CDU/CSU (51 Prozent) und FDP (42 Prozent) seltener zustimmen. Ähnliches zeigt sich bei mehr Staatsausgaben zur Unterstützung von Familien. Hier sehen die Befürwortenden des BSW (82 Prozent) den größten und die der FDP (32 Prozent) den geringsten Handlungsbedarf.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass junge Menschen unabhängig von ihren sonstigen Merkmalen und Lebensumständen insbesondere Mehrausgaben in den Bereichen „Bildung“, „Gesundheit und Pflege“ sowie „Verkehrsinfrastruktur“ priorisieren, während sie Mehrausgaben im Bereich „Kultur“ weniger Bedeutung beimessen. Bei den Bereichen „Rente“, „Unterstützung von Familien“, „Bekämpfung von Armut“, „Landesverteidigung“ und insbesondere „Nachhaltige Entwicklung“ zeigen sich hingegen deutlichere gruppenspezifische Unterschiede, die insbesondere (aber nicht nur) entlang der parteipolitischen Orientierungen verlaufen.

Positionen zur Staatsverschuldung

In einer weiteren haushaltspolitischen Frage sollten die Teilnehmer:innen angeben, inwieweit sie es befürworten, wenn der Staat für die Finanzierung von Investitionen in die von ihnen als prioritär angesehenen Bereiche zusätzliche Schulden aufnimmt.³ Die Positionen zu dieser Frage sind in Abbildung 12 dargestellt.

Deutlich mehr als zwei Drittel (71 Prozent) erachten eine weitere Verschuldung des Staates für prioritäre Investitionen als akzeptabel – davon 28 Prozent „voll und ganz“ und 43 Prozent „eher“. Mehr als jeder Vierte (28 Prozent) lehnt neue Staatsschulden hingegen (eher) ab.

” *Es ist bemerkenswert, dass die junge Generation, die laut öffentlichem Diskurs durch die Schuldenbremse geschützt werden soll, selbst mehrheitlich gegen diese Regelung ist.*

Marten Walk, Young Economy Team

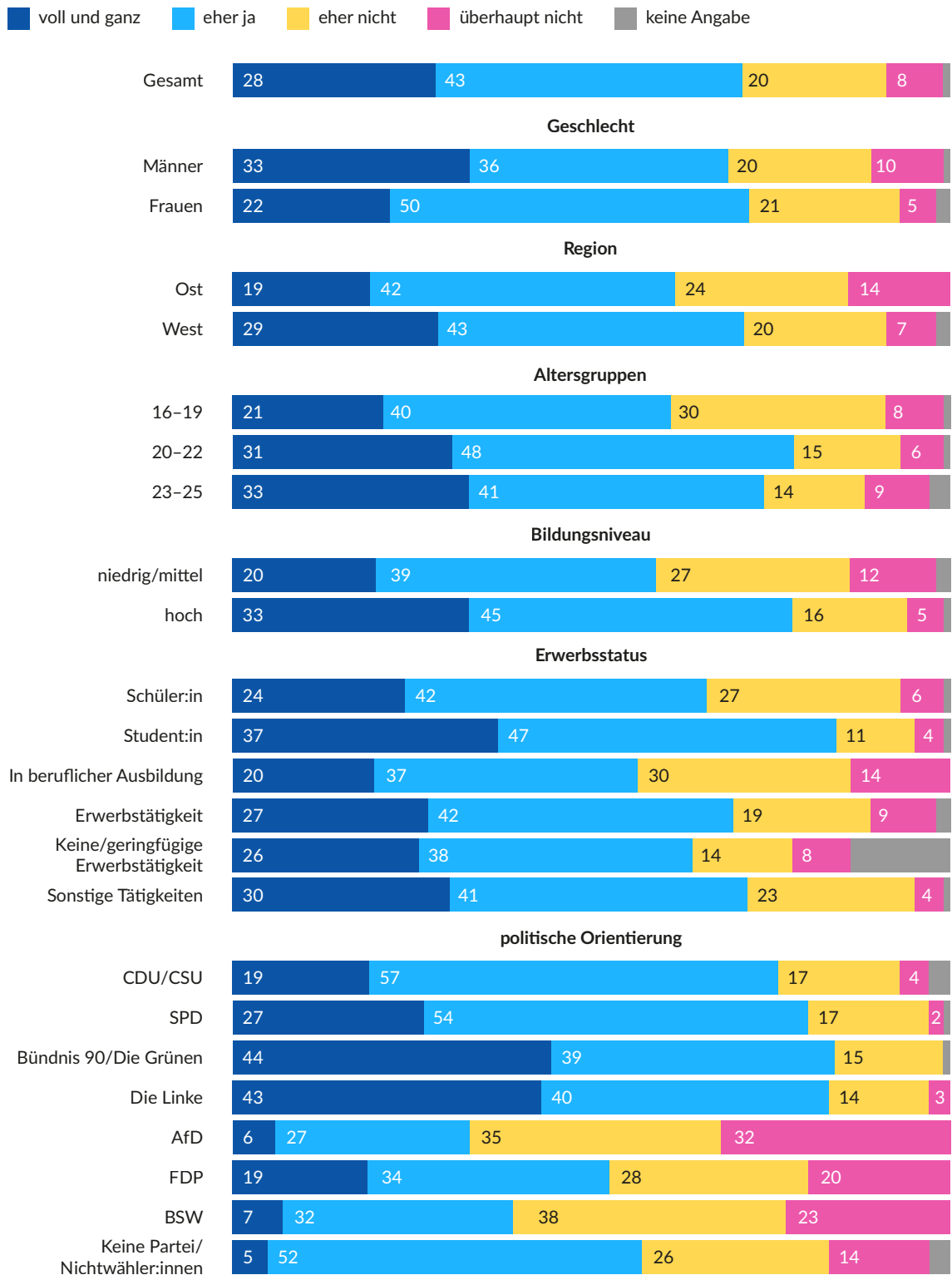
Vergleichsweise größere Vorbehalte gegenüber einer weiteren Staatsverschuldung zeigen sich bei jungen Menschen in Ostdeutschland (61 Prozent vs. 72 Prozent im Westen). Gleiches gilt für die jüngste Befragtengruppe, also die 16- bis 19-Jährigen (61 Prozent), sowie für jene mit niedrigem bzw. mittlerem Bildungsniveau (59 Prozent vs. 78 Prozent mit hohem Bildungsniveau) und für Auszubildende (57 Prozent). Student:innen weisen demgegenüber mit 84 Prozent die höchste Zustimmung nach Erwerbsgruppen auf. Ferner polarisiert die Frage stark zwischen jungen Menschen mit unterschiedlichen parteipolitischen Präferenzen. Während die Anhängerschaften von CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Partei Die Linke eine Staatsverschuldung mit Zustimmungswerten zwischen 76 und 83 Prozent mehrheitlich befürworten, stehen die Befürwortenden der FDP (53 Prozent) dieser geteilt und die der AfD (33 Prozent) und des BSW (39 Prozent) mit deutlich geringeren Zustimmungswerten gegenüber.

Die Positionen junger Menschen zur Frage, ob der Staat zusätzliche Schulden für die Finanzierung der als prioritär angesehenen Bereiche aufnehmen soll, scheint damit neben ausgeprägten parteipolitischen Präferenzen stärker auch von den jeweiligen Lebenssituationen abzuhängen, als dies bei den Prioritäten selbst der Fall ist.

3 Diese Frage wurde nur Teilnehmer:innen gestellt, die zumindest in einem Bereich staatlicher Ausgaben „etwas mehr“ oder „deutlich mehr“ Staatsausgaben befürwortet haben. Dies traf mit Ausnahme von 14 Personen auf das gesamte Sample zu.

Abbildung 12 **Positionen zur staatlichen Schuldenaufnahme**

Finden Sie es voll und ganz, eher, eher nicht oder überhaupt nicht in Ordnung, wenn der Staat für die Finanzierung solcher Investitionen zusätzliche Schulden aufnimmt?



Angaben in Prozent. Rundungsbedingt können die Summen von 100 Prozent abweichen. Quelle: eigene Darstellung. | BertelsmannStiftung

Qualitative Vertiefung: **Hintergründe und Überlegungen zur Priorisierung staatlicher Investitionen**

Ein Schwerpunkt der Fokusgruppendifkussionen lag darauf, herauszufinden, welche Hintergründe und Überlegungen die Ansichten junger Menschen zur Priorisierung staatlicher Investitionen in verschiedene Bereiche prägen. Hierzu legten wir den Teilnehmer:innen exemplarisch die quantitativen Ergebnisse zu fünf Bereichen vor, nämlich „Gesundheit und Pflege“, „Rente“, „Verteidigung“, „ökologische Nachhaltigkeit“ und „Kultur“ – und diskutierten mit ihnen mögliche Erklärungen für diese Ergebnisse. Die Auswahl dieser Bereiche erfolgte aus den folgenden Gründen: In den quantitativen Ergebnissen zeigte sich bei „Gesundheit und Pflege“ sowie bei „Kultur“ eine relativ hohe Einigkeit hinsichtlich der Priorisierung bzw. Nichtpriorisierung. Dagegen wiesen die anderen drei Bereiche deutlich stärker voneinander abweichende Einschätzungen auf. Mit dieser Auswahl lässt sich folglich die Bandbreite möglicher Erwägungen gut abdecken. Aus den Fokusgruppendifkussionen ergeben sich insbesondere folgende vertiefende Einblicke in die Sichtweisen und Argumentationsmuster junger Menschen:

- **Gesundheit und Pflege:** Die hohe Zustimmung zu höheren Staatsausgaben in diesem Bereich wird von den Teilnehmer:innen meist persönlich begründet. Besonders prägend sind konkrete Erfahrungen mit der Versorgung pflegebedürftiger Angehöriger. Darüber hinaus spielen Aspekte wie ärztliche Versorgung im ländlichen Raum, Fachkräftemangel, Unterfinanzierung und niedrige Löhne im Gesundheits- und Pflegebereich eine zentrale Rolle. Auch eigene berufliche Erfahrungen oder Praktika in diesem Bereich werden angeführt.
- **Rente:** Die Positionen junger Menschen zu mehr Staatsausgaben für die Rente sind – anders als im Bereich Gesundheit und Pflege – weniger durch persönliche Erfahrungen, sondern stärker durch den medialen Diskurs geprägt. Vorherrschend ist eine ausgeprägte Skepsis, ob die gesetzliche Rentenversicherung für künftige Generationen noch verlässlich funktioniert. Vereinzelt werden auch Gerechtigkeitserwägungen – etwa zwischen Angestellten und Beamten – angeführt sowie Zweifel daran geäußert, ob Mittel der Rentenversicherung immer zweckgebunden verwendet würden.
- **Verteidigung:** Die Zustimmung zu höheren Verteidigungsausgaben fällt in der quantitativen Befragung eher verhalten aus. In den Diskussionen nennen die Teilnehmer:innen vor allem sicherheitspolitische Argumente – etwa den Schutz vor äußeren Bedrohungen oder die Notwendigkeit glaubwürdiger Abschreckung. Zugleich zeigen sich emotionale Ambivalenzen: Viele betonen zwar die Bedeutung einer funktionsfähigen Verteidigung, stehen militärischer Aufrüstung jedoch skeptisch gegenüber. Es wird zudem auf die politische Prägung der jungen Generation verwiesen, in der pazifistische und staatskritische Positionen stärker vertreten seien. Hinzu kommt der Eindruck, dass bereits erhebliche Mittel in die Verteidigung fließen würden und deren Effizienz und Zielgenauigkeit fraglich seien.

- **Ökologische Nachhaltigkeit:** Der abnehmende Stellenwert dieses Themenfelds wird in den Fokusgruppen insbesondere mit der wirtschaftlichen Schwäche und der daraus resultierenden Verschiebung von Prioritäten erklärt. Auch die rückläufige mediale Berichterstattung wird als Grund genannt. Während in anderen Themenfeldern weitgehend Konsens herrscht, treten hier teils sehr gegensätzliche Positionen zutage – von Unverständnis über die mangelnde Nutzung klimafördernder Potenziale bis hin zu Skepsis gegenüber deren Wirksamkeit oder grundsätzlicher Ablehnung sogenannter „grüner Politik“.
- **Kultur:** Die vergleichsweise geringe Priorität des Kulturbereichs führen die Teilnehmer:innen darauf zurück, dass der Begriff „Kultur“ zu unklar oder zu abstrakt sei. Kultur wird mit klassischer Hochkultur assoziiert, die als wenig anschlussfähig an die eigene Lebenswelt wahrgenommen wird. Entsprechend gelten Investitionen in andere Politikbereiche als dringlicher. Zudem wird bemängelt, dass kulturelle Angebote eher ältere Zielgruppen ansprechen und jugendnahe Formate demnach zu kurz kommen. Einzelne Stimmen betonen jedoch den gesellschaftlichen Wert kultureller Angebote und bedauern die Einstellung des Kulturpasses als positives Beispiel staatlicher Kulturförderung.

8.2. Positionen zur staatlichen Verteilungspolitik

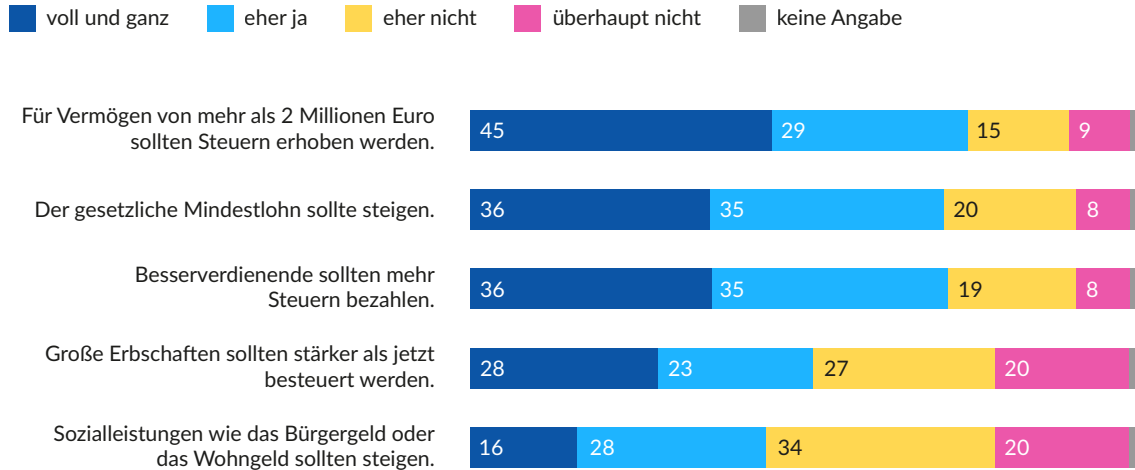
Ebenso wie die staatliche Ausgaben- und Verschuldungspolitik ist die staatliche Verteilungspolitik ein umstrittenes wirtschaftspolitisches Handlungsfeld, da sie immer Fragen nach Gerechtigkeit, Leistungsanreizen und gesellschaftlicher Verantwortung aufwirft. Sie umfasst Maßnahmen, mit denen der Staat über Steuern, Sozialleistungen oder öffentliche Investitionen auf die Verteilung von Einkommen und Vermögen einwirkt. In Deutschland zeigt sich dieses Spannungsfeld aktuell in der Debatte über das Bürgergeld⁴ sowie über eine stärkere Besteuerung hoher Einkommen und Vermögen. Während die einen hierin Instrumente zur Verringerung sozialer Ungleichheit und der Sicherung gesellschaftlicher Teilhabe sehen, warnen andere vor negativen Effekten auf Eigenverantwortung und wirtschaftliche Dynamik.

Zur Erfassung der Ansichten in Bezug auf die staatliche Verteilungspolitik wurden die Teilnehmer:innen gefragt, inwieweit sie Steuererhöhungen für Besserverdienende, Vermögende und große Erbschaften sowie eine Erhöhung der Sozialtransfers befürworten (Abbildung 13). Ergänzend wurden sie um ihre Einschätzung zu einer Erhöhung des Mindestlohns gebeten. Diese Maßnahme unterscheidet sich von den anderen verteilungspolitischen Optionen insofern, als sie unmittelbar in die Primärverteilung der Einkommen eingreift. Durch die Festlegung einer gesetzlichen Lohnuntergrenze soll der Mindestlohn Niedriglohnbeschäftigte vor Armut schützen und Einkommensungleichheit verringern, doch Kritiker postulieren, dass eine zu hohe Lohnuntergrenze negative Beschäftigungseffekte zur Folge haben könnte. Anders als Steuern und Transferleistungen wirkt er bereits am Arbeitsmarkt und nicht erst über staatliche Umverteilung. Während die Kosten des Mindestlohns

4 Zum Zeitpunkt der Befragung hieß die „Grundsicherung für Arbeitssuchende“ noch „Bürgergeld“ und wurde auch unter diesem Begriff in der Befragung behandelt. Daher wird hier weiterhin der Begriff „Bürgergeld“ verwendet.

Abbildung 13 Positionen zu den staatlichen Maßnahmen für mehr Gerechtigkeit zwischen Arm und Reich

Um für mehr Gerechtigkeit zwischen Armen und Reichen zu sorgen, gibt es verschiedene Vorschläge. Wie sehr befürworten Sie die folgenden Vorschläge?



Angaben in Prozent. Rundungsbedingt können die Summen von 100 Prozent abweichen. Quelle: eigene Darstellung. | BertelsmannStiftung

überwiegend von Arbeitgeberseite getragen (und gegebenenfalls über die Preise an die Verbraucher:innen weitergeben) werden, werden andere Instrumente aus öffentlichen Mitteln finanziert.

Wie Abbildung 13 zeigt, unterstützen 74 Prozent der befragten jungen Menschen eine Steuer auf Vermögen über zwei Millionen Euro, um mehr Gerechtigkeit zwischen Arm und Reich zu schaffen. Ebenfalls eine deutliche Zustimmung erfahren sowohl eine Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns als auch höhere Steuern für Besserverdienende (jeweils 71 Prozent). Eine stärkere Besteuerung großer Erbschaften findet dagegen nur bei der Hälfte der Befragten (51 Prozent) Anklang. Noch geringere Zustimmung (44 Prozent) besteht hinsichtlich einer Ausweitung sozialer Transferleistungen wie dem Bürgergeld oder dem Wohngeld.

„Das starke Votum für die Vermögenssteuer deckt sich mit dem Diskurs, den wir auf Social Media beobachten – Stichwort #TaxTheRich. Spannend ist aber, dass Erbschaften weniger im Fokus stehen, obwohl gerade große Erbschaften einen entscheidenden Beitrag zur Vermögensungleichheit leisten.“

Thomas Vollmuth, Young Economy Team

Junge Männer befürworten alle verteilungspolitischen Maßnahmen zur Förderung größerer Gerechtigkeit zwischen Arm und Reich weniger als junge Frauen, wobei insbesondere zwischen den Ansichten zur Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns (79 Prozent Zustimmung bei Frauen vs. 63 Prozent bei Männern), der Vermögenssteuer (81 vs. 68 Prozent) und der Sozialleistungen (51 vs. 38 Prozent) deutliche Unterschiede bestehen (vgl. Anhang, Tabelle A7). Unterschiede zwischen Ost und West finden sich wenn überhaupt nur in geringem Maß. Bezüglich der unterschiedlichen

Einschätzungen basierend auf dem Alter der Befragten fällt lediglich die höhere Zustimmung der 20- bis 22-Jährigen zur Vermögenssteuer auf.

Junge Menschen mit niedrigem bzw. mittlerem Bildungsniveau weisen durchgängig geringere Zustimmungswerte auf als solche mit hohem. Hier werden von Erstgenannten insbesondere höhere Erbschaftssteuer (35 Prozent bei niedrigerem vs. 61 Prozent bei höherem Bildungsniveau) und höhere Sozialtransfers (38 vs. 50 Prozent) und die höhere Besteuerung von Besserverdienenden (64 vs. 75 Prozent) seltener befürwortet.

Diese Maßnahmen werden auch nach Erwerbsstatus zum Teil unterschiedlich beurteilt. Junge Menschen, die eine berufliche Ausbildung absolvieren, stimmen deutlich seltener einer höheren Erbschaftsteuer zu als Student:innen (39 vs. 66 Prozent). Ebenso ist ihre Zustimmung zu höheren Steuern für Besserverdienende niedriger als bei Student:innen (64 vs. 79 Prozent). Erwerbstätige sprechen sich am seltensten für höhere Sozialtransfers (32 vs. 40 bis 71 Prozent) und eine Erhöhung des Mindestlohns (64 vs. 69 bis 77 Prozent) aus als andere Erwerbsgruppen. Nicht oder geringfügig Erwerbstätige befürworten seltener die Einführung einer Vermögenssteuer als alle anderen Erwerbsstatusgruppen (60 vs. 69 bis 78 Prozent).

Die Bewertung verteilungspolitischer Maßnahmen unterscheidet sich deutlich nach politischer Präferenz. Dabei stimmen von der Anhängerschaft der Partei Die Linke und von Bündnis 90/Die Grünen bei allen Maßnahmen die meisten Personen den Aussagen zu. Hohe Ablehnung findet sich bei allen Aussagen bei den Befürwortenden der FDP. Auch die der AfD Nahestehenden lehnen überwiegend weitere Maßnahmen für mehr Gerechtigkeit zwischen Arm und Reich ab, mit Ausnahme einer Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns (54 Prozent Zustimmung) und zur höheren Besteuerung von Besserverdienenden (50 Prozent Zustimmung). So stimmten am wenigsten Personen aus der Anhängerschaft der AfD einer Erhöhung von Sozialleistungen wie dem Bürgergeld oder Wohngeld zu (13 Prozent), während 77 Prozent der Anhänger:innen von Die Linke dies befürworten. Die Personen, die Bündnis 90/Die Grünen bevorzugen, stimmten mehrheitlich für weitere verteilungspolitische Maßnahmen. Am niedrigsten war bei dieser Gruppe die Zustimmung zur Erhöhung von Sozialleistungen (64 Prozent). Diese ist die einzige verteilungspolitische Maßnahme, die bei Personen mit Nähe zur SPD nicht auf eine Mehrheit stößt (46 Prozent Zustimmung). Hohe Zustimmungswerte fanden sich unter der Anhängerschaft der SPD zur Erhöhung des Mindestlohns (80 Prozent), zur höheren Besteuerung von Besserverdienenden (73 Prozent) sowie zur Vermögenssteuer (85 Prozent Zustimmung). Auch fast zwei Drittel der Befürwortenden der CDU/CSU (65 Prozent) stimmten für eine Steuer ab einem Vermögen von zwei Millionen Euro, wobei die Zustimmung damit wesentlich niedriger als bei SPD (85 Prozent), beim Bündnis 90/Die Grünen (86 Prozent) und bei Die Linke (93 Prozent) ausfiel. Weniger Einstimmigkeit herrschte bei der Anhängerschaft der CDU/CSU bei der Frage nach einer Erhöhung des Mindestlohns (51 Prozent Zustimmung) sowie zur höheren Besteuerung von Besserverdienenden (58 Prozent Zustimmung). Ablehnend steht diese Gruppe der höheren Erbschaftssteuer (29 Prozent) und der Erhöhung von Sozialleistungen (21 Prozent) gegenüber.

Zusammenfassend zeigen die Ergebnisse zur staatlichen Verteilungspolitik ein differenziertes Bild für einen besseren Ausgleich zwischen Arm und Reich aus Sicht junger Menschen: Während die progressive Besteuerung von Einkommen und Vermögen ebenso wie eine Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns aus ihrer Sicht mehrheitlich adäquate Instrumente zur Behebung sozi-

aler Ungleichheiten sind, sind sie von einer Erhöhung der Erbschaftsteuer oder von Sozialtransfers weniger überzeugt. Dabei sind vor allem im Hinblick auf Sozialtransfers gruppenspezifische Unterschiede – beispielweise Geschlechterunterschiede sowie Unterschiede nach Erwerbsgruppen – zu beobachten. Bei der Bewertung aller verteilungspolitischen Instrumente spielt zudem die parteipolitische Orientierung der Befragten eine zum Teil erhebliche Rolle.

Qualitative Vertiefung: **Solidarität mit Bedürftigen**

In den Gruppendiskussionen ging es zudem um den Themenkomplex Gerechtigkeit, Bedürftigkeit und Sozialleistungen. Obwohl junge Menschen die Unterstützung Bedürftiger stark befürworten (vgl. Kapitel 7.2), lehnt mehr als die Hälfte höhere Sozialleistungen wie Bürger- oder Wohngeld ab. Mit diesen Ergebnissen konfrontiert war es das Ziel der Gruppendiskussion, diese Widersprüchlichkeit zu ergründen und die persönlichen Einschätzungen der Teilnehmer:innen zu Sozialleistungen, wie etwa zum Bürgergeld, nachvollziehbar zu machen.

Auch in den Fokusgruppendiskussionen bestätigte sich die Aussage, dass Schwache und Bedürftige Unterstützung verdienen. Dabei wurde deutlich, dass die Teilnehmer:innen insbesondere ältere Menschen, Personen mit gesundheitlichen Einschränkungen sowie Menschen mit schweren Lebensverläufen als bedürftig ansehen. Wichtig ist ihrer Ansicht nach für die Feststellung der Bedürftigkeit, ob Nachteile aus eigenen Lebensentscheidungen resultieren, denn wer unverschuldet in Not gerät, der gilt bei den jungen Menschen als besonders solidaritätswürdig. Insgesamt wird der Begriff „Bedürftige“ stark moralisch und biographisch konnotiert. Zugleich relativieren die Teilnehmer:innen diese Grundhaltung, wenn es um konkrete sozialstaatliche Leistungen geht: Beim Bürgergeld etwa wird die pauschale Solidarität differenzierter betrachtet und an Bedingungen bzw. Einzelfälle rückgebunden.

Erklärungen zum Thema Bürgergeld

Die geringe Zustimmung junger Menschen zur Forderung, Sozialleistungen zu erhöhen, wurde in der Fokusgruppe breit diskutiert. Die Teilnehmer:innen betonten dabei die Trennung zwischen „wirklich Bedürftigen“ und „Missbrauch“ des Bürgergelds. Im Fall des Missbrauchs von Sozialleistungen wird beispielsweise auf Fälle im persönlichen Umfeld verwiesen, in denen Leistungen von Nicht-Bedürftigen ausgenutzt würden. Zugleich gibt es aber auch differenzierende Stimmen, die anmerken, dass das Bürgergeld sinnvoll für Menschen sei, die ihren Job verlieren und keinen neuen finden. Hierunter fallen auch Erwerbstätige, die auf das Bürgergeld angewiesen sind, da sie zu wenig verdienen. Genannt werden in diesem Kontext beispielsweise Alleinerziehende ohne Kita-Platz und Personen mit gesundheitlichen Einschränkungen. Insgesamt prägen ambivalente Haltungen das Bild: Solidarität mit unverschuldet Betroffenen trifft dabei auf Skepsis gegenüber pauschalen Erhöhungen und auf Missbrauchsnarrative, die oft auf persönlichen Anekdoten beruhen.

8.3. Positionen zur staatlichen Wohnungspolitik

Bezahlbarer Wohnraum ist für viele Menschen – und insbesondere für Jüngere – ein zunehmend knapper und entscheidender Faktor für ihre Lebensperspektiven. Steigende Mieten und Wohnungsknappheit erschweren den Einstieg in die Eigenständigkeit und hemmen soziale Mobilität. Staatliche Wohnungspolitik spielt hierbei eine zentrale Rolle, um Chancen auf selbstbestimmtes Wohnen zu sichern. Gleichzeitig stellt die Umsetzung solcher Maßnahmen Politik und Verwaltung vor die Herausforderung, ökonomische Tragfähigkeit, Eigentumsrechte und städtebauliche Planung in Einklang zu bringen, um langfristig einen ausgewogenen und fairen Wohnungsmarkt zu gewährleisten.

” Bezahlbarer Wohnraum hat großen Einfluss darauf, welche Ausbildungs- oder Studienmöglichkeiten jungen Menschen tatsächlich zur Verfügung stehen. Wer sich nur dort eine Wohnung leisten kann, wo die Mieten niedrig sind, hat weniger Freiheit bei der Wahl des Studien- oder Ausbildungsorts. Außerdem führen lange Anfahrtswege zur Schule oder Hochschule oft dazu, dass Lernende bereits müde ankommen – deshalb ist bezahlbarer Wohnraum auch eine grundlegende Voraussetzung für Chancengleichheit.

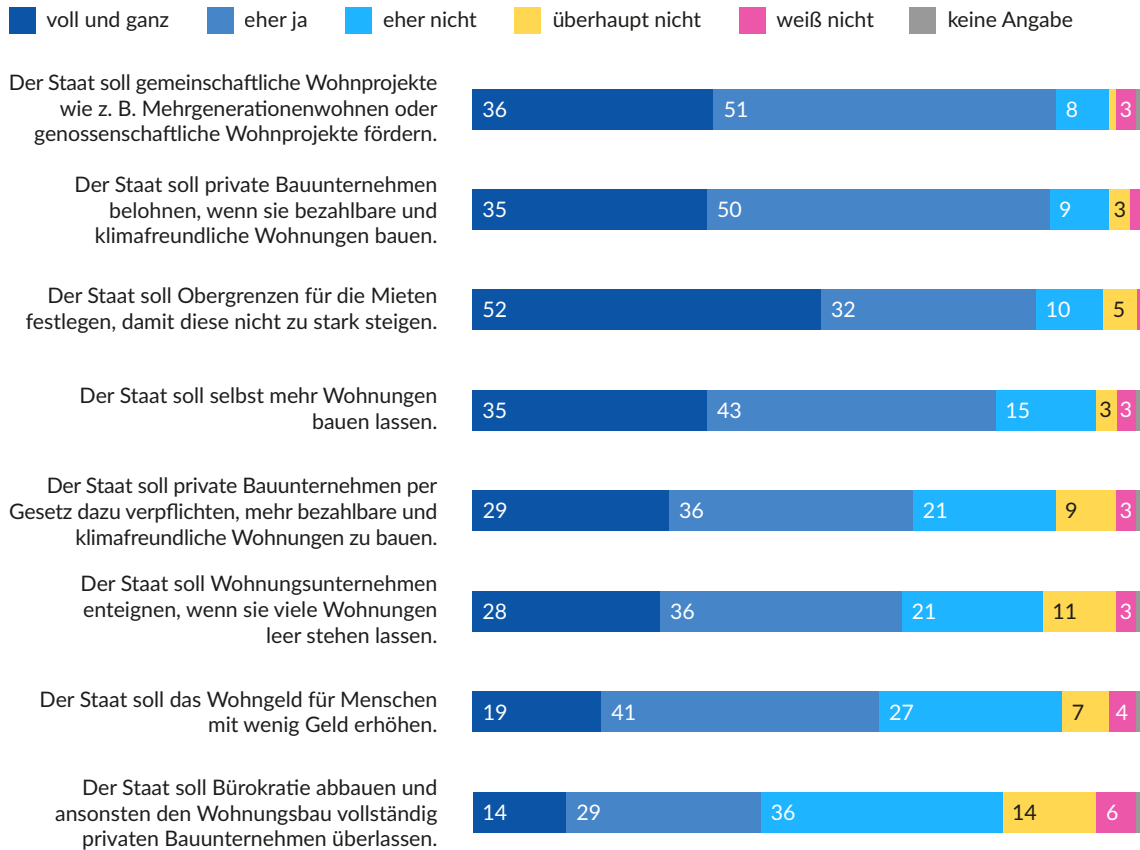
Sakia Okota, Young Economy Team

Um die Perspektive junger Menschen zu diesem Politikbereich zu erfassen, wurden sie um ihre Einschätzungen in Bezug auf spezifische Politikmaßnahmen gebeten. Ähnlich wie bei der staatlichen Verteilungspolitik unterscheiden sich auch hier die vorgelegten Optionen danach, wie stark der Staat in Marktprozesse eingreift.

Wie Abbildung 14 zeigt, sprechen sich junge Menschen mehrheitlich für Anreizlösungen aus. 87 Prozent befürworten voll und ganz bzw. eher, dass der Staat gemeinschaftliche Wohnprojekte fördert, etwa durch günstige Kredite oder steuerliche Vorteile. Ähnlich große Zustimmung (85 Prozent) zeigt sich hinsichtlich einer Belohnung privater Bauunternehmen, beispielsweise durch Steuererleichterungen oder Subventionen, wenn sie bezahlbare und klimafreundliche Wohnungen bauen. Die Einschätzungen zu Maßnahmen, die intensivere Markteingriffe implizieren, finden demgegenüber zwar auch mehrheitliche Zustimmung, jedoch in unterschiedlichem Ausmaß. So befürworten 84 Prozent der Befragten eine Festlegung von Mietobergrenzen. Diese staatliche Maßnahme erhält mit 52 Prozent sogar die höchste „volle“ Zustimmung im Vergleich zu den anderen Maßnahmen. Rund drei Viertel der Befragten (78 Prozent) sind darüber hinaus auch dafür, dass der Staat selbst mehr Wohnungen bauen lassen sollte. Eine geringere Zustimmung zeigt sich hingegen bei der Enteignung von Wohnungsunternehmen bei Leerstand, die mit 64 Prozent jedoch immer noch eine hohe Zustimmung findet, und bei der gesetzlichen Verpflichtung privater Bauunternehmer zum Bau bezahlbarer und klimafreundlicher Wohnungen (65 Prozent). Ähnlich wie bei den verteilungspolitischen Positionen zur Erhöhung von Sozialleistungen findet auch hier die Option, das Wohngeld für Menschen mit wenig finanziellen Mitteln zu erhöhen (60 Prozent) vergleichsweise geringen Anklang. Die niedrigste Zustimmung erhält mit 43 Prozent schließlich die am stärksten markoliberal geprägte Position, dass der Staat Bürokratie abbauen und den Wohnungsbau ansonsten vollständig privaten Bauunternehmen überlassen sollte.

Abbildung 14 Positionen zu den staatlichen Maßnahmen für bezahlbaren Wohnraum


Zurzeit wird viel darüber gesprochen, was der Staat tun soll, um für bezahlbaren Wohnraum in Deutschland zu sorgen. Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?



Angaben in Prozent. Rundungsbedingt können die Summen von 100 Prozent abweichen. Quelle: eigene Darstellung. | BertelsmannStiftung

Junge Frauen befürworten etwas häufiger als junge Männer Optionen, die mit deutlicheren Markteingriffen verbunden sind (bspw. eine staatliche Festlegung von Mietobergrenzen oder eine Verpflichtung privater Bauunternehmer, mehr bezahlbare und klimafreundliche Wohnungen zu bauen, vgl. Anhang, Tabelle A8). Junge Männer hingegen sprechen sich etwas häufiger für einen Abbau staatlicher Bürokratie und für die vollständige Privatisierung des Wohnungsbaus aus (49 Prozent bei Männern vs. 38 Prozent bei Frauen). Junge Menschen im Westen vertreten etwas häufiger die Ansicht, dass private Bauunternehmen gesetzlich verpflichtet werden sollten, mehr bezahlbare und klimafreundliche Wohnungen zu bauen (67 Prozent im Westen vs. 56 Prozent im Osten) und die jüngste Altersgruppe der 16- bis 19-Jährigen befürwortet seltener die Enteignung leer stehender Wohnungen (59 Prozent vs. 67 bzw. 69 Prozent der beiden älteren Altersgruppen). Abgesehen von diesen Punkten bleiben die Unterschiede zwischen jungen Menschen aus Ost- und Westdeutschland sowie zwischen den Geschlechtern und Altersgruppen eher gering. Auch zwischen den Bildungsniveaus finden sich keine bemerkenswerten Unterschiede. Erwerbstätige stimmen als einzige Erwerbsgruppe mit einer knappen Mehrheit (52 vs. 23 bis 45 Prozent) dafür, dass

der Staat Bürokratie abbauen und den Wohnungsbau ansonsten vollständig privaten Bauunternehmen überlassen soll. Außerdem fällt der hohe Unterschied der Erwerbstätigen zu den Student:innen bei der Zustimmung zur Erhöhung des Wohngelds für Menschen mit wenig Geld auf (49 vs. 67 Prozent).

 *Spannend finden wir auch, dass zwei Drittel der Befragten Enteignungen befürworten. Es wäre interessant, die Hintergründe und möglichen Effekte solcher Maßnahmen genauer zu beleuchten.*

Paul Marr, Young Economy Team

Demgegenüber gehen die Einschätzungen zur staatlichen Wohnungspolitik je nach parteipolitischer Orientierung deutlich auseinander. Eine Mehrheit findet sich jedoch bei allen parteipolitischen Präferenzen bei der Aussage, dass der Staat selbst mehr Wohnungen bauen lassen sollte. Diese ist besonders bei der Anhängerschaft der Partei Die Linke (86 Prozent) hoch und vergleichsweise niedrig bei Personen mit Nähe zur FDP (57 Prozent). Die Zustimmung zu Anreizlösungen – also zur Förderung gemeinschaftlicher Wohnprojekte (zwischen 65 Prozent bei der FDP und 93 Prozent bei Bündnis 90/Die Grünen) oder zur Belohnung privater Bauunternehmen (zwischen 75 Prozent bei der AfD und 93 Prozent bei Bündnis 90/Die Grünen) – ist parteiübergreifend weit verbreitet. FDP-nahe Befragte stehen der Ausweitung des staatlichen Wohnungsbaus (57 Prozent) als auch der Festlegung von Mietobergrenzen (44 Prozent) – zwei stärkeren staatlichen Eingriffen in den Wohnungsmarkt – weniger zustimmend gegenüber als die Anhängerschaft anderer Parteien (jeweils 71 bis 86 Prozent und 73 bis 97 Prozent). Bei beiden Aussagen sind die Zustimmungswerte von Personen mit Parteipräferenz für Die Linke am höchsten (86 Prozent beim staatlichem Wohnungsbau und 97 Prozent bei Mietobergrenzen).

Dies gilt auch für die gesetzliche Verpflichtung privater Bauunternehmen zum Bau von bezahlbarem und klimafreundlichem Wohnraum. Diese Maßnahme findet vor allem bei Befürwortenden von SPD (74 Prozent), Bündnis 90/Die Grünen (77 Prozent) und Die Linke (83 Prozent) Unterstützung. Ähnlich verhält es sich bei der Enteignung von Wohnungsunternehmen bei Leerstand, die bei den Anhängerschaften dieser Parteien mit Zustimmungswerten zwischen 72 und 79 Prozent auf breite Zustimmung stößt. Demgegenüber ist die Zustimmung zu diese beiden Maßnahmen bei Nahestehenden der FDP am geringsten (39 bzw. 35 Prozent im Vergleich zu 44 bis 83 bzw. 48 bis 79 Prozent bei den anderen parteipolitischen Präferenzen). Auch bei der Erhöhung des Wohngelds zeigen sich klare Unterschiede. Diese Maßnahme findet bei Personen mit Nähe zu Die Linke (83 Prozent), zum Bündnis 90/Die Grünen (69 Prozent) und zur SPD (60 Prozent) deutliche Unterstützung, während FDP-, AfD-, BSW- und CDU/CSU-nahe Personen hier weniger zustimmen (41 Prozent bei FDP- und bis 47 Prozent bei CDU/CSU-Anhänger:innen). Ein gegenteiliges Muster zeigt sich bei der Option, Bürokratie abzubauen und den Wohnungsbau vollständig privaten Unternehmen zu überlassen. Diese Position wird vor allem von FDP- (70 Prozent), CDU/CSU- und AfD-nahen Personen (jeweils 60 Prozent) unterstützt, während Anhängerschaften von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und BSW – ebenso wie Nichtwähler:innen – mit Zustimmungswerten zwischen 27 und 45 Prozent deutlich zurückhaltender sind.

Zusammenfassend lassen die Ergebnisse darauf schließen, dass junge Menschen in der Wohnungspolitik überwiegend für Anreizlösungen wie beispielsweise steuerliche Begünstigungen plädieren, allerdings auch staatlichen Eingriffen wie Mietobergrenzen oder verstärktem öffentlichen Wohnungsbau offen gegenüberstehen. Enteignungen und Sozialtransfers ebenso wie eine weitgehende Privatisierung des Wohnungsmarkts (marktliberale Position) finden bei ihnen hingegen deutlich weniger Zustimmung. Ähnlich wie bei der staatlichen Verteilungspolitik unterscheiden sich die Positionen junger Menschen auch bei der Wohnungspolitik deutlich in Abhängigkeit von den parteipolitischen Orientierungen. Demgegenüber scheinen andere Gruppenmerkmale in diesem Politikfeld jedoch nur eine untergeordnete Rolle zu spielen.



Für uns ist klar: Wohnraum für junge Menschen ist aktuell extrem ungerecht verteilt. Dass viele staatliche Unterstützung beim Wohnungsbau fordern, passt zu unseren Erfahrungen – z. B. mit Wohngeld oder BAföG.

Paul Marr, Young Economy Team

8.4. Positionen zur staatlichen Rentenpolitik

Die staatliche Rentenpolitik steht bereits seit geraumer Zeit im Zentrum intensiver politischer und gesellschaftlicher Debatten. Besonders junge Menschen sehen sich mit einem Rentensystem konfrontiert, dessen langfristige Stabilität zunehmend infrage gestellt wird.

Angesichts des demographischen Wandels und der damit verbundenen Herausforderungen für das Rentensystem sind Reformen notwendig, um die langfristige Stabilität und Generationengerechtigkeit zu gewährleisten. In der aktuellen Diskussion vorgetragene Reformvorschläge, wie die Koppelung des Renteneintrittsalters an die Lebenserwartung oder die Wiedereinführung des Nachhaltigkeitsfaktors, zielen darauf ab, das System langfristig tragfähig zu machen. Diese Reformen werfen jedoch Fragen der Generationengerechtigkeit auf, da sie unterschiedliche Auswirkungen auf verschiedene Altersgruppen haben können. Es ist daher wichtig, die Perspektiven junger Menschen in die Diskussion einzubeziehen, um eine generationsgerechte Rentenpolitik zu gestalten.

Die Bedeutung dieser Thematik spiegelt sich auch in den Ergebnissen unserer Befragung wider. Bevor wir nach den Ansichten zu staatlichen Reformmaßnahmen für die Rente gefragt haben, haben wir einige allgemeine Einschätzungen zu dieser Thematik erhoben, deren Wortlaut in Tabelle A9 im Anhang zu finden ist. Wie sich hier zeigt, halten 95 Prozent der Befragten die Altersvorsorge für wichtig, 65 Prozent empfinden sie jedoch als kompliziert und 51 Prozent geben an, dass das Thema ihnen Angst macht. Nur 38 Prozent der Befragten fühlen sich derzeit für das Leben im Alter gut abgesichert.

Auf die Frage, was der Staat tun sollte, um die Altersvorsorge in Deutschland langfristig zu stabilisieren, sprechen sich junge Menschen vor allem für die Schaffung steuerlicher Vergünstigungen für private und betriebliche Altersvorsorge (81 Prozent) sowie für eine Einbeziehung von Beamten und Selbstständigen in die gesetzliche Rentenversicherung (76 Prozent) aus (Abbildung 15).

Jeweils etwa zwei Drittel unterstützen die Anwerbung junger Fachkräfte aus dem Ausland (64 Prozent), eine Erhöhung des Mindestlohns (63 Prozent) und eine stärkere Finanzierung der Rente aus Steuermitteln (62 Prozent). Deutlich weniger Zustimmung erhalten hingegen Vorschläge wie eine Verpflichtung, zusätzlich zur gesetzlichen Rentenversicherung in einen breit gestreuten Aktienfonds zu investieren (32 Prozent) oder die Erhöhung des Beitrags zur gesetzlichen Rentenversicherung (24 Prozent). Noch geringere Unterstützung gibt es für eine Erhöhung des Renteneintrittsalters (18 Prozent) oder eine Senkung der Rentenhöhe (16 Prozent). Der Vorschlag, dass sich der Staat vollständig aus der Altersvorsorge zurückziehen sollte, stößt kaum auf Zustimmung (6 Prozent).

” *Rente ist für viele junge Menschen ein emotionales Thema. Es herrscht zum Teil große Unsicherheit: Wie viel bleibt am Ende wirklich von der staatlichen Rente? Bist du mit Mitte 20 schon zu spät dran? Außerdem gilt: Wer früh lernt, wie man vorsorgt, hat klare Vorteile. Für uns ist das auch eine Frage von Bildungsgerechtigkeit – denn finanzielle Sicherheit darf kein Privileg sein – weder für unsere Generation noch für die unserer Eltern und Großeltern.*

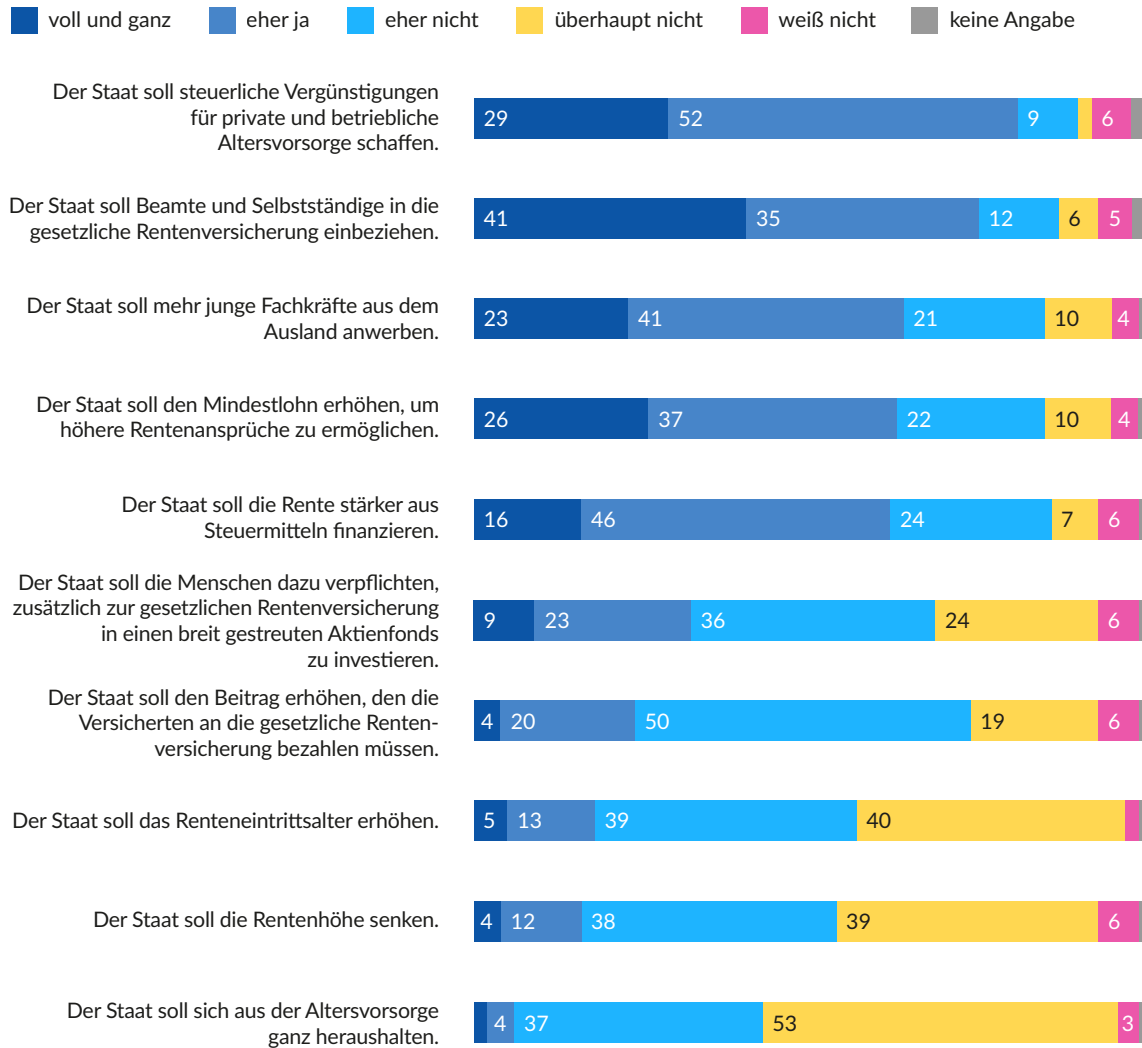
Annelie Gruschka, Young Economy Team

Junge Frauen (24 Prozent) sind seltener als junge Männer (40 Prozent) bereit, eine Verpflichtung zur Investition in breit gestreute Aktienfonds zu unterstützen (vgl. Anhang, Tabelle A10). Junge Frauen sprechen sich wiederum häufiger für eine Erhöhung des Mindestlohns aus als junge Männer (69 vs. 57 Prozent). Dieser Vorschlag findet zudem bei den 16- bis 19-Jährigen (69 Prozent) höhere Zustimmungswerte als bei den 23- bis 25-Jährigen (57 Prozent). Weiterhin ist die jüngste Befragtengruppe (29 Prozent) im Vergleich zu den beiden älteren Gruppen (21 bzw. 20 Prozent bei den 20- bis 22-Jährigen bzw. den 23- bis 25-Jährigen) eher offen für eine Erhöhung der Rentenbeiträge. In Bezug auf die Ost-West-Differenzierung ergeben sich nur geringfügige Unterschiede. Bei jungen Menschen mit hohem Bildungsniveau (74 Prozent) ist die Zustimmung für eine Anwerbung junger Fachkräfte aus dem Ausland deutlich höher als bei solchen mit niedrigerem Bildungsniveau (49 Prozent). Demgegenüber ist die Zustimmung zu einer Erhöhung der Rentenfinanzierung aus Steuermitteln bei Befragten mit niedrigem bzw. mittlerem Bildungsniveau stärker ausgeprägt als bei jenen mit hoher Bildung (69 vs. 57 Prozent).

Schüler:innen und Student:innen sprechen sich deutlich häufiger als Auszubildende, Erwerbstätige sowie nicht oder nur geringfügig Erwerbstätige für ein stärkeres Anwerben junger Fachkräfte aus dem Ausland aus (70 bzw. 78 Prozent vs. 47 bis 57 Prozent). Demgegenüber stimmen Student:innen (ähnlich wie die nicht oder nur geringfügig Erwerbstätigen) seltener einer höheren Finanzierung der Rente aus Steuermitteln zu (55 bzw. 53 Prozent) als etwa Auszubildende (69 Prozent). Erwerbstätige sprechen sich seltener als alle anderen Erwerbsgruppen für eine Erhöhung des Mindestlohns aus, um höhere Rentenansprüche zu ermöglichen (53 vs. 61 bis 69 Prozent). Außerdem lehnen Erwerbstätige sowie nicht oder nur geringfügig Erwerbstätige eine Erhöhung des Renteneintrittsalters sowie eine Erhöhung des Rentenbeitrags häufiger ab (11 vs. 19 Prozent). Allerdings fallen die Zustimmungswerte hierzu auch bei den anderen Erwerbsgruppen gering aus (16 bis 26 Prozent bzw. 21 bis 30 Prozent).

Abbildung 15 Positionen zu den staatlichen Maßnahmen zur Reform der Altersvorsorge

Nun geht es darum, was der Staat tun soll, um die Altersvorsorge in Deutschland langfristig zu stabilisieren. Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?



Angaben in Prozent. Rundungsbedingt können die Summen von 100 Prozent abweichen. Quelle: eigene Darstellung. | BertelsmannStiftung

Bei der Differenzierung nach parteipolitischer Orientierung zeigt sich eine über die Parteigrenzen hinweg recht hohe Zustimmung zu steuerlichen Vergünstigungen für die private und betriebliche Altersvorsorge (zwischen 75 und 90 Prozent). Demgegenüber treten bei den anderen Maßnahmen teils beachtliche Unterschiede auf. Am deutlichsten ist der Unterschied in Bezug auf die Anwerbung junger Fachkräfte aus dem Ausland. Den hohen Zustimmungswerten in der Anhängerschaft der SPD, der Partei Die Linke und des Bündnis 90/Die Grünen (76 bis 82 Prozent) stehen deutlich geringere Werte bei den Befürwortenden des BSW (38 Prozent) und insbesondere der AfD (19 Prozent) gegenüber. Zudem sprechen sich die Anhänger:innen der SPD, des Bündnis 90/

Die Grünen und der Partei Die Linke (Zustimmungswerte zwischen 71 und 80 Prozent) deutlich häufiger für eine Erhöhung des Mindestlohns aus als jene der CDU/CSU, des BSW oder der AfD und insbesondere der FDP, von der nur 30 Prozent diesem Vorschlag zustimmen. Eine stärkere Finanzierung der Rente aus Steuermitteln wird vor allem von der Anhängerschaft der AfD und von Die Linke (71 bzw. 72 Prozent) favorisiert. Dieser Vorschlag stößt bei FDP-nahen Befragten (42 Prozent) sowie bei Nichtwähler:innen bzw. Personen ohne Parteibindung (34 Prozent) auf geringere Zustimmung. Auch die Idee, Beamte und Selbstständige in die gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen, findet in der Anhängerschaft der FDP mit 59 Prozent weniger Unterstützung als bei Befragten mit anderer politischer Orientierung (69 bis 86 Prozent).

Zusammenfassend lässt sich damit zu den Positionen junger Menschen zur Rentenpolitik konstatieren: Junge Menschen befürworten bei der Rentenpolitik – wie auch bei der Wohnungspolitik – Anreizlösungen, aber erteilen einem weitgehenden Rückzug des Staates aus diesem Politikbereich eine klare Absage. An zweiter Stelle rangieren bei ihnen Reformoptionen, mit denen entweder eine Erhöhung der Personenanzahl einhergeht, die in das System der gesetzlichen Rentenversicherung einzahlt (etwa die Einbeziehung von Beamten und Selbstständigen in die gesetzliche Rentenversicherung), oder bei der die Finanzierung des Systems anderweitig ausgeweitet wird (z. B. durch Steuermittel). Unpopulär sind bei ihnen hingegen Reformoptionen, die „Stellschrauben“ am bestehenden System der gesetzlichen Rentenversicherung betreffen und mit denen höhere individuelle Kosten (bspw. Erhöhung der Beitragszahlungen) oder Leistungseinschnitten (bspw. Erhöhung des Renteneintrittsalters oder Senkung der Rentenhöhe) verbunden sind. Interessanterweise ist für junge Menschen auch die Verpflichtung unbeliebt, zusätzlich zur gesetzlichen Rentenversicherung in einen breit gestreuten Aktienfonds zu investieren – eine am Vorbild skandinavischer Länder orientierte Reformoption, die in der aktuellen politischen und medialen Debatte häufig aufgegriffen wird. Ähnlich wie bei der Verteilungspolitik und anders als bei der Wohnungspolitik unterscheiden sich die Positionen der jungen Menschen zur Rentenpolitik zum Teil erheblich entlang aller hier betrachteten Gruppenmerkmale.

9. Zukunftsaussichten und Erwartungen

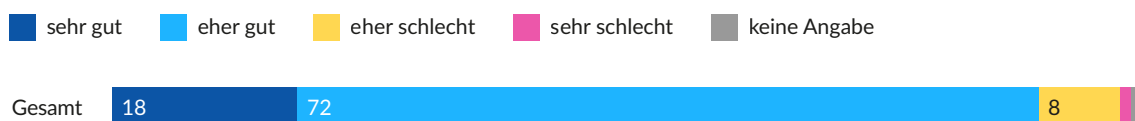
In diesem Kapitel wird betrachtet, wie junge Menschen ihre persönliche und die gesamtgesellschaftliche Zukunft einschätzen und welche Erwartungen sie an Bildung, Wirtschaft und Politik richten. Im Anschluss an die Befunde zur allgemeinen Lebenszufriedenheit (siehe Kapitel 4) zeigt sich auch hier ein deutlicher Gegensatz: Hohe Zuversicht in der persönlichen Zukunftsperspektive steht einer deutlich skeptischen Sicht auf die Zukunft Deutschlands gegenüber.

Junge Menschen bewerten ihre persönliche Zukunft überwiegend positiv. Für die nächsten zehn bis fünfzehn Jahre äußern rund neun von zehn Befragten positive Erwartungen (Abbildung 16). Die Region (Ost/West) und das Geschlecht spielen dabei keine Rolle. Auch die Altersdifferenzen sind gering: Jüngere äußern (Erwartungen werden nicht berichtet) etwas häufiger positive Erwartungen (93 Prozent) als die beiden anderen Altersgruppen (z. B. 89 Prozent bei 20- bis 22-Jährigen, siehe Anhang Tabelle A11). Eine besonders positive persönliche Erwartung zeigt sich unter Student:innen (94 Prozent), gefolgt von Schüler:innen (92 Prozent) sowie jungen Menschen ohne bzw. in geringfügiger Beschäftigung (91 Prozent). Nach parteipolitischen Präferenzen sehen Anhänger:innen von FDP und BSW (98 vs. 97 Prozent) die eigene Zukunft positiver als die übrigen politischen Parteien.

Demgegenüber fällt die Einschätzung der Zukunft Deutschlands zurückhaltender aus: 38 Prozent erwarten eine positive, rund 60 Prozent eine negative Entwicklung (Abbildung 17). Die Unterschiede nach Region und Geschlecht sind gering. Ein Blick auf die Altersgruppen zeigt, dass Jüngere insgesamt etwas positiver gestimmt sind. Mit höherem Bildungsniveau ist der gesamtgesellschaftliche Ausblick leicht positiver (40 Prozent vs. 36 Prozent). Deutliche Differenzen zeigen sich allerdings nach politischer Präferenz: Eine positivere Zukunftserwartung findet sich bei Anhänger:innen von CDU/CSU (56 Prozent), SPD (55 Prozent), Bündnis 90/Die Grünen (51 Prozent) gegenüber FDP (38 Prozent) der AfD (11 Prozent), dem BSW (26 Prozent) und Die Linke (30 Prozent, vgl. Anhang, Tabelle A12).

Abbildung 16 Persönliche Zukunftsaussichten

Wenn Sie einmal an Ihre persönliche Zukunft denken, was glauben Sie: Wie wird Ihr Leben in den nächsten 10 bis 15 Jahren verlaufen?



Angaben in Prozent. Rundungsbedingt können die Summen von 100 Prozent abweichen. Quelle: eigene Darstellung. | BertelsmannStiftung

Qualitative Vertiefung: **Zukunftserwartungen junger Menschen**

Viele junge Menschen blicken optimistisch auf ihre eigene Zukunft, während mehr als die Hälfte die Zukunft Deutschlands pessimistisch einschätzt, das zeigen die Ergebnisse der repräsentativen Befragung. In den Fokusgruppen wurde diese Differenz vertieft und nach den Ursachen für die unterschiedlichen Bewertungen gefragt.

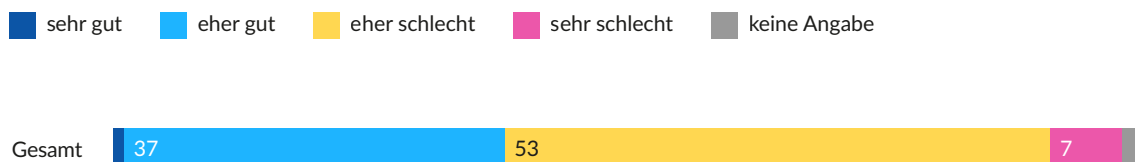
Die Ergebnisse verdeutlichen, dass junge Menschen die Diskrepanz zwischen individueller und kollektiver Zukunftserwartung bewusst reflektieren. Die eigene Zukunft erscheint den Teilnehmer:innen an diesen Diskussionen planbar, kontrollierbar, chancenreich, während die gesellschaftliche Entwicklung als diffus, von Krisen dominiert und durch ein medienvermitteltes Gesellschaftsbild als medial überhöht erlebt wird.

Persönlich überwiegt Optimismus, weil die eigene Lage als plan- und beeinflussbar gilt: Ausbildung, erwartete Arbeitsmarktchancen, finanzielle Bildung und familiäre Stabilität stützen die Zuversicht der Fokusgruppenteilnehmer:innen, auch wenn einzelne negative Erfahrungen beim Berufseinstieg diese Einschätzung dämpfen. Zugleich ist die Sicht auf Deutschland eher pessimistisch. Diese wird beispielsweise durch mediale Problemfokussierung, wahrgenommene Preissteigerungen, geopolitische Krisen und politische Fragmentierung geprägt; teils wird dieser Pessimismus als „deutsche Mentalität“ ausgelegt, doch relativiert bei einigen jungen Menschen ein Blick auf andere Staaten die eigene negativ wahrgenommene Lage.

Die jungen Menschen betonen, dass die eigene Situation nicht repräsentativ sei, und verweisen auf Privilegien sowie die mögliche soziale Selektivität von Umfrageteilnahmen. Insgesamt verorten sie die persönliche Zukunft im kontrollierbaren Nahbereich, während die gesellschaftliche Entwicklung als diffus und krisenhaft erscheint. Das Ergebnis ist eine optimistische Selbstsicht bei gleichzeitig skeptischer Bewertung des Kollektivs.

Abbildung 17 **Zukunftsaussichten für Deutschland**

Und wenn Sie an Deutschland insgesamt denken, was glauben Sie: Wie wird die weitere Entwicklung in Deutschland in den nächsten 10 bis 15 Jahren verlaufen?



Angaben in Prozent. Rundungsbedingt können die Summen von 100 Prozent abweichen. Quelle: eigene Darstellung. | BertelsmannStiftung

Qualitative Vertiefung: **Wünsche für eine zukunftsfähige Wirtschaft**

Bei einer weiteren Frage in den Fokusgruppen ging es darum, wie die Wirtschaft im eigenen Umfeld bzw. in der eigenen Region zukunftsfähig gestaltet werden kann. Insgesamt orientieren sich die vorgebrachten Argumente und Begründungen stark an den bereits zuvor genannten Herausforderungen von Wirtschaft und Gesellschaft, wie beispielsweise dem Fachkräftemangel, dem Bildungssystem oder der Infrastruktur.

Die Aussagen der Fokusgruppenteilnehmer:innen zu Zukunftswünschen bündeln sich um verlässliche Chancenstrukturen im direkten Umfeld. Dabei sind wirtschaftliche Rahmenbedingungen zentral: Sie wünschen sich eine Stärkung kleiner und mittlerer Unternehmen durch Entlastungen (etwa bei Steuern und Energiepreisen) sowie gezielte Ansiedlung von Betrieben in strukturschwachen, insbesondere ostdeutschen Regionen.

Einige Teilnehmer:innen heben die Bedeutung eines sozial abgefederten Strukturwandels hervor. Exemplarisch wird der Kohleausstieg in der Lausitz genannt, der von den Menschen Umschulungen und neue Perspektiven erfordert. Die Sicherung von Arbeitsplätzen ist mitunter an Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten geknüpft. So regen junge Menschen unter anderem mehr und zugänglichere Ausbildungs- und Studienplätze sowie frühere Arbeitsmöglichkeiten für Geflüchtete an.

Die Zukunftsfähigkeit hängt einigen der Teilnehmer:innen zufolge zudem von bezahlbarem Wohnraum und bezahlbaren Gewerbemieten für Unternehmen ab, um Standorte attraktiver zu machen und die Innenstädte zu beleben. Verbesserte Infrastruktur, insbesondere dichter öffentlicher Nahverkehr in ländlichen Räumen, könne Mobilität und Jobchancen erweitern. Schließlich erwägen die Teilnehmer:innen angesichts akuter Personallücken den Ausbau des Pflege- und Gesundheitswesens. Insgesamt richten sich die Wünsche auf verlässliche Chancenstrukturen – Arbeit, Bildung, Wohnen, Mobilität und Versorgung – als Grundlage für Zuversicht im Alltag.

Wünsche an den Bundeskanzler

Abschließend wurde den Teilnehmer:innen in den Fokusgruppendifkussionen die Frage gestellt, was sie dem Bundeskanzler mit auf den Weg geben würden, wenn sie die Möglichkeit dazu hätten. Sie wünschen sich von Bundeskanzler Friedrich Merz mehr Volksnähe, Empathie und ein echtes Interesse am Alltag – besonders der unteren und mittleren Bevölkerungsschichten. Dazu solle er sein Bild der Generation Z überdenken, pauschale Vorwürfe vermeiden und Konzepten wie der Vier-Tage-Woche nicht grundsätzlich ablehnend gegenüberstehen, sondern lösungsorientierte Ansätze für die Produktivitätssteigerung vorschlagen, damit diese breit diskutiert werden können. Dazu passt auch, dass die Teilnehmer:innen vom Kanzler mehr Bürgernähe fordern: Er solle das Leben eines Durchschnittsbürgers mitsamt Arbeit, Steuern und Familienalltag insgesamt besser kennenlernen.

Gleichzeitig legen die Fokusgruppenteilnehmer:innen ihm nahe, sich verstärkt um den Wirtschaftsstandort Deutschland zu kümmern, um diesen wieder voranzubringen. Hier wünschen sie sich eine Anpassung der Migrationspolitik, um einerseits Fachkräfte schneller in den Arbeitsmarkt zu integrieren und andererseits Migration zu begrenzen. Mehr soziale Gerechtigkeit und eine gerechtere Einkommensverteilung gelten den Teilnehmer:innen als Hebel gegen Armut zur Stärkung der Kaufkraft und zur Eindämmung von Extremismus. Einzelne fordern zudem, internationale Konflikte zu vermeiden und auch den Frieden in Deutschland zu bewahren.

Besorgniserregend ist zudem, dass sich 75 Prozent der Befragten bei politischen Entscheidungen nicht ausreichend berücksichtigt fühlen (Abbildung 18). Dies verstärkt möglichenfalls das Gefühl, die Zukunft Deutschlands nicht aktiv mitgestalten zu können. Die verhaltene Sicht auf die gesamtgesellschaftliche Entwicklung spiegelt sich auch in den Aufstiegs- und Arbeitsmarkterwartungen wider: Weniger als ein Drittel rechnet damit, künftig einen höheren Wohlstand als die eigenen Eltern zu erreichen. Zugleich geht mehr als die Hälfte davon aus, bessere Chancen am Arbeitsmarkt zu haben als die Elterngeneration.

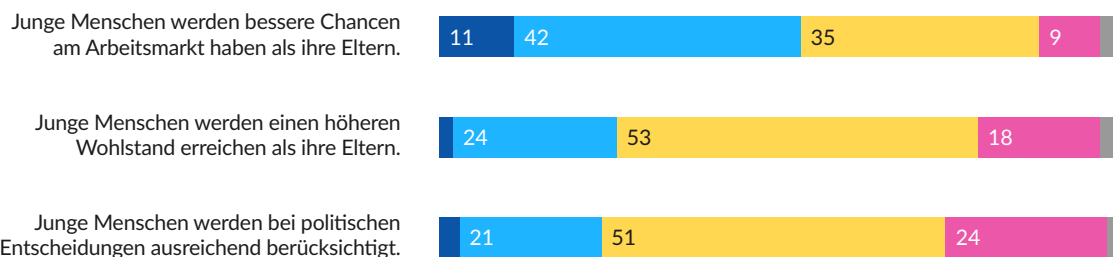
„Wir finden es erschreckend, dass so viele junge Menschen das Gefühl haben, bei politischen Entscheidungen keine Rolle zu spielen. Das trägt massiv zur politischen Unzufriedenheit bei – gerade, weil oft über uns gesprochen wird, aber selten mit uns.“

Milan Maus, Young Economy Team

Abbildung 18 Positionen zur Generationengerechtigkeit

Wenn Sie an die Situation junger Menschen in Deutschland denken: Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?

■ voll und ganz ■ eher ja ■ eher nicht ■ überhaupt nicht ■ keine Angabe



Angaben in Prozent. Rundungsbedingt können die Summen von 100 Prozent abweichen. Quelle: eigene Darstellung. | BertelsmannStiftung

Neben dem Beteiligungswunsch zeigt sich bei den jungen Menschen auch ein starker Informationswunsch zu wirtschaftlichen Themen. 90 Prozent der Befragten sind der Auffassung, dass Wirtschaft in der Schule eine größere Rolle spielen sollte (Abbildung 19). Auch der Arbeitsplatz bzw. die betriebliche Ausbildung werden als geeignete Orte gesehen, um wirtschaftliche Zusammenhänge stärker mitzudenken (73 Prozent). Entsprechende Angebote im öffentlichen Raum befürworten 71 Prozent der Befragten.

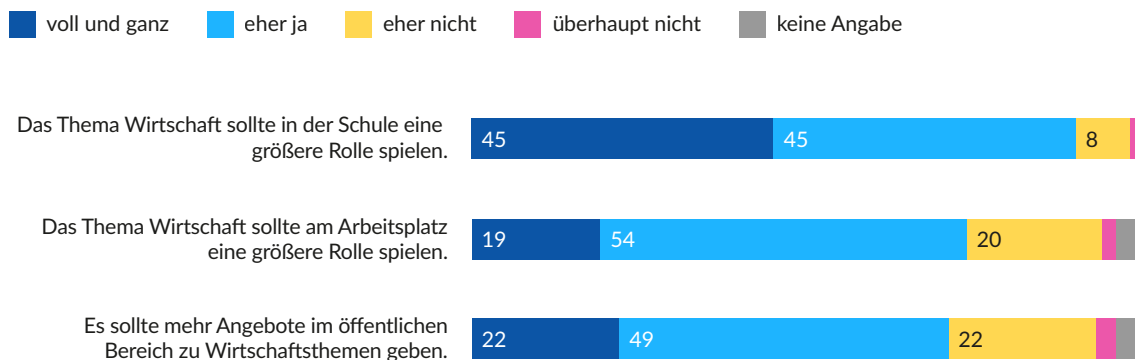


Wir halten es für extrem wichtig, dass wirtschaftliche Themen – vor allem in der Schule – mehr Raum bekommen.

Fabian Ernstberger, Young Economy Team

Abbildung 19 **Wirtschaft in Schule, Beruf und Öffentlichkeit**

Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?



Angaben in Prozent. Rundungsbedingt können die Summen von 100 Prozent abweichen. Quelle: eigene Darstellung. | BertelsmannStiftung

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass junge Menschen überwiegend optimistisch auf ihre eigene Zukunft blicken. Dabei spielen die Region oder das Geschlecht kaum eine Rolle, Jüngere und Student:innen sind insgesamt etwas zuversichtlicher. Für die Zukunft des Standorts Deutschland dominiert hingegen Skepsis. Positive Erwartungen sind deutlich seltener, mit geringen soziodemographischen, aber klaren Unterschieden entlang der politischen Präferenz. Die Aufstiegs- und Arbeitsmarkterwartungen junger Menschen sind gemischt: Weniger als ein Drittel rechnet mit mehr Wohlstand als die Eltern, mehr als die Hälfte jedoch mit besseren Jobchancen. Zugleich besteht ein starker Informations- und Beteiligungswunsch nach mehr Wirtschaftsbildung in der Schule, im Betrieb und im öffentlichen Raum.

10. Junge Menschen und Wirtschaft: Fazit und Handlungsempfehlungen

Differenzierte Sichtweisen junger Menschen auf wirtschaftliche Fragestellungen

Die Ergebnisse des *Young Economy Trackers* zeigen, dass ein erheblicher Teil junger Menschen in Deutschland Interesse an wirtschaftlichen Themen hat. 53 Prozent bekunden ein sehr oder eher großes Interesse an Wirtschaftsthemen und eine deutliche Mehrheit spricht sich dafür aus, wirtschaftliche Bildung an verschiedenen Lernorten – in der Schule, im beruflichen Umfeld und im öffentlichen Raum – stärker zu verankern. Junge Menschen befürworten mehrheitlich sowohl Leistungs- als auch Bedarfsprinzip und stehen damit den Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft positiv gegenüber. Sie blicken überwiegend positiv in ihre eigene Zukunft, sehen jedoch Grenzen individueller Wirksamkeit bei strukturellen Herausforderungen.

Für die Bewältigung wirtschaftlicher Herausforderungen messen sie der europäischen Zusammenarbeit die größte Bedeutung bei, gefolgt von Wissenschaft und Forschung, der Politik in Deutschland und in Unternehmen. Besonders hohe Zustimmungswerte verzeichnen Empfehlungen zu höheren öffentlichen Investitionen in Bildung, Gesundheit und Pflege sowie in Infrastruktur und bezahlbaren Wohnraum. In den Fokusgruppen wurde deutlich, dass junge Menschen wirtschaftliche Fragen generationenübergreifend betrachten und sich wünschen, dass politische Entscheidungen die Lebenslagen unterschiedlicher Generationen stärker berücksichtigen. Insofern ist es fair, wenn auch ältere Generationen das Wohlbefinden junger Menschen im Blick haben.

Junge Menschen in politische Entscheidungsprozesse einbinden

Die Ergebnisse zeigen zudem, dass sich junge Menschen politisch nicht ausreichend gesehen fühlen. Drei Viertel der Befragten sind der Ansicht, dass junge Menschen in politischen Entscheidungen nicht ausreichend berücksichtigt werden. Obwohl die Zufriedenheit junger Menschen mit der Politik in Deutschland vergleichsweise gering ist, schreiben sie ihr zugleich große Verantwortung für die Lösung wirtschaftlicher Probleme zu.

Politik sollte die Perspektiven junger Menschen systematisch in Entscheidungsprozesse einfließen lassen, um Vertrauen und Legitimation zu stärken. Auch die öffentliche Kommunikation sollte zielgruppengerecht auf junge Menschen ausgerichtet sein. Die Studie selbst folgt in ihrer Anlage dem Anspruch, junge Perspektiven nicht nur zu untersuchen, sondern auch einzubeziehen. Das *Young Economy Team* hat den Forschungsprozess über alle Phasen hinweg begleitet und dadurch wesentlich dazu beigetragen, Fragestellungen zu schärfen, Themen zu priorisieren und Ergebnisse einzuordnen. Diese partizipative Arbeitsweise hat das Verständnis dafür vertieft, wie junge Men-

schen wirtschaftspolitische Fragen bewerten und welche Erfahrungen hinter ihren Einschätzungen stehen.

Wirtschaftskompetenz von jungen Menschen fördern

Angesichts eines Informationsverhaltens, das stark von sozialen Medien und persönlichen Gesprächen geprägt ist, ist es wichtig, junge Menschen dazu zu befähigen, Informationen zu prüfen, Perspektiven abzuwägen und sich eine fundierte eigene Meinung zu bilden. Wirtschaftliche Bildung sollte sie dabei unterstützen, Zusammenhänge zu verstehen und ein solches Wissen aufzubauen, das eine fundierte Basis für die eigene Handlungs- und Urteilsfähigkeit – etwa bei den eigenen Lebensentscheidungen oder an der Wahlurne – schafft. Dies umfasst auch, sie darin zu unterstützen, wirtschaftspolitische Problemstellungen in einer komplexen und zunehmend unsicher werdenden Welt zu verstehen, potenzielle Lösungswege nachzuvollziehen und deren Eignung kritisch zu beurteilen.

Differenzierte Teilhabeangebote für junge Menschen schaffen

Die Untersuchung zeigt zugleich, dass junge Menschen keine homogene Gruppe sind. Geschlecht, Alter, Bildungsniveau, Erwerbssituation, regionale Herkunft und politische Orientierung prägen Einstellungen und Erwartungen deutlich. Diese Vielfalt sollte in politischen und gesellschaftlichen Angeboten stärker berücksichtigt werden. Pauschale Zuschreibungen, wie sie „der“ Generation Z gerne unterstellt werden, greifen zu kurz. Wer junge Menschen erreichen will, muss unterschiedliche Lebenslagen, Werte und Erfahrungshintergründe einbeziehen und spezifische Zielgruppen differenziert ansprechen. Peer-to-Peer-Formate, also Formate von jungen Menschen für junge Menschen, und aufsuchende Formate, d. h. junge Menschen dort zu erreichen, wo sie sind, können hier vielversprechende Ansätze sein.

Junge Menschen wünschen sich faire Chancen, Transparenz und Mitgestaltung – von Politik, Wirtschaft, Medien und europäischen Institutionen gleichermaßen. Für die Gestaltung künftiger Politik bedeutet dies, junge Menschen nicht nur als Zielgruppe, sondern als aktive Partner:innen gesellschaftlicher Entwicklung zu verstehen. Oder, wie das *Young Economy Team* es formuliert: „Wirtschaftspolitik ist Jugendpolitik.“

Literaturverzeichnis

Albert, Mathias, Ingo Leven, Frederick de Moll, Sophia McDonnell, Gudrun Quenzel, Anna Rysina, Ulrich Schneekloth und Sabine Wolfert (2024). Jugend 2024 – Pragmatisch zwischen Verdrossenheit und gelebter Vielfalt (19. Shell Jugendstudie). Weinheim. https://www.beltz.de/fileadmin/beltz/leseproben/9783407832344_shortened.pdf (Download 2.11.2025).

Baarck, Julia, Mathias Dolls, Kai Unzicker und Lisa Windsteiger (2022). Gerechtigkeitsempfinden in Deutschland. Hrsg. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh. https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/DZ_Studie_Gerechtigkeitsempfinden_2022.pdf (Download 2.11.2025).

Bay-Cheng, Laina Y., Caroline C. Fitz, Natalie M. Alizaga und Alyssa N. Zucker (2015). Tracking Homo Oeconomicus: Development of the Neoliberal Beliefs Inventory. *Journal of Social and Political Psychology* (3) 1. 71–88. <https://doi.org/10.5964/jspp.v3i1.366>.

BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2022). Qualitätsstandards für Kinder- & Jugendbeteiligung. Impulse zur Weiterentwicklung in Theorie und Praxis. Berlin. <https://www.bmbfsfj.bund.de/resource/blob/204010/affa15d77c0b4a8da7e6c476e77446fc/mitwirkung-mit-wirkung-qualitaetsstandards-fuer-kinder-und-jugendbeteiligung-data.pdf> (Download 1.11.2025).

Creswell, John W., Ann Carroll Klassen, Vicki L. Plano Clark, Katherine Clegg (2011). Best Practices for Mixed Methods Research in Health Sciences. National Institutes of Health. Washington, DC. https://obssr.od.nih.gov/sites/g/files/mnhszr296/files/Best_Practices_for_Mixed_Methods_Research.pdf (Download 1.11.2025).

Fletcher, Adam F. C. (2013). „Ending Discrimination Against Young People“. Scotts Valley: CreateSpace Independent Publishing Platform. https://adamfletcher.net/wp-content/uploads/2020/04/daa7c-summary-fletcher_adam-endingdiscriminationagainstyongpeople.pdf (Download 1.11.2025).

Girerd, Lola, John T. Jost und Virginie Bonnot (2023). „How Neoliberal are You? Development and Validation of the Neoliberal Orientation Questionnaire“. *International Review of Social Psychology* (36) 1. DOI:10.5334/irsp.663.

Habich, Jörg, und Philip Remete (2023). Einstellungen und Sorgen der jungen Generation Deutschlands 2023. Hrsg. Liz Mohn Center gGmbH. Gütersloh. <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/einstellungen-und-sorgen-der-jungen-generation-deutschlands-2023> (Download 24.10.2025).

Krug, Gerhard, und Peter Kriwy (2017). Die richtige Mischung? Ein randomisiertes Experiment zur Datenqualität bei der Kombination von Telefon- und Onlineerhebung in der empirischen Sozialforschung (Version 1.0.0). Hrsg. GESIS. Köln. <https://doi.org/10.7802/1948>.

Liebig, Stefan, Sebastian Hülle und Meike May (2016). „Principles of the just distribution of benefits and burdens: The ‚basic social justice orientations‘ scale for measuring order-related social justice attitudes“. SOEPpapers 831. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW). Berlin. https://www.diw.de/de/diw_01.c.530552.de/publikationen/soeppapers/2016_0831/principles_of_the_just_distribution_of_benefits_and_burdens____scale_for_measuring_order-related_social_justice_attitudes.html (Download 1.11.2025).

Ritz, Manuela, und Simbi Schwarz (2024). Adultismus und Kritisches Erwachsensein. Hinter (auf-) geschlossenen Türen. Münster.

Schnetzer, Simon, Kilian Hampel und Klaus Hurrelmann (2025). Trendstudie – Jugend in Deutschland 2025: Zukunft made in Germany – Besorgt, doch nicht hoffnungslos. Kempten. <https://www.simon-schnetzer.com/jugendstudien/jugend-in-deutschland-2025> (Download 1.11.2025).

Shell Deutschland GmbH (Hrsg.) (2025). Jugend 2024 – 19- Shell Jugendstudie, Pragmatisch zwischen Verdrossenheit und gelebter Vielfalt. Bonn.

Suna, Merve, Carmela Aprea, Tobias Bürger, Sandra Zillinger und Ivo Andrade (2024). Wirtschaft geht uns alle an. Hrsg. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh. <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/wirtschaft-geht-uns-alle-an-1> (Download 24.10.2025).

SVR – Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Hrsg.) (2024). Jahresgutachten 2024/25: Versäumnisse angehen, entschlossen modernisieren. Wiesbaden. https://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/gutachten/jg202425/JG202425_Gesamtausgabe.pdf (Download 29.10.2025).

SVR – Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Hrsg.) (2023). Jahresgutachten 2023/24: Wachstumsschwäche überwinden – In die Zukunft investieren. Wiesbaden. https://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/gutachten/jg202324/JG202324_Gesamtausgabe.pdf (Download 29.10.2025).

Autor:innen

Prof. Dr. Carmela Aprea ist Inhaberin des Lehrstuhls für Wirtschaftspädagogik – Design und Evaluation instruktionaler Systeme an der Universität Mannheim sowie Direktorin des Mannheim Institute for Financial Education (MIFE).

Jonathan Uhrig ist Doktorand sowie wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Wirtschaftspädagogik – Design und Evaluation instruktionaler Systeme an der Universität Mannheim und des Mannheim Institute for Financial Education (MIFE).

Sandra Zillinger ist Project Managerin und Co-Projektleiterin im Projekt „Junge Menschen und Wirtschaft“ der Bertelsmann Stiftung.

Dr. Tobias Bürger ist Senior Project Manager und Co-Projektleiter im Projekt „Junge Menschen und Wirtschaft“ der Bertelsmann Stiftung.

Tassia Breidenbrücker ist Project Managerin im Projekt „Junge Menschen und Wirtschaft“ der Bertelsmann Stiftung.

Merve Suna ist Doktorandin sowie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Wirtschaftspädagogik – Design und Evaluation instruktionaler Systeme an der Universität Mannheim und des Mannheim Institute for Financial Education (MIFE).

Anhang

Tabelle A1 **Wirtschaftliche Herausforderungen – gruppenspezifische Betrachtung**

Im Moment ist häufig die Rede davon, dass die Wirtschaft in Deutschland vor vielen Herausforderungen steht. Bitte geben Sie alles an, was aus Ihrer Sicht aktuell Herausforderungen für die Wirtschaft in Deutschland sind.

- | | |
|--|--------------------------------------|
| 1. Weltlage und Weltwirtschaft | 7. Energie und Klima |
| 2. Wirtschaftliche Lage und Rahmenbedingungen in Deutschland | 8. Allgemeine Politik in Deutschland |
| 3. Fiskus und Soziale Sicherung | 9. Systemkritik |
| 4. Arbeit und Arbeitsmarkt | 10. Sonstiges |
| 5. Migration und gesellschaftlicher Zusammenhalt | 11. Weiß nicht |
| 6. Bildung, Digitalisierung und Infrastruktur | 12. Keine Angabe |

	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.
Geschlecht												
Männer	42	35	28	19	13	15	25	13	2	11	12	8
Frauen	37	27	21	16	8	11	17	13	2	7	23	13
Region												
Ost	33	26	27	19	15	11	28	6	1	10	22	8
West	40	32	24	17	10	13	21	14	2	9	17	11
Altersgruppen												
16–19 Jahre	42	31	21	13	9	12	20	15	2	7	20	8
20–22 Jahre	37	30	28	17	12	11	19	11	2	10	17	13
23–25 Jahre	37	31	26	22	11	16	25	14	1	10	16	11
Bildungsniveau												
niedrig/mittel	24	22	23	16	11	8	14	14	1	11	25	12
hoch	49	36	25	18	10	15	25	12	2	8	13	10
Erwerbsstatus												
Schüler:in	49	35	24	16	10	15	23	15	1	7	13	8
Student:in	48	38	29	22	11	20	30	11	2	9	12	10
In beruflicher Ausbildung	26	27	26	13	9	8	13	15	2	10	23	12
Erwerbstätigkeit	37	24	22	17	13	9	19	15	0	9	19	13
Keine/geringfügige Erwerbstätigkeit	24	29	13	19	12	16	13	10	7	12	35	4
Sonstige Tätigkeiten	22	29	22	19	2	10	19	6	1	20	26	10
politische Orientierung												
CDU/CSU	37	31	16	17	8	7	17	9	0	12	21	11
SPD	46	31	23	14	9	16	14	10	0	9	19	13
Bündnis 90/Die Grünen	50	38	21	19	9	17	33	9	1	8	12	10
Die Linke	38	28	31	18	13	15	22	12	4	9	16	8
AfD	26	27	34	19	14	8	26	27	4	6	17	11
FDP	41	40	33	23	8	18	23	13	1	7	14	12
BSW	34	28	28	23	4	18	15	17	0	8	17	13
Keine Partei/Nichtwähler:innen	21	29	14	15	12	4	13	17	0	18	24	17

Angaben in Prozent. Mehrfachnennungen möglich.
Quelle: eigene Darstellung.

Tabelle A2 **Einschätzungen zur Bewältigung der Herausforderungen für die Wirtschaft – gruppenspezifische Betrachtung**

Jetzt geht es darum, wie man die aktuellen Herausforderungen für die Wirtschaft in Deutschland bewältigen kann. Wer oder was könnte einen sehr großen, eher großen, eher geringen oder keinen Beitrag zur Bewältigung der wirtschaftlichen Herausforderungen leisten?

13. Die Politik in Deutschland
14. Die Unternehmen in Deutschland
15. Individuelle Verhaltensweisen der Menschen in Deutschland, z. B. durch nachhaltiges Einkaufen oder ehrenamtliche Arbeit
16. Internationale Wirtschaftsabkommen
17. Wissenschaft und neue Technologien
18. Zusammenarbeit in Europa
19. Zusammenhalt und gegenseitige Unterstützung der Menschen in Deutschland
20. Zuversicht und Vertrauen der Menschen in Deutschland

	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.
Geschlecht								
Männer	90	89	55	88	89	90	77	67
Frauen	87	85	62	85	89	90	79	62
Region								
Ost	80	87	52	87	91	89	87	59
West	89	87	59	86	88	90	76	65
Altersgruppen								
16–19 Jahre	87	85	63	89	89	92	82	66
20–22 Jahre	90	88	53	87	90	90	76	64
23–25 Jahre	86	88	55	82	88	88	75	63
Bildungsniveau								
niedrig/mittel	78	83	56	79	85	82	76	60
hoch	94	89	58	90	92	95	80	68
Erwerbsstatus								
Schüler:in	92	89	68	91	91	96	84	72
Student:in	95	91	53	90	91	95	77	66
In beruflicher Ausbildung	79	79	54	78	84	83	70	59
Erwerbstätigkeit	83	89	55	84	90	86	79	64
Keine/geringfügige Erwerbstätigkeit	92	80	68	97	94	86	79	55
Sonstige Tätigkeiten	89	88	68	82	75	92	78	53
politische Orientierung								
CDU/CSU	96	89	67	89	94	92	81	71
SPD	92	92	59	93	93	90	79	75
Bündnis 90/Die Grünen	94	92	65	95	91	97	77	66
Die Linke	86	82	59	86	88	96	84	64
AfD	72	85	40	73	81	72	70	49
FDP	86	87	60	90	91	90	68	60
BSW	92	86	37	76	92	81	82	51
Keine Partei/Nichtwähler:innen	53	94	46	71	78	56	55	61

Angaben in Prozent. Der hier berichtete Zustimmungswert basiert auf der Zusammenfassung der Antwortoptionen „sehr großen“ und „eher großen Beitrag“.
Quelle: eigene Darstellung.

Tabelle A3 **Wirtschaftswissen – gruppenspezifische Betrachtung**

Sind die folgenden Aussagen richtig oder falsch?

21. In einer Sozialen Marktwirtschaft darf der Staat nur in wirtschaftlichen Notfällen in die Wirtschaft eingreifen.
22. Die Soziale Marktwirtschaft kombiniert Marktfreiheit mit sozialer Gerechtigkeit.
23. In einer Sozialen Marktwirtschaft achtet der Staat darauf, dass der Wettbewerb nicht durch Monopole oder Kartelle verzerrt wird.
24. Wenn die Mehrwertsteuer steigt, trifft das Menschen mit wenig Geld härter als Reiche.
25. Durch höhere Steuern auf Produkte wie z. B. Zigaretten oder Benzin kann der Staat das Verhalten der Menschen beeinflussen.
26. Der Spitzensteuersatz gilt in Deutschland nicht für das ganze Einkommen, sondern nur für den Teil des Einkommens, der über einem bestimmten Grenzwert liegt.
27. Preise sind nur auf freien Märkten wichtig, in stark regulierten Märkten sind sie unwichtig.
28. Preise koordinieren das Verhalten von Anbietern und Nachfragern, ohne dass diese sich direkt absprechen müssen.
29. Wenn der Staat einen Höchstpreis für ein Produkt festlegt, der unter dem Marktpreis liegt, führt das in der Regel dazu, dass mehr von diesem Produkt hergestellt wird.

	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.
Gesamt	40	71	82	88	76	58	71	82	49
Geschlecht									
Männer	42	75	86	89	78	60	70	85	56
Frauen	38	67	79	88	74	56	72	79	42
Region									
Ost	45	73	82	88	77	54	73	83	52
West	39	70	82	88	76	59	70	82	49
Altersgruppen									
16–19 Jahre	40	70	80	88	81	60	71	82	50
20–22 Jahre	39	72	82	88	77	59	71	84	46
23–25 Jahre	41	71	85	89	70	55	70	80	51
Bildungsniveau									
niedrig/mittel	31	54	72	87	70	53	67	79	39
hoch	45	81	89	89	80	62	73	85	56
Erwerbsstatus									
Schüler:in	40	79	83	88	82	60	75	86	53
Student:in	51	80	91	89	78	60	73	82	56
In beruflicher Ausbildung	35	57	76	87	81	57	69	83	37
Erwerbstätigkeit	36	70	82	89	68	58	67	83	53
Keine/geringfügige Erwerbstätigkeit	32	46	57	83	75	41	71	62	32
Sonstige Tätigkeiten	32	63	78	89	64	62	70	75	35
politische Orientierung									
CDU/CSU	33	73	82	80	76	71	74	83	42
SPD	39	77	90	91	71	58	71	88	54
Bündnis 90/Die Grünen	47	80	89	92	86	64	73	88	56
Die Linke	47	75	84	94	79	60	71	78	50
AfD	37	48	76	85	67	48	69	81	49
FDP	28	78	85	86	71	58	64	87	62
BSW	27	70	69	84	72	57	83	87	48
Keine Partei/Nichtwähler:innen	31	65	69	98	71	30	66	78	44

Angaben in Prozent. Quelle: eigene Darstellung.
Quelle: eigene Darstellung.

| BertelsmannStiftung

Tabelle A4 **Grundlegende Haltungen zu Wirtschaftssystemfragen – gruppenspezifische Betrachtung**

Im Folgenden geht es um einige allgemeine Ansichten zur Wirtschaft und zum Erfolg im Leben.
Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?

30. Man sollte seine eigenen Entscheidungen treffen, ohne sich von anderen Menschen beeinflussen zu lassen.
 31. Es ist wichtig, nicht von anderen Menschen abhängig zu sein.
 32. Wenn andere Menschen einen von den eigenen Zielen abhalten, ist es am besten, sich von ihnen zu trennen.
 33. Die Umstände des eigenen Lebens kann man vor allem dadurch verändern, dass man an sich selbst arbeitet.
 34. Mit der richtigen Motivation kann man alles erreichen.
 35. Man kann Lösungen für alle Hindernisse finden, denen man im Leben begegnet.
 36. Wettbewerb ist unvermeidlich.
 37. Wettbewerb ist der beste Ansporn für Höchstleistungen.
 38. Wettbewerb ist der beste Weg, um Talente ausfindig zu machen.

	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.
Geschlecht									
Männer	88	86	77	83	75	75	85	72	67
Frauen	87	88	81	79	72	68	74	50	46
Region									
Ost	86	83	78	81	72	74	73	58	47
West	87	87	78	80	73	71	80	61	57
Altersgruppen									
16–19 Jahre	89	87	80	83	73	69	76	62	55
20–22 Jahre	86	85	78	81	72	72	83	61	59
23–25 Jahre	86	87	76	76	74	72	80	59	54
Bildungsniveau									
niedrig/mittel	93	91	78	86	84	76	76	62	56
hoch	84	85	78	76	67	68	82	60	55
Erwerbsstatus									
Schüler:in	86	87	80	81	73	72	77	67	58
Student:in	80	80	78	72	63	69	83	57	56
In beruflicher Ausbildung	94	92	81	87	79	66	73	56	53
Erwerbstätigkeit	91	88	76	84	80	77	83	69	61
Keine/geringfügige Erwerbstätigkeit	85	92	79	70	74	85	86	39	39
Sonstige Tätigkeiten	93	86	82	79	71	64	72	50	49
politische Orientierung									
CDU/CSU	91	92	82	96	91	84	86	79	76
SPD	88	84	69	86	80	76	81	68	54
Bündnis 90/Die Grünen	85	86	74	76	60	64	84	56	54
Die Linke	83	81	77	61	55	59	68	36	36
AfD	95	92	91	89	85	79	83	73	68
FDP	97	85	86	91	86	84	97	84	80
BSW	95	98	85	86	90	58	78	44	50
Keine Partei/Nichtwähler:innen	83	85	81	74	67	52	92	71	67

Angaben in Prozent. Der hier berichtete Zustimmungswert basiert auf der Zusammenfassung der Antwortoptionen „voll und ganz“ und „eher“.
Quelle: eigene Darstellung.

Tabelle A5 **Sozioökonomische Gerechtigkeitsvorstellungen – gruppenspezifische Betrachtung**

Es gibt unterschiedliche Vorstellungen darüber, was gerecht ist.
Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen über eine gerechte Gesellschaft zu?

1. Eine Gesellschaft ist gerecht, wenn diejenigen unterstützt werden, die sich um Kinder oder pflegebedürftige Angehörige kümmern.
2. Eine Gesellschaft ist gerecht, wenn Schwache und Bedürftige Hilfe bekommen.
3. Eine Gesellschaft ist gerecht, wenn auch arme Menschen eine angemessene Grundversorgung erhalten.
4. Eine Gesellschaft ist gerecht, wenn harte Arbeit belohnt wird.
5. Eine Gesellschaft ist gerecht, wenn diejenigen, die im Beruf viel leisten, auch mehr verdienen als andere.
6. Eine Gesellschaft ist gerecht, wenn jeder nur das bekommt, was er oder sie sich durch eigene Anstrengungen erarbeitet hat.
7. Eine Gesellschaft ist gerecht, wenn alle Menschen die gleichen Startchancen erhalten.
8. Eine Gesellschaft ist gerecht, wenn alle Menschen die gleichen Lebensbedingungen haben.
9. Eine Gesellschaft ist gerecht, wenn Einkommen und Vermögen für alle Menschen gleich sind.

	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.
Geschlecht									
Männer	98	97	88	96	90	62	92	62	24
Frauen	97	96	93	94	87	47	94	67	30
Region									
Ost	100	98	90	96	89	51	94	70	36
West	96	96	90	95	88	55	92	64	26
Altersgruppen									
16–19 Jahre	97	98	93	95	89	59	91	67	29
20–22 Jahre	98	96	90	94	88	51	94	64	28
23–25 Jahre	96	95	87	95	88	53	91	62	24
Bildungsniveau									
niedrig/mittel	96	96	85	96	87	66	90	67	30
hoch	97	98	94	95	90	47	94	64	25
Erwerbsstatus									
Schüler:in	97	99	96	95	93	60	95	67	25
Student:in	98	97	93	93	86	37	94	64	26
In beruflicher Ausbildung	98	95	87	95	88	62	89	63	33
Erwerbstätigkeit	96	96	86	96	91	64	91	65	25
Keine/geringfügige Erwerbstätigkeit	86	93	83	97	79	59	92	53	19
Sonstige Tätigkeiten	99	96	96	96	81	44	91	72	39
politische Orientierung									
CDU/CSU	97	96	87	98	92	67	93	57	17
SPD	99	100	96	99	94	52	96	69	19
Bündnis 90/Die Grünen	98	96	97	95	88	40	96	62	25
Die Linke	98	99	99	91	81	34	96	79	46
AfD	96	93	74	97	92	81	80	53	22
FDP	92	94	81	95	93	68	91	42	14
BSW	99	98	88	96	94	64	91	71	15
Keine Partei/Nichtwähler:innen	93	95	78	97	100	94	84	46	15

Angaben in Prozent. Der hier berichtete Zustimmungswert basiert auf der Zusammenfassung der Antwortoptionen „voll und ganz“ und „eher“.
Quelle: eigene Darstellung.

Tabelle A6 Positionen zum Umfang der Staatsausgaben – gruppenspezifische Betrachtung

Unten sehen Sie einige Bereiche, die in Deutschland aus staatlichen Mitteln finanziert werden. Bitte geben Sie an, wie viel die Bundesregierung in der nächsten Zeit in diesen Bereichen ausgeben soll.

1. Bildung
2. Finanzierung des Gesundheits- und Pflegesystems
3. Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur, z. B. Straßen, Brücken oder Schienennetz
4. Investitionen in den Bau von bezahlbarem Wohnraum
5. Finanzierung des Rentensystems
6. Wissenschaft und Forschung
7. Bekämpfung von Armut
8. Unterstützung von Familien
9. Klimawandel, Nachhaltigkeit und grüne Transformation
10. Verteidigung
11. Kultur

	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.
Geschlecht											
Männer	90	82	87	78	73	74	62	57	55	65	31
Frauen	90	92	77	81	83	70	78	72	69	55	32
Region											
Ost	94	90	84	84	78	69	74	63	50	54	41
West	89	86	81	79	77	72	68	64	64	61	30
Altersgruppen											
16–19 Jahre	90	88	78	80	80	70	71	70	62	63	35
20–22 Jahre	89	86	82	83	74	72	68	57	68	56	28
23–25 Jahre	89	85	86	76	77	75	68	62	57	60	31
Bildungsniveau											
niedrig/mittel	88	88	80	81	85	64	69	62	49	67	33
hoch	90	86	83	79	73	76	69	65	71	56	29
Erwerbsstatus											
Schüler:in	91	85	76	79	79	75	73	71	67	61	35
Student:in	90	87	85	82	71	78	71	61	76	53	31
In beruflicher Ausbildung	89	90	82	83	82	68	70	67	52	62	38
Erwerbstätigkeit	88	83	83	75	79	69	61	56	50	65	23
Keine/geringfügige Erwerbstätigkeit	83	84	68	75	78	73	78	75	65	62	36
Sonstige Tätigkeiten	97	95	89	84	80	63	83	71	75	59	41
politische Orientierung											
CDU/CSU	84	77	82	70	70	78	51	57	49	83	16
SPD	90	92	82	81	83	74	65	59	71	72	29
Bündnis 90/Die Grünen	90	87	88	84	69	74	76	64	90	60	33
Die Linke	95	94	80	90	83	77	92	77	81	37	41
AfD	93	87	90	80	89	61	57	67	17	71	44
FDP	86	65	83	59	55	81	42	32	39	58	27
BSW	94	90	75	64	88	72	75	82	41	59	44
Keine Partei/Nichtwähler:innen	85	71	66	62	64	54	41	39	42	44	9

Angaben in Prozent. Der hier berichtete Zustimmungswert basiert auf der Zusammenfassung der Antwortoptionen „deutlich mehr ausgeben“ und „etwas mehr ausgeben“.
Quelle: eigene Darstellung.

Tabelle A7 Positionen zu den staatlichen Maßnahmen für mehr Gerechtigkeit zwischen Arm und Reich – gruppenspezifische Betrachtung

Um für mehr Gerechtigkeit zwischen Armen und Reichen zu sorgen, gibt es verschiedene Vorschläge. Bitte geben Sie an, ob Sie die folgenden Vorschläge voll und ganz oder eher befürworten oder eher bzw. voll und ganz ablehnen.

1. Für Vermögen von mehr als 2 Millionen Euro sollten Steuern erhoben werden.
2. Der gesetzliche Mindestlohn sollte steigen.
3. Besserverdienende sollten mehr Steuern bezahlen.
4. Große Erbschaften sollten stärker als jetzt besteuert werden.
5. Sozialleistungen wie das Bürgergeld oder das Wohngeld sollten steigen.

	1.	2.	3.	4.	5.
Gesamt	74	71	71	50	44
Geschlecht					
Männer	68	63	68	49	38
Frauen	81	79	73	52	51
Region					
Ost	77	66	76	50	37
West	73	72	70	51	45
Altersgruppen					
16–19 Jahre	70	74	68	45	45
20–22 Jahre	80	73	74	54	47
23–25 Jahre	72	66	70	53	41
Bildungsniveau					
niedrig/mittel	71	67	64	35	38
hoch	76	75	75	61	50
Erwerbsstatus					
Schüler:in	69	74	71	51	46
Student:in	78	77	79	66	54
In beruflicher Ausbildung	75	70	64	39	40
Erwerbstätigkeit	74	64	69	43	32
Keine/geringfügige Erwerbstätigkeit	60	69	67	52	71
Sonstige Tätigkeiten	78	70	64	55	55
politische Orientierung					
CDU/CSU	65	51	58	29	21
SPD	85	80	73	53	46
Bündnis 90/Die Grünen	86	88	86	75	64
Die Linke	93	87	88	76	77
AfD	41	54	50	18	13
FDP	32	39	33	16	17
BSW	59	55	57	45	39
Keine Partei/Nichtwähler:innen	55	56	52	33	11

Angaben in Prozent. Der hier berichtete Zustimmungswert basiert auf der Zusammenfassung der Antwortoptionen „befürworte ich voll und ganz“ und „befürworte ich eher“.
Quelle: eigene Darstellung.

Tabelle A8 Positionen zu den staatlichen Maßnahmen für bezahlbaren Wohnraum – gruppenspezifische Betrachtung

Zurzeit wird viel darüber gesprochen, was der Staat tun soll, um für bezahlbaren Wohnraum in Deutschland zu sorgen. Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?

1. Der Staat soll selbst mehr Wohnungen bauen lassen.
2. Der Staat soll Obergrenzen für die Mieten festlegen, damit diese nicht zu stark steigen.
3. Der Staat soll Bürokratie abbauen und ansonsten den Wohnungsbau vollständig privaten Bauunternehmen überlassen.
4. Der Staat soll private Bauunternehmen belohnen, wenn sie bezahlbare und klimafreundliche Wohnungen bauen.
5. Der Staat soll private Bauunternehmen per Gesetz dazu verpflichten, mehr bezahlbare und klimafreundliche Wohnungen zu bauen.
6. Der Staat soll Wohnungsunternehmen enteignen, wenn sie viele Wohnungen leer stehen lassen.
7. Der Staat soll gemeinschaftliche Wohnprojekte wie z. B. Mehrgenerationenwohnen oder genossenschaftliche Wohnprojekte fördern.
8. Der Staat soll das Wohngeld für Menschen mit wenig Geld erhöhen.

	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.
Gesamt	78	83	43	85	65	64	87	60
Geschlecht								
Männer	79	78	49	87	59	60	85	57
Frauen	77	90	38	84	72	70	88	62
Region								
Ost	85	85	43	89	56	57	87	61
West	77	83	43	84	67	65	86	60
Altersgruppen								
16–19 Jahre	80	83	42	85	69	59	85	59
20–22 Jahre	75	83	47	87	67	67	91	65
23–25 Jahre	79	84	41	83	60	69	84	56
Bildungsniveau								
niedrig/mittel	75	86	47	84	63	63	86	55
hoch	81	83	40	87	68	67	87	64
Erwerbsstatus								
Schüler:in	83	84	41	87	70	60	84	62
Student:in	80	85	39	87	66	70	87	67
In beruflicher Ausbildung	75	79	41	84	66	61	89	58
Erwerbstätigkeit	76	84	52	83	60	65	85	49
Keine/geringfügige Erwerbstätigkeit	68	89	23	75	54	62	80	65
Sonstige Tätigkeiten	82	89	45	97	76	67	98	77
politische Orientierung								
CDU/CSU	75	73	60	87	50	53	84	47
SPD	80	87	45	91	74	76	92	60
Bündnis 90/Die Grünen	84	88	33	93	77	72	93	69
Die Linke	86	97	27	89	83	79	92	83
AfD	71	73	60	75	44	48	80	42
FDP	57	44	70	84	39	35	65	41
BSW	76	83	37	91	51	66	79	46
Keine Partei/Nichtwähler:innen	75	76	29	67	53	51	63	20

Angaben in Prozent. Der hier berichtete Zustimmungswert basiert auf der Zusammenfassung der Antwortoptionen „stimme voll und ganz zu“ und „stimme eher zu“.
Quelle: eigene Darstellung.

Tabelle A9 **Einstellungen zur Altersvorsorge**

Kommen wir nun zum Thema Altersvorsorge. Wie sehr treffen die folgenden Aussagen auf Sie zu?

	voll und ganz	eher ja	eher nicht	überhaupt nicht	keine Angabe
Ich finde das Thema Altersvorsorge wichtig.	64	31	4	0	1
Ich finde das Thema Altersvorsorge kompliziert.	23	42	26	6	2
Ich blicke optimistisch auf mein Leben im Alter.	15	39	33	10	2
Das Thema Altersvorsorge macht mir Angst.	20	31	34	12	2
Ich kümmere mich aktiv um meine Altersvorsorge.	22	27	30	18	3
Mir fehlt das Geld für die Altersvorsorge.	13	26	39	13	9
Ich fühle mich für das Leben im Alter gut abgesichert.	8	30	40	17	4
Keine Partei/Nichtwähler:innen	75	76	29	67	53

Angaben in Prozent. Rundungsbedingt können die Summen von 100 Prozent abweichen.
Quelle: eigene Darstellung.

Tabelle A10 **Positionen zu den staatlichen Maßnahmen zur Reform der Altersvorsorge – gruppenspezifische Betrachtung**

Nun geht es darum, was der Staat tun soll, um die Altersvorsorge in Deutschland langfristig zu stabilisieren. Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?

1. Der Staat soll steuerliche Vergünstigungen für private und betriebliche Altersvorsorge schaffen.
2. Der Staat soll Beamte und Selbstständige in die gesetzliche Rentenversicherung einbeziehen.
3. Der Staat soll mehr junge Fachkräfte aus dem Ausland anwerben.
4. Der Staat soll den Mindestlohn erhöhen, um höhere Rentenansprüche zu ermöglichen.
5. Der Staat soll die Rente stärker aus Steuermitteln finanzieren.
6. Der Staat soll die Menschen dazu verpflichten, zusätzlich zur gesetzlichen Rentenversicherung in einen Aktienfonds zu investieren.
7. Der Staat soll den Beitrag erhöhen, den die Versicherten an die gesetzliche Rentenversicherung bezahlen müssen.
8. Der Staat soll das Renteneintrittsalter erhöhen.
9. Der Staat soll die Rentenhöhe senken.
10. Der Staat soll sich aus der Altersvorsorge ganz heraushalten.

	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.
Gesamt	81	75	64	63	62	32	24	18	16	6
Geschlecht										
Männer	84	75	63	57	59	40	26	22	18	8
Frauen	79	76	66	69	66	24	21	14	14	4
Region										
Ost	77	83	57	58	70	26	16	11	15	12
West	82	74	65	64	61	33	25	19	16	5
Altersgruppen										
16–19 Jahre	78	76	62	69	64	32	29	22	19	8
20–22 Jahre	82	75	67	63	62	33	21	15	14	4
23–25 Jahre	84	75	64	57	60	31	20	16	15	7
Bildungsniveau										
niedrig/mittel	85	77	49	62	69	32	26	13	19	9
hoch	79	75	74	65	57	32	23	21	14	4
Erwerbsstatus										
Schüler:in	76	75	70	68	63	33	30	23	17	6
Student:in	77	74	78	66	55	33	21	23	14	3
In beruflicher Ausbildung	82	74	48	68	69	31	28	16	15	6
Erwerbstätigkeit	87	77	57	53	64	32	18	11	15	9
Keine/geringfügige Erwerbstätigkeit	88	79	47	61	53	23	19	11	27	6
Sonstige Tätigkeiten	88	86	81	69	71	34	27	26	31	9
politische Orientierung										
CDU/CSU	82	69	67	46	56	39	25	32	18	6
SPD	85	75	76	71	66	35	28	15	14	4
Bündnis 90/Die Grünen	78	78	82	76	55	34	28	27	14	3
Die Linke	75	86	80	80	72	27	24	13	16	3
AfD	90	71	19	53	71	34	21	9	22	15
FDP	89	59	61	30	42	40	10	31	22	8
BSW	90	79	38	50	67	18	12	6	10	16
Keine Partei/Nichtwähler:innen	88	81	51	51	34	20	7	12	38	18

Angaben in Prozent. Die Antworten „stimme voll und ganz zu“ und „stimme eher zu“ sind hier zusammengefasst.
Quelle: eigene Darstellung.

Tabelle A11 **Persönliche Zukunftsaussichten**

Wenn Sie einmal an Ihre persönliche Zukunft denken, was glauben Sie: Wird Ihr Leben in den nächsten 10 bis 15 Jahren sehr gut, eher gut, eher schlecht oder sehr schlecht verlaufen?

	sehr gut	eher gut	eher schlecht	sehr schlecht	keine Angabe
Geschlecht					
Männer	20	73	7	1	0
Frauen	17	72	8	1	2
Region					
Ost	17	72	7	3	1
West	18	72	8	1	1
Altersgruppen					
16–19 Jahre	23	70	6	0	1
20–22 Jahre	15	74	9	1	2
23–25 Jahre	16	72	9	2	1
Bildungsniveau					
niedrig/mittel	17	70	9	2	2
hoch	19	73	7	0	0
Erwerbsstatus					
Schüler:in	21	71	7	0	0
Student:in	19	75	6	0	0
In beruflicher Ausbildung	20	69	9	0	3
Erwerbstätigkeit	15	73	8	3	1
Keine/geringfügige Erwerbstätigkeit	12	79	9	0	0
Sonstige Tätigkeiten	24	59	16	0	1
politische Orientierung					
CDU/CSU	18	76	5	0	2
SPD	17	78	5	0	0
Bündnis 90/Die Grünen	22	73	4	1	0
Die Linke	11	78	10	0	1
AfD	19	60	14	6	2
FDP	38	60	2	0	0
BSW	40	57	1	1	0
Keine Partei/Nichtwähler:innen	17	44	39	0	0

Angaben in Prozent. Rundungsbedingt können die Summen von 100 Prozent abweichen.
Quelle: eigene Darstellung.

Tabelle A12 **Zukunftsaussichten für Deutschland**

Und wenn Sie an Deutschland insgesamt denken, was glauben Sie: Wird die weitere Entwicklung in Deutschland in den nächsten 10 bis 15 Jahren sehr gut, eher gut, eher schlecht oder sehr schlecht verlaufen?

	sehr gut	eher gut	eher schlecht	sehr schlecht	keine Angabe
Geschlecht					
Männer	1	40	51	7	1
Frauen	1	35	55	7	2
Region					
Ost	3	34	56	6	1
West	1	38	53	7	2
Altersgruppen					
16–19 Jahre	2	38	55	4	1
20–22 Jahre	1	39	52	7	2
23–25 Jahre	0	34	53	10	2
Bildungsniveau					
niedrig/mittel	2	34	51	11	3
hoch	1	39	54	5	1
Erwerbsstatus					
Schüler:in	2	37	56	5	0
Student:in	1	38	55	4	1
In beruflicher Ausbildung	2	36	53	7	1
Erwerbstätigkeit	0	37	50	9	3
Keine/geringfügige Erwerbstätigkeit	0	35	47	10	7
Sonstige Tätigkeiten	0	30	49	21	0
politische Orientierung					
CDU/CSU	2	54	41	2	0
SPD	1	54	42	2	1
Bündnis 90/Die Grünen	1	50	47	1	1
Die Linke	2	28	60	9	3
AfD	0	11	66	21	2
FDP	1	37	56	6	0
BSW	3	23	69	5	0
Keine Partei/Nichtwähler:innen	0	7	73	20	0

Angaben in Prozent. Rundungsbedingt können die Summen von 100 Prozent abweichen.
Quelle: eigene Darstellung.

Adresse | Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0
www.bertelsmann-stiftung.de

Sandra Zillinger
Project Manager
Bildung und Next Generation
Telefon +49 5241 81-81416
sandra.zillinger@bertelsmann-stiftung.de